

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Gipfeltreffen der pazifischen Staats- und Regierungschefs

Anfang April tagten auf Rapa Nui (Osterinsel) die pazifischen Staats- und Regierungschefs. Das Thema des dreitägigen Gipfeltreffens lautete: „Schutz der Ozeane und Kampf gegen die Verschmutzung durch Plastik und Mikroplastik“. Ziel der Veranstaltung war es u.a., Mechanismen zur Stärkung des Meeresschutzes im pazifischen Raum zu erörtern, indem konkrete Verpflichtungen und koordinierte Maßnahmen für eine nachhaltigere Zukunft entwickelt werden sollten.

Am 5. April veröffentlichten die Teilnehmenden die „*Rapa Nui Summit Declaration*“. In dem 18-Punkte-Maßnahmen-Katalog fordern die Unterzeichnerstaaten u.a. den Reichtum der Ozeane für zukünftige Generationen zu bewahren. Außerdem wurde der Wert indigener Gemeinschaften mit ihrem tradierten Wissen beim Umwelt- und Naturschutz hervorgehoben. In der Erklärung der Gipfelteilnehmenden wird auch von wachsender Besorgnis über die Plastikverschmutzung der Meere und die damit einhergehende Ernährungsunsicherheit gesprochen. Die biologische Vielfalt an Land und Meer sei durch Plastikmüll bedroht. Es wurde weiter betont, dass ein gesunder Ozean, gesunde Meere und eine gesunde Wirtschaft im Pazifik für die Gesundheit des gesamten Planeten und das Wohlergehen der Menschen von entscheidender Bedeutung sind.

Die Teilnehmenden verpflichteten sich in der Erklärung zu überregionaler Zusammenarbeit mit dem Ziel, die Verschmutzung der Ozeane bis 2030 erheblich zu verringern. Ziel der gemeinsamen Anstrengungen müssten die nachhaltige Nutzung von Meeren, die Wiederherstellung und Erholung von Meeres- und Küstenökosys-

temen und die Verringerung der Plastikverschmutzung sein.

Der Ruf nach verbesserter Zusammenarbeit erging auch an die akademische Welt. Wissenschaftler*innen müssten sich viel mehr lokales, indigenes und traditionelles Wissen zunutze machen, um Lösungen für Umweltproblematiken im Pazifik zu entwickeln.

Hier geht es zur Erklärung des Gipfels:

https://resolutions.unep.org/incre/uploads/declaration_rapa_nui_summit_english_11abril2024.pdf
(Pacific News Service 05.04.24)

Virtueller Agrargipfel

Die führenden Vertreter der Land- und Forstwirtschaft im Pazifikraum trafen sich vom 15. bis 17. Mai 2024 zur neunten regionalen Tagung der Leiter der Land- und Forstwirtschaftsdienste im Pazifikraum (*Ninth Regional Meeting of Pacific Heads of Agriculture and Forestry Services*, PHOAFS), um intensiv über die Entwicklungen in der Land- und Forstwirtschaft in Ozeanien zu diskutieren und zu beraten.

Die Regierung von Tonga war virtueller Gastgeber des Treffens, das von der *Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen* (FAO) und der Pazifischen Gemeinschaft (SPC) unterstützt wurde. Das Thema des Gipfels lautete „Biodiversifizierung durch grüne und kohlenstoffarme Land- und Forstwirtschaft“.

Auf der diesjährigen Tagung wurde die erste regionale Land- und Forstwirtschaftsstrategie der Region unter pazifischer Führung, *Growing the Pacific - 2050 Strategy for Pacific Agriculture and Forestry*, mit der Vision eines gesunden, regenerativen und sicheren Pazifikraums sowie die regionale Forschungsagenda für Land- und Forstwirtschaft mit Schwerpunkt auf klimaresistenten Nutzpflanzen zur Erprobung gemeinsamer Forschungsansätze im Pazifikraum geprüft und gebilligt.

Der neue Vorsitzende und Chief Executive Officer des Ministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Forstwirtschaft von Tonga, Dr. Viliami Toalei Manu, sagte in seiner Eröffnungsrede, dass die Stärkung regionaler Strukturen und Schwerpunkte die Arbeit der pazifischen Inselstaaten zur Wiederbelebung ihrer jeweiligen Land- und Forstwirtschaftssektoren weiter unterstützen werde.

Das Online-Treffen befasste sich auch mit der Unterstützung der datengestützten Planung von Lebensmittelsystemen durch das Online-Pilotprojekt *Agri-Food Systems and Climate Explorer*, einschließlich der Stärkung der Koordination von Lebensmittelsystemen.

Der Leiter des FAO-Regionalbüros für die Pazifischen Inseln, Joseph Nyemah, sagte, dass die FAO in einer Zeit des raschen Wandels mit vielen globalen und regionalen Herausforderungen bei der Verwirklichung der „Agenda 2030“ weiterhin allen Pazifikstaaten ihre technische Expertise zur Verfügung stellen wird.

Info: Das 10. PHOAFS-Treffen soll präsentisch 2025 in Tonga stattfinden. (Pressemitteilung Pacific Community 22.05.24)

Neue Datenbank über Finanzierungsmöglichkeiten

Die Länder des britischen Commonwealth, die weltweit für mehr als ein Drittel der nationalen Meeresgewässer verantwortlich sind, können ab sofort auf zwei aktualisierte Datenbanken zugreifen. Die beiden Datenbanken geben einen Überblick über meeresbezogene Finanzierungsquellen und Schulungsmöglichkeiten.

Die Umsetzung des Nachhaltigkeitsziels Nr. 14 („Leben unter Wasser“) wird bislang finanziell noch wenig unterstützt. Außerdem gibt es deutliche Ungleichheiten zwischen den Ländern beim Zugang zum Wissen über Meere. Gemeinsam können die beiden

aktualisierten Plattformen dazu beitragen, diese Lücken zu schließen.

Die neue „*Ocean Funders Database*“ listet mehr als 100 Fonds auf mit Einlagen in Höhe von über 125 Millionen Pfund, die für Meeresprojekte im Zusammenhang mit den zehn Aktionsbereichen der „*Commonwealth Blue Charter*“ zur Verfügung stehen. Dazu zählen z.B. Projekte zum Schutz von Korallenriffen und Mangroven, der Umgang mit der Ozeanversauerung und der Übergang zu einer nachhaltigen „blauen Wirtschaft“ (*Blue Economy*).

Die Nutzer*innen der neuen Datenbank können ihre Suche nach geografischem Gebiet, Art der Aktivität, Umfang der Finanzhilfe oder Investition, Förderkriterien und Art der Finanzierung verfeinern.

Die zweite Datenbank, die Schulungsdatenbank, enthält fast 200 Fortbildungskurse zu Meeresthemmen.

Hintergrund: Auf dem Treffen der Regierungschefs des Commonwealth im Jahr 2018 riefen die Staats- und Regierungschefs zu einem stärkeren Engagement für die Meere auf und verabschiedeten die „*Commonwealth Blue Charter*“. Darin verpflichteten sie sich, bei der Bewältigung von Meeresfragen zusammenzuarbeiten und Maßnahmen zu ergreifen, um den Ozean für künftige Generationen zu schützen.

In den sechs Jahren seither hat das Commonwealth-Sekretariat seine Arbeit in diesem Bereich ausgeweitet, indem es ländergeführte Aktionsgruppen für die „Blaue Charta“ einrichtete und unterstützte, einen Fonds für Meeresprojekte einrichtete und technische Hilfe leistete. (*Pressemitteilung The Commonwealth 16.04.24*)

Fettleibigkeit als Gesundheitsproblem

Nach einer in der bekannten medizinischen Fachzeitschrift „*The Lancet*“ veröffentlichten Studie befinden sich zehn der fettleibigsten Nationen der Welt in Ozeanien.

Auf Platz 1 der Liste der fettleibigen Nationen landete Amerikanisch-Samoa. Es folgen auf den weiteren Plätzen Tonga, Samoa, Tokelau, Tuvalu, die Cook-Inseln, Nauru, Niue, die Marshall-Inseln und die Föderierten Staaten von Mikronesien.

Insgesamt untersuchten die Autor*innen der Studie das Ausmaß an Fettleibigkeit unter der Bevölkerung in 190 Ländern. An dem Projekt waren weltweit 1.500 Forscher*innen beteiligt.

Aus der Lancet-Studie geht hervor, dass inzwischen mehr als eine Milliarde Menschen auf der Welt mit Fettleibigkeit leben.

Die Studie ergab u.a., dass 81,5 % der tonganischen Frauen im Alter von über 20 Jahren mit Fettleibigkeit leben, ein Anstieg um 23,3 % gegenüber 1990. Im Königreich Tonga gehen inzwischen über 70 % der Todesfälle auf nicht übertragbare Krankheiten zurück, die fast alle mit Fettleibigkeit zusammenhängen.

Die Adipositasraten bei Kindern und Jugendlichen haben sich zwischen 1990 und 2022 weltweit vervierfacht, während sich die Adipositasraten bei Erwachsenen mehr als verdoppelt haben.

(<https://talanoaotonga.to/> 23.05.23)

Lernarmut ist weit verbreitet

Einem neuen Bericht der Weltbank zufolge ist „Lernarmut“ („*learning poverty*“) in den pazifischen Inselländern weit verbreitet, außer in Palau, wo nur 10 Prozent der 10-Jährigen nicht lesen können.

Der Anfang März des Jahres veröffentlichte Bericht der Weltbank, das „*Pacific Economic Update*“, stellt fest, dass in den Inselstaaten Kiribati, Tonga und Tuvalu „*mehr als zwei Drittel der Kinder nicht richtig lesen können*“.

Die in dem Bericht enthaltene regionale Lernbewertung aus Kiribati zeigt, dass viele Grundschul Kinder mit grundlegenden Lese- und Schreibfähigkeiten zu kämpfen haben.

„*Die jüngsten Ergebnisse der nati-*

onalen standardisierten Leistungstests in Kiribati (STAKI) für das sechste Schuljahr zeigen, dass im Jahr 2018 60 Prozent der Schüler am Ende der Grundschule die englische Sprache nicht beherrschten, eine Zahl, die in etwa der geschätzten Lernarmut entspricht“, heißt es bei der Weltbank.

Englisch ist die primäre Unterrichtssprache in den weiterführenden Schulen in Kiribati.

„*Infolgedessen erweist sich das Lernen für die Schüler der Sekundarstufe als Herausforderung: Fast zwei Drittel der Schüler erreichen nicht den angemessenen Lernstand, der in den Prüfungen am Ende der Junior- und Senior-Sekundarschule bewertet wird*“, heißt es weiter in „*Back on Track? The Imperative of Investing in Education*“.

Der Bericht fügt hinzu, dass im Jahr 2020 nur 37,4 Prozent der Neuntklässler die Prüfungen der *Junior Secondary School* bestanden haben und nur 36,8 Prozent der Zwölftklässler die Abschlussprüfung der *Senior Secondary School*.

Info: So genannte „Lernarmut“ beschreibt die Tatsache, dass Kinder bis zum Alter von zehn Jahren nicht in der Lage sind, einen einfachen Text zu lesen und zu verstehen.

(<https://openknowledge.worldbank.org/>, *Island Times 08.0.24*)

Cybersicherheitsübung mit Japan

Vom 18. bis 26. Februar hat Japan in Guam seine erste Cybersicherheitsübung mit Vertretern von fünf pazifischen Inselstaaten durchgeführt.

Unter der Leitung des japanischen Ministeriums für innere Angelegenheiten und Kommunikation nahmen an der Übung Regierungsbeamte und Kommunikationsanbieter aus Palau, Mikronesien, den Marshall-Inseln, Nauru und Kiribati teil. Fidschi und Tonga waren als Beobachtende mit dabei.

Die Teilnehmenden führten eine Cyberverteidigungsübung gegen mögliche Malware-Angriffe auf wichtige Infrastrukturen durch und absolvierten eine Schulung zur Reaktion auf Cybervorfälle.

„Wenn es um Cybersicherheit geht, sind die pazifischen Inseln sehr anfällig für Cyberangriffe“, so Hideyuki Shiozawa, Senior Program Officer für pazifische Inselstaaten bei der „Sasakawa Peace Foundation“, einer in Tokio ansässigen Denkfabrik.

„Hacker könnten über diese Länder Regierungsnetzwerke und wichtige Infrastrukturen von Japan und Taiwan angreifen“, sagte er in einem Interview. „Wenn wir diese Länder technisch schulen und ihnen Antivirensoftware und andere Cybersicherheitsinstrumente zur Verfügung stellen, werden wir auch die Sicherheitsrisiken in anderen Teilen des Indopazifiks verringern.“ (PINA News 25.03.24)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Kein PACER plus

Papua-Neuguinea (PNG) wird nicht am Freihandelsabkommen „PACER Plus“ teilnehmen, so der Minister für internationalen Handel und Investitionen, Richard Maru. Das betonte Minister Maru bei seinem ersten Treffen mit dem neuen australischen Hochkommissar für PNG, John Feakes.

Minister Maru erklärte bei Feakes Antrittsbesuch in Port Moresby: „Ich möchte sehr deutlich machen, dass PNG nicht an PACER Plus interessiert ist, da Australien kaum von PNG kauft und der Handel seit Jahrzehnten zugunsten Australiens verzerrt ist. PNGs Exporte nach Australien beliefen sich im Jahr 2022 auf 1,6 Milliarden AU\$, wobei über 98% aus Gold und anderen Edelmetallen bestanden, während sich Australiens Exporte nach PNG auf 95,9 Millionen AU\$

beliefen. Daher ist es unserer Meinung nach sinnlos, ein PACER Plus-Abkommen auszuhandeln. Wir würden lieber eine neue umfassende bilaterale Handels- und Investitionspartnerschaft mit Australien eingehen, die angesichts des enormen Handelsungleichgewichts auch andere Bereiche umfasst, die für PNG von Vorteil sind, wie die Beschäftigung von qualifizierten Papua-Neuguineern, Investitionen in den nicht-gewinnenden Sektor und andere Vorteile, die wir neben dem Warenhandel aus dieser Partnerschaft ziehen können.“

Minister Maru erklärte weiter, dass Australien ein wichtiger Handelspartner für PNG sei. Deshalb werde man in Kürze auch einen „Ehrenhandelsbeauftragten“ (Honorary Trade Commissioner) für Australien ernennen. Über diesen sollen potenzielle australische Investoren gefunden werden, die in die nicht-produktiven Sektoren wie Forstwirtschaft, Fischerei, Landwirtschaft und Tourismus investieren, fügte Minister Maru hinzu.

Hintergrund: PACER Plus ist ein Handels- und Entwicklungsabkommen, das die Lebensstandards erhöhen, Arbeitsplätze schaffen und Exporte aus den pazifischen Inselstaaten steigern wird. Gleichzeitig werden Handelshemmnisse abgebaut und Unternehmen, die im Pazifik tätig sind, erhalten mehr Sicherheit. Es handelt sich um eine Erweiterung des bestehenden *Pacific Agreement on Closer Economic Relations* (PACER), das nun zusätzliche Handelsliberalisierung und Entwicklungshilfe umfasst. Das regionale Freihandelsabkommen trat am 13. Dezember 2020 in Kraft.

Alle Mitglieder des *Pacific Islands Forums* (PIF) sind aufgefordert, PACER Plus beizutreten. Zehn PIF-Mitglieder haben das Abkommen ratifiziert und sind ihm beigetreten: Australien, die Cook-Inseln, Kiribati, Neuseeland, Niue, Samoa, Salomonen, Tonga, Tuvalu und Vanuatu. Nauru hat es unterzeichnet, muss es aber noch ratifizieren. (PNG Business News 08.04.24, <https://pacerplus.org/>)

Verluste durch illegale Fischerei

Papua-Neuguinea verliert jährlich etwa 2,1 Milliarden Kina durch die illegale, nicht registrierte und nicht gemeldete Fischerei (IUU-Fischerei), sagte Kapitän Krzysztof Orłowski, Geschäftsführer der Nationalen Behörde für Maritime Sicherheit auf dem ASEAN-Regionalforum Anfang Mai in Jakarta (Indonesien), bzw. online.

Seine Behörde sei zwar an vorderster Front mit dabei, wenn es darum ginge, die 5.152 Kilometer lange Küstenlinie von Papua-Neuguinea und die Meeresfläche von 2.425.200 Quadratkilometern zu überwachen, aber es gäbe immer noch genug Flächen, in denen eine Überwachung nicht möglich sei.

Zahlreiche Schiffe, die in illegale Fischfang-Aktivitäten verwickelt seien, schalteten ihre AIS-Transponder aus und könnten so „unter dem Radar“ vorbeifahren, sagte der Kapitän. Man müsse hier aber ein Gleichgewicht finden zwischen Überwachung und Sicherheit, denn Piratenübergriffe seien nicht selten und die Besatzung von Patrouillenbooten riskiere hier des Öfteren ihr Leben. (Post-Courier 24.04.24)

Mangel an Seeleuten

In Papua-Neuguinea fehlt es an entsprechend erfahrenen und qualifizierten Seeleuten, insbesondere an Offizieren in höheren Positionen. Rund 30 % aller offenen Stellen können nicht besetzt werden.

Experten sehen hier zwei Probleme: Einerseits bilde PNG nicht in dem Maße neue Seeleute aus, wie ältere in Rente gingen. Andererseits steige der Bedarf an qualifizierten Kräften, da sich der Öl- und Gassektor in PNG sehr positiv entwickelt und mit einer Zunahme des Schiffsverkehrs und der Arbeit in den Häfen zu rechnen ist. Ein weiteres Problem sei der „brain drain“, denn sehr gut ausgebildete Seeleute in hohen Positionen zögen Anstellungen bei internationa-

len Schifffahrtsbetrieben und Reedereien im Ausland vor.

Es werden zukünftig mehr Besatzungsmitglieder benötigt, um das größere Volumen an Schiffen zu bedienen, da der See- und Fluss-transport die wichtigste Frachttart für die Bauphase des von dem Energiekonzern Total geleiteten Flüssiggasprojektes „Papua LNG“ ist. Weitere Projekte wie die Wafi-Golpu-Goldmine und die Erweiterung des P'nyang LNG-Projekts könnten den Bedarf an Seeleuten weiter steigern.

Die Erschließung von Papua LNG ist die erste maritim gestützte Rohstofferschließung dieser Größenordnung seit dem Bau der Ok Tedi Mine in den 1980er Jahren.

In PNG fehlt es nicht nur an Leitenden Offizieren, sondern auch an Seeleuten mit spezifischen technischen Fähigkeiten. Offshore-Schiffe, die derzeit für LNG-Projekte unter Vertrag genommen werden, müssen die strengen Betriebsanforderungen des „Oil Companies International Marine Forum“ (OCIMF) erfüllen. Die Einhaltung dieser Anforderungen wird für die Betreiber in PNG ohne entsprechend qualifizierte Besatzung immer schwieriger.

Die Ausbildung und Entwicklung von PNG-Seeleuten für den Öl- und Gassektor ist derzeit durch das Fehlen spezifischer technischer Ausbildungsprogramme eingeschränkt. Keine Einrichtung im Staat bietet die erforderlichen Kurse an und nur sehr wenige (wenn überhaupt) Offshore-Betreiber bieten den jungen Seeleuten in PNG die Ausbildung „auf See“ an. (PNG Business News 16.05.24)

Volkszählung beginnt im Juni

Premierminister James Marape hat angekündigt, zum 1. Juni mit einer Volkszählung in Papua-Neuguinea (PNG) beginnen zu wollen. Da der Staat im September 2025 sein 50. Unabhängigkeitsjubiläum feiert, möchte die Regierung bis dahin verlässliche

Zahlen über die Einwohner*innen von PNG haben.

Der Zensus steht unter dem Motto „*Be counted!*“.

Ursprünglich war die Volkszählung bereits für 2019 geplant gewesen, wurde aber aufgrund der Coronavirus-Pandemie zweimal verschoben.

Die Volkszählung wird rund 200 Mio. K (53 Mio. US\$) kosten, wovon ein Teil zur Finanzierung des Kaufs von 22.000 Tablets zur Unterstützung der Datenerhebung verwendet wird.

Premier Marape sagte, die Regierung habe bereits letztes Jahr 50 Millionen Kina und dieses Jahr weitere 100 Millionen Kina (28 Millionen US\$) für die Durchführung der Volkszählung bereitgestellt.

„Und wir werden noch mehr bereitstellen, um sicherzustellen, dass wir qualitativ hochwertige Daten erhalten, mit denen wir gut planen und unser Land entwickeln können“, erklärte er.

Marape motiviert bereits jetzt zur Teilnahme an der Zählung und wandte sich mit folgenden Worten an die Öffentlichkeit: „Wenn Sie gezählt werden, weiß die Regierung, wer Sie sind und dass Sie eine echte Person in unserem Land sind.“

Unterdessen erklärte der Minister für Verwaltungsdienste, Richard Masere, dass die Vorbereitungen, einschließlich der Rekrutierung von Personal für die Durchführung der Volkszählung, bereits begonnen hätten.

„Diese Volkszählung ist von entscheidender Bedeutung, da Papua-Neuguinea seit über 23 Jahren keine umfassende Volkszählung mehr durchgeführt hat, wobei der letzte Versuch im Jahr 2011 unvollständig war“, sagte er. „Das Fehlen von Bevölkerungsdaten hat dazu geführt, dass man sich auf Schätzungen verlassen muss“, bedauerte er. (Islands Business 12.03.24)

Rekordeinnahmen durch Besucher*innen

Papua-Neuguineas Tourismussektor erlebte im Jahr 2023 einen bemerkenswerten Anstieg, wie die Tourism Promotion Authority im Rahmen der internationalen Besucherumfrage für das Jahr 2023 berichtete.

Im vergangenen Jahr wurden durch die Einreise von Besuchern in das Land 120 Millionen USD (400 Millionen PGK) erwirtschaftet. Das bedeutet einen Anstieg von 116 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Laut des „TPA's 2023 Visitor Arrival Report“ und des „PNG International Visitor Survey Report“, reisten über 140.000 Tourist*innen über die Luft- und Seewege nach Papua-Neuguinea.

Arbeitsbezogene Besuche des Landes stehen mit 34 Prozent an der Spitze, gefolgt von Geschäftsreisenden mit 20 Prozent. Der Anteil der Besucher von Kreuzfahrtschiffen lag bei 22 Prozent, während der Anteil der reinen Ferienurlauber bei 11 Prozent lag. Besucher, die zu Veranstaltungen ins Land reisten oder Freunde und Verwandte besuchten, machten zusammen 7 % der Ankünfte aus.

Ein Anstieg der Ankünfte war vor allem im Luft- und Seeverkehr zu verzeichnen. Die Ankünfte im Luftverkehr stiegen von 5.675 Besuchern auf 16.113, während die Zahl der Kreuzfahrtbesucher von 2.600 im Jahr 2022 auf 31.321 im Jahr 2023 stieg, was einer Steigerung von 184 Prozent entspricht.

Eric Mossman Uvovo, Chief Executive Officer von PNG TPA, beschrieb den Tourismus des Landes als eine sich entwickelnde Industrie und wies auf bedeutende Veränderungen in der Besucherdemografie und den Markttrends hin. Insbesondere hob er die zunehmende Bedeutung des chinesischen Marktes hervor. Jeder zweite Einreisende kam im vergangenen Jahr aus China. (<https://www.looppng.com/png-news/png-tourism-numbers-soar-record-visitor-arrivals-2023-125381>, 26.03.24)

Täglich neue HIV-Fälle

Im Jahr 2022 erkrankten 6.500 Menschen neu am Humanen Immundefizienz-Virus (HI-Virus). Das wurde kürzlich vom Gesundheitsministerium mitgeteilt. Schätzungsweise gibt es in Papua-Neuguinea täglich 18 neue HIV-Infektionen. Dies entspricht einem Anstieg von 131 % seit dem Jahr 2010.

Etwa 800 neue HIV-Infektionen treten jährlich bei Säuglingen von HIV-positiven Müttern auf.

Eine unbehandelte HIV-Infektion führt nach einer unterschiedlich langen, meist mehrjährigen symptomfreien, Latenzphase in der Regel zur Immunschwächekrankheit Aids (acquired immunodeficiency syndrome, erworbenes Immundefizienzsyndrom).

Nach Angaben von UNAids waren im Jahr 2022 in Papua-Neuguinea 72.000 infizierte Personen bei den Behörden gemeldet. Die Dunkelziffer dürfte weit höher liegen. Die Infektionsrate ist in allen 22 Provinzen des Staates ungefähr gleich, wobei alle Provinzen einen Aufwärtstrend verzeichnen. Die meisten Neuinfektionen seien auf eine sexuelle Übertragung durch mehrfache ungeschützte sexuelle Kontakte zurückzuführen, erklärte eine Sprecherin des Aids-Programms der Vereinten Nationen.

UNAids-Länderdirektorin Maola Manova forderte dringend sofortige Maßnahmen zur Bekämpfung der HIV-Epidemie im Land. In ihrer Erklärung sagte Frau Manova, dass die HIV-Infektionen weltweit zurückgingen, während in PNG genau das Gegenteil zu beobachten sei.

Ein Bündnis von Nichtregierungsorganisationen unter Leitung des *Catholic Church Health Services* hat nun eine Strategie zur Bekämpfung der hohen Infektionszahlen vorgelegt. Wichtig seien kontinuierliche Testungen der Bevölkerung sowie die zügige Behandlung mit antiretroviralen Medikamenten. Diese stünden in jedem Gesundheitszentrum kostenlos zur Verfügung, hieß es.

Info: Die Verbreitung von HIV hat sich seit Anfang der 1980er Jahre zu einer Pandemie entwickelt, die nach Schätzungen des Gemeinsamen Programms der Vereinten Nationen für HIV/Aids (UNAIDS) bisher mindestens 41 Millionen Menschenleben gefordert hat.

Ende 2021 waren geschätzte 38,4 Millionen Menschen weltweit mit HIV infiziert, bei etwa gleichmäßiger Verteilung auf beide Geschlechter. (*Inside PNG 01.04.24, Wikipedia*)

Bergbaukonzern unterstützt Katastrophenhilfe

Der neuguineische Bergbaukonzern *Ok Tedi Mining Limited* (OTML), Betreiber der Gold- und Kupfermine Ok Tedi, hat eine Million Kina für Nothilfe in zwei neuguineischen Provinzen gespendet. Der OTML-Geschäftsführer, Kedi Ilimbit, übergab jeweils 500.000 Kina an die Administratoren der Provinzen East Sepik und Chimbu für Hilfs- und Wiederaufbaumaßnahmen nach den Naturkatastrophen von März und April des Jahres.

Geschäftsführer Ilimbit sprach bei der Übergabe der Spenden an die jeweiligen Provinzadministratoren von der „sozialen Verantwortung, die wir als 100 %-tiger neuguineischer Konzern haben“.

Info: In Ost-Sepik führten anhaltende starke Regenfälle zu Überschwemmungen und weitreichenden Zerstörungen in den Gemeinden entlang des Sepik-Flusses. Hinzu kam ein Erdbeben der Stärke 6,9. In der Provinz Chimbu lösten schwere Regenfälle und das Erdbeben Überschwemmungen und Erdbeben aus und zerstörten die Nahrungsmittel- und Nutzpflanzen in den Gemeinden sowie Häuser und weitere Infrastruktur.

Die Katastrophen hatten in beiden Provinzen Todesopfer gefordert. Tausende wurden obdachlos und litten unter Trinkwasser- und Nahrungsmittelmangel. Durch die Zerstörung von Infrastruktur war der Zugang in die betroffenen Provinzen nur eingeschränkt möglich. (*PNG Business News 29.04.24*)

BOUGAINVILLE

Sturm auf Radiosender

Ende März/Anfang April kam es im Süden der autonomen Region Bougainville zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Fraktionen der Me'ekamui.

Die Me'ekamui sind ein Ableger der *Bougainville Revolutionary Army*, die in dem zehnjährigen Bürgerkrieg in den 1990er Jahren für die Unabhängigkeit der Region von Papua-Neuguinea kämpfte.

Bei den Kämpfen wurde ein Mann getötet, was Vergeltungsmaßnahmen auslöste, die zur Zerstörung der lokalen Studios von *New Dawn FM* führten.

Der Polizeichef von Bougainville, Francis Tokura, hofft auf ein Ende der Gewalt zwischen Jugendbanden, wenn die Jugendlichen in erwerbstätige Arbeit gebracht werden.

Bei einem Workshop mit dem Polizeiminister von Bougainville, mehreren hochrangigen Beamten und einem Wahlkreisabgeordneten aus Süd-Zentral-Bougainville diskutierten die Teilnehmenden über Optionen, arbeitslose (vor allem männliche) Jugendliche „von der Straße zu holen“ und sie sinnvoll zu beschäftigen. Eine Idee könne sein, so der Polizeichef, die Jugendlichen weiter zu qualifizieren und sie damit fit für den Arbeitsmarkt zu machen.

Eine neue Arbeitsgruppe soll nun Ideen entwickeln, wie mehr Jobmöglichkeiten in der Region rund um Buin geschaffen werden können. (*RNZ Pacific 04.04.24*)

Stockender Unabhängigkeitsprozess

Die Staats- und Regierungschefs von Papua-Neuguinea und der nach Unabhängigkeit strebenden autonomen Region Bougainville wollen einen externen Moderator ernennen, der dabei helfen soll, die Bedingungen für eine Parlamentsabstimmung über die Zukunft der halbautonomen Insel

festzulegen. Der Moderator sei nötig, da der Unabhängigkeitsprozess ins Stocken gekommen sei, hieß es.

Die autonome Regierung von Bougainville möchte bis spätestens 2027 ihre Unabhängigkeit erlangen. Das Vorhaben stößt auf den Widerstand der Regierung von Papua-Neuguinea, die befürchtet, dass dies Abspaltungsbewegungen auch in den anderen Provinzen von Papua-Neuguinea fördern könnte.

In einer gemeinsamen Erklärung des Premierministers von Papua-Neuguinea, James Marape, und des Präsidenten der autonomen Regierung von Bougainville, Ishmael Toroama, bekräftigten Beide ihr Engagement für einen friedlichen Prozess, „während sich beide Regierungen darauf vorbereiten, die letzte Etappe ihrer politischen Reise zu beschreiten“, so ein Zitat aus der Presseerklärung.

Hintergrund: In Bougainville leben rund 300.000 Menschen. Bei einem Referendum im Jahr 2019 stimmten 97,7 % für die Unabhängigkeit von PNG.

Die Regierung von Papua-Neuguinea hat die für das Jahr 2023 vereinbarte Frist verpasst, in der das Parlament über das Ergebnis der Volksabstimmung debattieren und über die Unabhängigkeitsbestrebungen von Bougainville entscheiden sollte.

Die beiden Seiten sind sich in grundlegenden Fragen bisher uneins. Deshalb soll ein objektiver Moderator eingeschaltet werden.

Premier Marape hatte erklärt, dass für die Unabhängigkeit eine Zweidrittelmehrheit erforderlich wäre, da eine Änderung der Grenzen Papua-Neuguineas eine Änderung der Verfassung des Landes erfordert. Bougainvilles Regierungschef hingegen fordert eine einfache Mehrheit für die Einreichung des Referendums, obwohl die verfassungsrechtlichen Fragen erst später mit einer absoluten Mehrheit entschieden werden sollen.

Zu dieser und weiteren Fragen soll der externe Moderator Lösungen entwickeln. (Benar News 08.05.24, Radio NZ Intern. 05.06.24)

SALOMONEN

Neuer Premierminister

Jeremiah Manele ist zum neuen Premierminister der Salomonen gewählt worden. Er setzte sich mit 31 zu 18 Stimmen gegen den ehemaligen Oppositionsführer Matthew Wale durch.

Manele war Außenminister unter dem früheren Premierminister Manasseh Sogavare, der seinen Rückzug aus dem Rennen um das Amt des Premierministers angekündigt hatte. Vorausgegangen waren intensive Verhandlungen auf den Salomonen, nachdem bei den Wahlen am 17. April keine politische Partei genügend Sitze errungen hatte, um allein die Regierung zu bilden.

Manele hat angekündigt, weiterhin enge Beziehungen zu China unterhalten zu wollen obwohl erwartet wird, dass er eine weniger konfrontative Haltung gegenüber Australien einnehmen wird als sein Vorgänger.

„Ich werde mein Amt mit Sorgfalt und Integrität ausüben. Ich werde jederzeit die Interessen unseres Volkes und unseres Landes über alle anderen Interessen stellen“, sagte Manele nach seiner Ernennung in der Hauptstadt Honiara.

In seiner Antrittsrede wies er darauf hin, dass er den Haushalt der Salomonen möglicherweise überarbeiten müsse, und sagte, sein Land stehe immer noch vor großen wirtschaftlichen Herausforderungen.

„Die Erholung der Weltwirtschaft ist stetig, aber langsam. Der jüngste Bericht der Zentralbank über den Zustand unserer Wirtschaft ist besorgniserregend und erfordert ein äußerst gezieltes und aggressives Vorgehen“, so der neue Premier.

Seine Regierung habe folgende Prioritätenliste erstellt:

Entwicklung der Infrastruktur und Investitionen in die Forstwirtschaft, Weiterentwicklung des Mineralien-sektors und der Fischerei, der Landwirtschaft und des Tourismus.

Manele sagte weiter, Australien und China seien für die Salomonen „gleichermaßen“ wichtige internationale Partner. Er erklärte, er werde eine Außenpolitik der *„Freunde für alle, Feinde für keinen“* verfolgen.

Info: Der 52-jährige Manele ist ein ehemaliger Diplomat und hat die Salomonen in internationalen Foren vertreten, darunter die Generalversammlung der Vereinten Nationen, das Pacific Islands Forum und die Melanesische Speerspitzenengruppe. Er zog 2014 ins Parlament ein und stammt aus der Provinz Isabel. Manaele ist verheiratet, das Paar hat vier Töchter und zwei Söhne. (ABC News 02.05.24, Wikipedia)

Diplomatische Beziehungen aufgenommen

Die Ständige Vertreterin der Salomonen bei den Vereinten Nationen, Jane Mugafalu Kabui Waetara, und der Ständige Vertreter des Commonwealth of The Bahamas (kurz: Bahamas) bei den Vereinten Nationen, Stan Oduma Smith, haben im Namen ihrer jeweiligen Regierungen in New York Mitte März ein gemeinsames Kommuniqué unterzeichnet und damit offiziell diplomatische Beziehungen aufgenommen.

Das Kommuniqué bekräftigt die Verpflichtung der beiden Nationen, freundschaftliche Beziehungen zu pflegen und die Zusammenarbeit zu fördern, die auf den Grundsätzen der gegenseitigen Achtung der Souveränität, der Unabhängigkeit und der territorialen Integrität der jeweils anderen Seite beruhen.

Ferner heißt es, dass die Salomonen und die Bahamas vereinbart haben, dass ihre diplomatischen Beziehungen auf den Grundsätzen und Normen der Charta der Vereinten Nationen und des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen beruhen.

Als kleine Inselstaaten haben die Salomonen und die Bahamas ge-

meinsame Herausforderungen zu bewältigen, wie etwa den Umgang mit den Klimawandelfolgen. Beide Länder engagieren sich bereits aktiv als Partner in der Allianz der kleinen Inselstaaten, im britischen Commonwealth, in der Afrikanischen und Karibischen Gruppe und in der Gruppe der 77 plus China innerhalb der Vereinten Nationen.

Das Commonwealth der Bahamas ist das 129. Land mit diplomatischen Beziehungen zu den Salomonen.

Info: Die Bahamas sind ein Inselstaat im Atlantik und Teil der Westindischen Inseln. Sie liegen südöstlich der Vereinigten Staaten von Amerika sowie nordöstlich von Kuba und werden geographisch zu Mittelamerika gezählt. Von den mehr als 700 Inseln sind nur 30 mit rund 393.000 Menschen bewohnt. (SIBC 18.03.24, Wikipedia)

Besondere Maßnahmen zur Frauenförderung

Am 29. Dezember 2023 genehmigte das Kabinett der Salomonen die Einführung vorübergehender Sondermaßnahmen (*temporary special measures* (TSMs)) zur Verbesserung der politischen Vertretung von Frauen in den Versammlungen der Provinzregierungen. Es wird erwartet, dass das Nationalparlament noch in diesem Jahr über diese Maßnahmen abstimmen wird.

Die politische Beteiligung und Vertretung von Frauen ist auf den Salomonen eine ständige Herausforderung. Seit der Unabhängigkeit im Jahr 1978 wurden nur acht Frauen ins Nationalparlament gewählt. Auf Provinzebene gibt es derzeit nur fünf weibliche Mitglieder von 173 Abgeordneten (das entspricht einer Frauenquote von 2,8 %). Frauen, die eine Führungsrolle in der Politik anstreben, stoßen auf viele Hindernisse, darunter eine ‚männergeprägte‘ Kultur, religiöse Normen, mangelnde Bildung und Geldpolitik. So wurde beispielsweise bei den jüngsten

Wahlen 2024 bekannt gegeben, dass zwei amtierende weibliche Abgeordnete nicht mehr zur Wiederwahl antreten werden, damit stattdessen ihre Ehemänner ihre Sitze einnehmen können.

Die Tatsache, dass nur sechs Prozent der Kandidaten bei den Wahlen 2024 Frauen waren und nur acht auf nationaler und Provinzebene gewählt wurden, unterstreicht das bestehende Geschlechtergefälle in der politischen Vertretung.

In den letzten sechs Jahren hat das „*Women's Rights Action Movement*“ (WRAM) zusammen mit seinen Partnern, dem „*Ministerium für Frauen, Jugend, Kinder und Familienangelegenheiten*“ und dem „*Nationalen Frauenrat*“ der Salomonen eine Kampagne zur Änderung dieser Situation geführt. Ihr Ziel ist es, die politische Vertretung von Frauen auf der Ebene der Provinzregierung durch die Sondermaßnahmen zu verbessern.

Hintergrund: Eine von WRAM und der *International Women's Development Agency* (IWDA) im Jahr 2019 durchgeführte Studie ergab, dass es in der Gesellschaft Vanuatus eine deutliche Unterstützung für mehr Frauen in der Politik gibt (88 %); allerdings hatte nur eine von fünf Personen jemals für eine weibliche Kandidatin gestimmt. Während des gesamten Forschungsprozesses brachten die Gemeinden mit überwältigender Mehrheit ihre Unterstützung für TSMs zum Ausdruck: 92 % der Befragten befürworteten deren Einführung.

(<https://devpolicy.org/increasing-womens-political-representation-in-solomon-islands-20240529/> 29.05.24)

FIDSCHI

[Viele Artikel in dieser Rubrik sind von Oliver Hasenkamp, Mitglied im Vorstand des Pazifik-Netzwerkes e.V.]

415 neue HIV-Fälle im Jahr 2023

Das fidschianische Gesundheitsministerium hat mit einer steigenden Zahl von HIV- und AIDS-Fällen zu kämpfen. Im vergangenen Jahr wurden in Fidschi alarmierende 415 neue HIV-Fälle registriert - gegenüber nur 245 Fällen im Jahr 2022.

Dem „*Global AIDS Monitoring Report*“ zufolge gehört Fidschi nun zu den beiden Ländern im asiatisch-pazifischen Raum, in denen die Zahl der HIV-Neuinfektionen am stärksten zunimmt.

Gesundheitsminister Dr. Atonio Lalabalavu sagte bei seiner Rede im Parlament, dass 404 Erwachsene und 11 Kinder im vergangenen Jahr von einer HIV-Infektion betroffen waren. 31 dieser Fälle waren Jugendliche im Alter zwischen 15 und 19 Jahren. 82 Menschen seien im letzten Jahr an der HIV-Infektion gestorben.

Der Gesundheitsminister machte deutlich, dass die Zahl steigender AIDS-Erkrankungen nur die Spitze des Eisbergs sei. Immerhin habe die Regierung die beiden wichtigsten Gesundheitsgefahren für die fidschianische Bevölkerung erstmals im Parlament deutlich angesprochen und die Themen nicht wie sonst üblich tabuisiert und „unter den Teppich gekehrt“: Injizierbare Drogen und HIV bedrohten vor allem die Gesundheit junger Menschen, so der Minister.

Er erklärte, dass Aktivitäten wie *Bluetothing* für Drogenkonsumenten und *Chem-Sex* (Geschlechtsverkehr unter dem Einfluss von synthetischen Drogen) unter der jüngeren Bevölkerung den Anstieg der neuen HIV-Fälle anheizen.

Beim „*Bluetothing*“ wird nach einem Drogenkonsum Blut entnommen und einer zweiten Person injiziert.

Info: Das fidschianische Gesundheitsministerium arbeitet derzeit an der Fertigstellung einer „HIV-Surge-Strategie“, die die Zusammenarbeit mit Gesundheitspartnern, anderen Ministerien und den lokalen Gemeinden erleichtern soll, um die Prävention zu stärken, die Zahl der HIV-Tests in den wichtigsten Bevölkerungsgruppen landesweit um drei Prozent zu erhöhen, den Zugang zu Diagnose und Behandlung zu verbessern, die Stigmatisierung und Diskriminierung im Zusammenhang mit HIV und AIDS zu verringern und die Verwaltung des HIV-Präventionsprogramms zu stärken. (*Fiji Village 11.03.24*)

Finanzielle Unterstützung durch Korea

Die Republik Korea stellt mehr als 10 Millionen US-Dollar an öffentlicher Entwicklungshilfe für Fidschi bereit. In einer Erklärung der koreanischen Regierung heißt es, der Beitrag zielt darauf ab, die nationalen Entwicklungsprioritäten Fidschis in den Bereichen Klimawandel, erneuerbare Energien, Gesundheit und medizinische Versorgung, Seefahrt und Fischerei, Katastrophenmanagement und regionale Entwicklung zu unterstützen.

Dies wurde bei einem Höflichkeitsbesuch des kürzlich ernannten neuen Botschafters der Republik Korea in Fidschi, Jin Hyung Kim, beim fidschianischen Premierminister und Außenminister Siveni Rabuka betont.

Rabuka beglückwünschte Kim zu seiner diplomatischen Tätigkeit und bekräftigte das Engagement Fidschis, die Entwicklungszusammenarbeit mit Korea weiter voranzutreiben.

Er würdigte die Unterstützung, die Korea Fidschi insbesondere durch die Initiativen der staatlichen Entwicklungshilfeagentur „Korea International Cooperation Agency“ (KOICA) zur Förderung der sozio-ökonomischen Entwicklung gewährt.

Der koreanische Botschafter erklärte, dass man seine Anstrengungen verdoppeln werde, um Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Fidschi im Bereich der Schifffahrt und der Fischerei zu erkunden. Als Teil dieser Bemühungen hat die koreanische Regierung bereits Anfang des Jahres einen Attaché für Schifffahrt und Fischerei in der Botschaft ernannt.

Botschafter Kim sagte, Korea unterstütze das Ziel der fidschianischen Regierung, bis 2030 zu 100 Prozent mit erneuerbaren Energien versorgt zu werden, indem es zwei Solarkraftwerke (Taveuni und Ovalau) und ein Agro-Photovoltaik-Programm finanziere. (*Fiji Village 21.03.24*)

Forderung nach mehr iTaukei-Kultur im Lehrplan

Die Diskrepanz zwischen dem offiziellen Lehrplan, der iTaukei-Kultur und den fidschianischen Traditionen war ein zentrales Thema auf dem *Ratu Sukuna Bildungs- und Kultursymposium* Ende Mai in der fidschianischen Hauptstadt Suva.

Die Teilnehmenden äußerten sich besorgt darüber, dass die iTaukei-Sprache (Vosa Vakaviti) nur in geringem Maße in den Lehrplan aufgenommen wurde und derzeit eher ein Wahlfach als ein Pflichtfach ist.

Eliki Baleinakama, eine Schülerin des Gymnasiums in Suva, betonte, dass Vosa Vakaviti verpflichtend in den Lehrplan aufgenommen werden müsse, um sicherzustellen, dass alle Schülerinnen und Schüler die fidschianische Sprache gründlich beherrschen. Andere Schüler*innen äußerten sich ähnlich und forderten einen umfassenderen Ansatz für die Vermittlung der fidschianischen Kultur und Traditionen neben dem Studium anderer Kulturen.

Der Moderator des Fachsymposiums, Simioni Sevrere, hob die Bedeutung der Teilnahme auch von Schüler*innen an der fachwissenschaftlichen Tagung zum Stand der fidschianischen Bil-

dungspolitik hervor. Er wies darauf hin, dass diese Schüler*innen die zukünftigen Führungskräfte Fidschis darstellten. Sevrere betonte weiter, dass ihre Erkenntnisse für die Gestaltung einer Bildungspolitik, die das fidschianische Kulturerbe bewahrt und fördert, entscheidend seien und an höchster Stelle diskutiert werden müssten. (<https://www.fbcnews.com.fj/29.05.24>)

Ex-Premier Bainimarama zu Haftstrafe verurteilt

Fidschis früherer Premierminister Voreqe Bainimarama ist zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt worden, die er bereits im Mai antreten musste. Zusammen mit Bainimarama wurde auch der frühere Polizeichef Fidschis, Siveni Qihilo, zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt. Die beiden waren bereits im März 2024 in einem schon seit etwa einem Jahr laufenden Verfahren (siehe frühere Ausgaben der *Pazifik aktuell*) des Amtsmisbrauchs für schuldig befunden worden, sie sollen während ihrer Amtszeit im Jahr 2021 gemeinschaftlich in eine polizeiliche Untersuchung zu Vorgängen innerhalb der *University of the South Pacific* eingegriffen und damit den Rechtsstaat untergraben haben.

Zur Überraschung vieler Beobachter*innen war Bainimarama im März zwar zunächst schuldig befunden worden, vom zuständigen Richter jedoch zu keiner Strafe verurteilt worden. Auch Qihilo sollte lediglich eine Strafe in Höhe von 1.000 Fidschi-Dollar (ca. 415 Euro) zahlen. Gegen das geringe Strafmaß hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt und das Verfahren wurde vor dem Obersten Gerichtshof des Landes erneut aufgenommen, dass in der Folge das Strafmaß der vorherigen Instanz aufhob und die ein- bzw. zweijährigen Haftstrafen verhängte. Auch diese Instanz bleibt damit jedoch weit unterhalb der höchstmöglichen Strafen, die bei vier bzw. fünf Jahren gelegen hatten.

Nach dem Urteil wurden Bainimarama und Qihilo in Handschellen abgeführt und direkt in ein Gefängnis gebracht, um ihre Haftstrafe anzutreten. Ihr Anwalt kündigte seinerseits an, Berufung gegen das Strafmaß einzuleiten, ließ in einer Stellungnahme jedoch auch durchblicken, dass die Verurteilten jeweils nur niedrige Haftstrafen bekommen hätten und bei guter Führung auch eine vorzeitige Entlassung möglich sei: „*Sie werden zurück zu ihren Familien und zurück ins öffentliche Leben kehren können.*“

Das Urteil wurde unterschiedlich aufgenommen. Viele Kritiker*innen von Bainimarama halten auch das überarbeitete Urteil für zu gnädig angesichts der zahlreichen Vergehen gegen Rechtsstaatlichkeit während Bainimaramas Amtszeit, seine Unterstützer*innen hingegen halten die Anklage hingegen für fundiert. Kritik richtet sich vor allem auch gegen den zuständigen Richter Seini Puamau am Gericht in der fidschianischen Hauptstadt Suva. Puamau hatte Bainimarama und Qihilo im Oktober 2023 ursprünglich bereits vollständig von den Vorwürfen freigesprochen. Auch damals legte der Staat Berufung ein, woraufhin der Oberste Gerichtshof die Angeklagten verurteilte, den Fall zur Festlegung des Strafmaßes zunächst aber wieder an das ursprünglich zuständige Gericht in Suva zurückverwies, wo Puamau dann durch sein geringes ursprüngliches Strafmaß aus Sicht von einigen Kritiker*innen erneut versuchte, die Angeklagten weitgehend unbescholten davon kommen zu lassen. Der Staat prüft deshalb, Puamaus Integrität als unabhängiger Richter überprüfen zu lassen.

Der oberste Richter Salesi Temo sagte, noch nie habe es einen vergleichbaren Fall gegeben, bei dem ein Richter auf niedrigerer Instanz sich bei der Festlegung des Strafmaßes so offen gegen eine Entscheidung des Obersten Gerichts gestellt habe. Relevant ist das Strafmaß auch deshalb, weil Bainimarama bei einer 12-monatigen Haftstrafe laut derzeitiger Verfassung für mindestens zwei Wahlen gesperrt wird, bei

diesen also nicht selbst als Kandidat antreten darf.

Vijay Naidu von der *University of the South Pacific* ist deshalb überzeugt, dass es weniger um die Haftstrafe als solche, sondern vor allem um die politische Zukunft des 69-jährigen Bainimarama geht und das Urteil vermutlich das endgültige Ende seiner politischen Karriere ist.

Bainimarama hatte im Jahr 2006 als damaliger Militärführer die Macht in Fidschi übernommen und regierte das Land bis Dezember 2022. Nachdem er im Jahr 2014 und 2018 Wahlen gewinnen konnte, errang seine Partei *FijiFirst* bei den Wahlen im Jahr 2022 zwar erneut die meisten Stimmen, verlor aber ihre Mehrheit, weshalb eine Drei-Parteien-Koalition Sitiveni Rabuka, der bereits im Jahr 1987 ebenfalls zwei Militärputschs durchgeführt hatte und später gewählter Premierminister war, zum neuen Regierungschef. Bainimarama wurde zunächst Oppositionsführer, wurde dann jedoch zunächst aus dem Parlament suspendiert und zog sich schließlich aufgrund des stärker werdenden Drucks seitens der neuen Regierung und aufgrund der Anklage gegen ihn weitgehend aus der Politik zurück (siehe frühere Ausgaben der *Pazifik aktuell*).

(Artikel von Oliver Hasenkamp. *Radio New Zealand* 10.05.24, 09.05.24, 03.4.24, 28.03.24, 20.03.24, 14.03.24)

Abgeordnete erhöhen sich selbst die Diäten um mehr als 100 Prozent

Die Abgeordneten des fidschianischen Parlaments haben Ende Mai mehrheitlich für eine umstrittene Erhöhung ihrer eigenen Diäten gestimmt – und damit heftige Kritik in der fidschianischen Öffentlichkeit losgetreten und zu einer Spaltung der fidschianischen Opposition geführt (siehe folgende Nachricht).

Laut dem Parlamentsbeschluss soll das Jahresgehalt eines einfachen Abgeordneten von 50.000 Fidschi-Dollar auf 100.000 Fidschi-

Dollar (ca. 41.500 Euro) steigen. Da die Abgeordneten im Jahr 2020 in Folge der Corona-Pandemie eine Zeit lang auf 20 Prozent ihres Gehalts verzichtet hatten, liegt die tatsächliche Steigerung im Vergleich zu den letzten Jahren sogar bei 130 Prozent.

Den Vorschlag für die deutliche Erhöhung der Abgeordnetengehälter hatte eine parteiübergreifende Parlamentskommission erarbeitet, die außerdem ein Jahresgehalt des Premierministers von 320.000 Fidschi-Dollar (ca. 132.750 Euro; 22 Prozent Steigerung) und des Präsidenten von 185.000 Fidschi-Dollar (ca. 76.750 Euro; 42 Prozent Steigerung) die obendrein nicht versteuert werden müssen, vorgeschlagen hat. Außerdem sollen die derzeit unterschiedlichen Gehälter der Ministerinnen und Minister pauschal bei 200.000 Fidschi-Dollar (ca. 82.970 Euro) angepasst werden.

Schon vor der Abstimmung waren die Pläne von zivilgesellschaftlichen Organisationen wie zum Beispiel von der *NGO Coalition on Human Rights* sowie in den sozialen Medien heftig kritisiert worden. Die Kritiker*innen verweisen vor allem auf die seit Jahren zunehmende Armut in dem Land. Mehr als 400.000 Menschen leben demnach unterhalb der Armutsgrenze – das sind mehr als 40% der Gesamtbevölkerung. Vor diesem Hintergrund bezeichnete die *NGO-Koalition* den Beschluss als „*beschämend*“.

Trotz heftiger Proteste bereits im Vorfeld votierte schließlich eine große Mehrheit von 40 Abgeordneten für die erhöhten Diäten, lediglich sieben stimmten dagegen und fünf enthielten sich. Dabei gehen die Risse quer durch die Parteien und stimmten sowohl Abgeordnete der Regierungsparteien als auch der Opposition für die Erhöhung. Zu den schärfsten Kritikern der Entscheidung zählt der stellvertretende Premierminister Biman Prasad von der *National Federation Party* (NFP). Premierminister Sitiveni Rabuka von der *People's Alliance Party* äußerte sich hingegen sehr widersprüch-

lich, was ihm zusätzlich den Vorwurf der Unentschlossenheit einbrachte. War er ursprünglich für die Erhöhung der Diäten, ruderte er angesichts der öffentlichen Kritik zurück, um diesen dann schließlich doch zuzustimmen. Er verteidigte die Entscheidung damit, dass die Abgeordnetengehälter zuvor kaum das Niveau eines ziemlich niedrigrangigen Offiziers der fidschianischen Streitkräfte besessen hätten. In der Tat erhalten zum Beispiel die Abgeordneten des Deutschen Bundestags mit einem Jahresgehalt von über 127.000 Euro zuzüglich zahlreicher weiterer Vergünstigungen – bei freilich auch einem anderen Kostenniveau – deutlich höhere Diäten als die Volksvertreterinnen und -vertreter in Fidschi.

(Artikel von Oliver Hasenkamp. *Radio New Zealand* 25.05.24, 23.05.24, *Wikipedia*, *Researchen in den sozialen Medien*)

Oppositionspartei *FijiFirst* wirft Großteil der eigenen Abgeordneten aus der Partei

Aufgrund ihrer Zustimmung zur deutlichen Erhöhung der Abgeordnetendiäten (siehe vorherige Meldung) hat die einzige Oppositionspartei im fidschianischen Parlament fast zwei Drittel der eigenen Abgeordneten aus der Partei und der Parlamentsfraktion geworfen. 17 der insgesamt 26 Abgeordneten der Partei – die bisher stärkste Kraft im Parlament war, auch wenn ihr eine Mehrheit zum Regieren fehlt – hätten einen Brief mit der Verlautbarung ihres Parteiausschlusses erhalten. Auch der Sprecher des Parlaments sei über den Ausschluss der Abgeordneten informiert worden. Zuvor hatten diese trotz des Beschlusses und der Aufforderung eines wichtigen Parteigremiums, einstimmig gegen die geplante Diätenerhöhung zu stimmen, für die Anpassung votiert oder sich in der Abstimmung enthalten.

Welche Auswirkungen diese Entwicklung hat und wie genau sie zustande gekommen ist, lässt sich zum Redaktionsschluss wenige Tage nach der Abstimmung noch nicht sagen. Grundsätzlich sieht

die fidschianische Verfassung vor, dass die Abgeordneten anders als zum Beispiel in Deutschland ihre Sitze verlieren, wenn sie die Unterstützung ihrer Partei verlieren, und dann auch durch neue Vertreterinnen und Vertreter der Partei ersetzt werden können. Für eine solche massive Neubesetzung von Abgeordnetensitzen, die eine deutliche Mehrheit einer Fraktion betreffen, gibt es aber keinen Präzedenzfall und die betroffenen Abgeordneten haben bereits angekündigt, gerichtlich gegen die Entscheidung vorgehen zu wollen.

Insbesondere für den Fall, dass die Abgeordneten am Ende doch ihre Mandate behalten können, könnte dies die Parteienlandschaft massiv verändern, insbesondere weil damit die größte Fraktion im Parlament und einzige Oppositionspartei deutlich an Einfluss verlieren würde. Die Partei war dabei ohnehin trotz ihrer Größe in einer schwierigen Ausgangslage, insbesondere nachdem der frühere Parteichef und Langzeit-Premierminister Voreqe Bainimarama, der bereits Anfang des Jahres sein Abgeordnetenmandat niederlegen musste, vor kurzem zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde (siehe vorherige Meldung) und sich weitere wichtige Funktionen wie der frühere Generalsekretär und Vize-Regierungschef Aiyaz Saiyed-Khaiyum (siehe letzte Ausgabe der *Pazifik aktuell*) aus der Politik zurückgezogen haben.

Die neue Regierung geht aber auch mit ähnlich harten Mitteln gegen die Oppositionsabgeordneten vor, wie diese sie in der Vergangenheit angewandt hatten, um die jetzigen Mehrheitsfraktionen zu gängeln – etwa durch regelmäßige Suspendierungen einzelner Abgeordneten von der Parlamentsarbeit. Durchaus möglich also, dass auch die Regierung durch eine bestimmte Auslegung der Verfassung für sich Kapital aus dem internen Streit zu schlagen weiß, um die Opposition weiter zu schwächen. Gerade vor dem Hintergrund des Verurteilung Bainimaramas und der zunehmend schlechten Ausgangslage von *FijiFirst* ist auch durchaus denkbar, dass einige der Abgeordneten bewusst gegen die

Parteilinie stimmten, um mit der eigenen Partei zu brechen und einen Wechsel ins Regierungslager vorzubereiten – in dem sie sich bessere persönliche Chancen für ihre politische Zukunft erhoffen.

(Artikel von Oliver Hasenkamp. *Radio New Zealand* 31.05.24)

„Sex and Drug Scandal“: Frauenministerin und Bildungsminister dürfen trotz angeblicher Affäre weitermachen

Im Januar 2024 hatte die Webseite *Fiji Leaks* Textnachrichten von Bildungsminister Aseri Radrodro und der Ministerin für Frauen, Kinder und soziale Angelegenheiten, Lynda Tabuya, veröffentlicht, die sie während einer Delegationsreise fidschianischer Abgeordneter nach Melbourne (Australien) verschickt haben sollen und die Drogenkonsum sowie eine angebliche außereheliche Affäre zwischen den beiden Politikern belegen sollen (siehe ausführliche Berichterstattung in der letzten Ausgabe der *Pazifik aktuell*).

In den fidschianischen Medien wurden die Vorwürfe häufig als „*Sex and Drug Scandal*“ bezeichnet, auch wenn die beiden Beteiligten die Vorwürfe abstreiten. Nach einer längeren Denkpause hat sich Fidschis Premierminister Sitiveni Rabuka nun entschieden, Ministerin Tabuya trotz Rücktrittsforderungen auch aus der eigenen Partei *People's Alliance Party* – der größten Partei in der Regierungskoalition – im Amt zu belassen. Begrüßt wurde diese Entscheidung unter anderem von Shamima Ali, der Koordinatorin des *Fiji Women's Crisis Centre*, einer wichtigen Nichtregierungsorganisation, die zuvor kritisiert hatte, dass Tabuya in der gesamten Diskussion über die angebliche Affäre geschlechtsspezifischer Diskriminierung ausgesetzt gewesen sei (siehe ebenfalls letzte Ausgabe der *Pazifik aktuell*).

Außerdem gab Premierminister Rabuka überraschend bekannt, dass er auch den Bildungsminister Aseri Radrodro wieder in sein Amt

als Bildungsminister einsetzt. Er war bereits vor den Veröffentlichungen der Textnachrichten eigentlich von Raubuka wegen unterschiedlicher Auffassungen und aufgrund von „Gehorsamsverweigerung“ gegenüber dem Premierminister entlassen worden, die angeblich nicht im Zusammenhang mit der möglichen Affäre standen. Ende März wurde er nun wieder zum Bildungsminister ernannt. Rabuka begründet seinen U-Turn damit, dass er Radrodro von Anfang an nur mit einer dreimonatigen Suspendierung von dem Amt zurechtweisen wollte. Medien weisen aber darauf hin, dass dies nicht der vorherigen öffentlichen Kommunikation Rabukas entspricht. Im Gegenteil, auch nach einer Entschuldigung Radrodros hatte er sich im Februar und März noch geweigert, ihn wieder in sein Amt einzusetzen. Anders als Tabuya gehört Radrodro der kleineren Regierungspartei SODELPA an, von der sich Tabuyas und Rabukas *People's Alliance Party* abgespalten hat. Mit der Rückkehr von Radrodro hat Rabuka also einen möglichen Koalitionsbruch abgewendet, da SODELPA seine Wiedereinführung in das Amt gefordert hat. *(Artikel von Oliver Hasenkamp. Radio New Zealand 27.04.24, 19.03.24, 14.03.24)*

Wahlleiterin soll abgesetzt werden – nachdem sie Korruptionsbeschwerden gegen Regierungsmitglieder weitergeleitet hatte

Berichten zur Folge möchten einflussreiche Mitglieder der fidschianischen Regierung die „Wahlleiterin“ („Supervisor of Elections“) Ana Mataiciwa absetzen, nachdem sie Beschwerden gegen mindestens fünf hochrangige Mitglieder der Regierung an die nationale Anti-Korruptionsbehörde weitergeleitet haben soll. Die Beschwerden sollen den Vorwurf eines gesetzeswidrigen Stimmenkaufs im Vorfeld der Wahlen von Dezember 2022 beinhalten. Laut den Berichten, die bisher noch nicht bestätigt worden sind, sollen sich die Vorwürfe gegen die Vize-Premierminister Bi-

man Prasad und Manoa Kamikamica, den Justizminister Siromi Turga, die Ministerin für Frauen, Kinder und soziale Angelegenheiten, Lynda Tabuya, sowie den Minister für multikulturelle Angelegenheiten und für die Zuckerindustrie, Charan Jeet Singh, richten.

Wahlleiterin Mataiciwa hatte ihr Amt im Januar 2023, also kurz nach der letzten Parlamentswahl und dem Regierungswechsel im Dezember 2022, angetreten. Ihre Funktion beinhaltet auch zwischen den Wahlen etwa die Organisation der Registrierung von Wählerinnen und Wähler und die Überprüfung der Einhaltung diverser gesetzlicher Vorgaben von Parteien und Kandidat*innen im Vorfeld und Nachgang von Wahlen.

(Artikel von Oliver Hasenkamp. Radio New Zealand 09.04.24)

VANUATU

Historisches Referendum

Vanuatu hat Ende Mai in seinem ersten Referendum seit der Unabhängigkeit über vorgeschlagene Verfassungsänderungen abgestimmt, die darauf abzielen, Parteienwechsel zu verhindern und die politische Instabilität in dem südpazifischen Land einzudämmen.

In dem Referendum wurden die Einwohner*innen von Ni-Vanuatu mit einem einfachen „Ja“ oder „Nein“ gefragt, ob sie die Aufnahme von zwei Artikeln in die Verfassung unterstützen, die das zersplitterte Parteiensystem des Landes stärken sollen.

Die Befürworter hoffen, dass die Änderungen die Abgeordneten daran hindern werden, die Parteien zu wechseln, und den Misstrauensanträgen, die seit dem Ende der gemeinsamen britischen und französischen Herrschaft im Jahr 1980 zahlreiche Regierungen zu Fall gebracht haben, ein Ende setzen werden. Allein im Jahr 2022 und 2023 hatte Vanuatu vier verschiedene Premierminister aus vier verschiedenen Parteien.

In dem Referendum wird vorgeschlagen, die Verfassung so zu ändern, dass jeder Abgeordnete, der während der Legislaturperiode aus einer politischen Partei austritt oder aus ihr ausgeschlossen wird, seinen Sitz verliert. Die zweite Änderung würde die Abgeordneten zwingen, ihren Sitz zu räumen, wenn sie sich nicht innerhalb von drei Monaten nach dem ersten Sitzungstag des Parlaments zu einer Partei bekennen.

Die Reformen, die im Dezember letzten Jahres vom 52-köpfigen Parlament Vanuatus angenommen wurden, benötigen eine einfache Mehrheit, um in Kraft treten zu können. Die Ergebnisse werden im Laufe des Monats Juni erwartet.

Die Behörden hatten für die Volksabstimmung 379 Wahllokale in dem 300.000 Einwohner zählenden Inselstaat sowie in Fidschi, Neukaledonien, Australien und Neuseeland eingerichtet. Rund zwei Monate lang hatte die Regierung eine Werbekampagne für die Teilnahme am Referendum gefahren. *(Pacific News Service 30.05.24)*

Neues Datenbanksystem für Menschen mit Behinderung

Vanuatu hat als erster Pazifikstaat zum 1. März ein neues Datenbanksystem für Menschen mit Behinderungen in Betrieb genommen. Mit der Ratifizierung des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (CRPD) im Jahr 2008 hatte Vanuatu sein Engagement für Inklusion und Nichtdiskriminierung unter Beweis gestellt. Die neue Datenbank sei ein wichtiger Schritt zur Gewährleistung gleicher Rechte und Chancen für alle Bürger*innen hieß es bei der zentralen Feier zur Einführung der Datenbank. Durch die Zusammenarbeit mit verschiedenen Interessengruppen, darunter Regierungsbehörden, Nichtregierungsorganisationen und Gemeinschaftsorganisationen, will die Regierung von Vanuatu die Bereitstellung von Dienstleistungen und die Unterstützung für

Menschen mit Behinderungen verbessern. 5 % der Bevölkerung Vanuatus leben mit Behinderungen.

Das Ministerium für Justiz und Gemeinschaftsdienste (MoJCS) ist federführend bei der Umsetzung einer Initiative zur besseren Inklusion beeinträchtigter Menschen und hat sowohl auf nationaler als auch auf Provinzebene einige „Disability Desk-Büros“ eingerichtet. In den Büros sollen eigens ausgebildete Mitarbeitende auf die neue Datenbank zugreifen können, um angepasste Dienstleistungen und Hilfen für Menschen mit Behinderungen zu finden.

Das neue Datenbanksystem soll auch die Regierung bei ihrer Entwicklungspolitik und bei Entscheidungen über Infrastrukturen im ganzen Land unterstützen. (Vanuatu Daily Post 08.03.24)

Neuer Studiengang für Elektrotechnik

Das „Vanuatu Institute of Technology“ (VIT) hat Mitte März seinen Diplomstudiengang in Elektrotechnik feierlich eröffnet. An der Feier im VIT nahmen hochrangige Gäste teil, darunter der Minister für allgemeine und berufliche Bildung, Anatole Hymak. Minister Hymak weihte auch die neu gestalteten Ausbildungseinrichtungen für Elektrotechnik und den neu gestalteten Kundendienstbereich am VIT ein.

Der Direktor der Einrichtung, Wade Evans, erläuterte, dass die höchste zu erreichende Qualifikation bisher ein „Certificate IV in Elektrotechnik“ war. Daher übertrifft diese neue Qualifikationsmöglichkeit die bisherigen Ausbildungsmöglichkeiten.

„Bei dieser Qualifikation handelt es sich um ein zweijähriges Diplom, das allen unseren Studenten nicht nur modernste Technologie, sondern auch die von der Industrie geforderten Fähigkeiten vermittelt. Diese neue Ausbildungseinrichtung ist so konzipiert, dass sie unseren Schülern eine Reihe von Fähigkeiten vermittelt, von prakti-

schen Fertigkeiten bis hin zu kritischem Denken und Softwaretechnologie“, so Schulleiter Evans sichtlich stolz.

Minister Hymak ergänzte in seiner Festansprache: „Dieser Studiengang soll unseren Studenten die entscheidenden Fähigkeiten und Kenntnisse vermitteln, die sie benötigen, um sich in dem sich rasch entwickelnden Bereich der Elektrotechnik zurechtzufinden und zu führen. Es ist unsere Antwort auf den dringenden Bedarf an anpassungsfähigen, kompetenten Arbeitskräften, die bereit sind, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu meistern.“

Info: Insgesamt gehören 40 Schüler zum ersten Jahrgang des neuen Diplomstudiengangs, darunter fünf Frauen. Die Schule hofft, den Anteil der Frauen weiter zu erhöhen. Der Schulleiter erklärte, dass der erste Diplom-Jahrgang auch einige Mittel vom Ministerium für allgemeine und berufliche Bildung erhalten werde. (Vanuatu Daily Post 16.03.24)

Erstes Forum für „Frauen in der Fischerei“

Das Vanuatu Fisheries Department (VFD) hat am 26. und 27. März 2024 in Port Vila das erste „Women in Fisheries Forum“ (WiFF) überhaupt veranstaltet. Mehr als 40 Personen nahmen daran teil, darunter Vertretende von Regierungsstellen, Organisationen der Zivilgesellschaft (CSO) und Nichtregierungsorganisationen (NGO) sowie Gemeindevertreter von der Insel Efate.

Ziel des Forums war es, Frauen, die in der Wertschöpfungskette der Fischerei tätig sind (als Fischerinnen, in der Vermarktung von Meeresprodukten, in der Aquakultur und im Ressourcenmanagement), die Möglichkeit zu geben, ihre Erfolgsgeschichten darüber zu erzählen, wie sie berufliche Herausforderungen und Armut überwunden und ihr Geschäft (Perlen-, Fisch- und Schlammkabbenzucht) aufgebaut haben, um sich und ihre Familien besser

zu versorgen.

Das Forum bot den Frauen auch die Möglichkeit, mit lokalen Partnern und staatlichen Dienstleistern in Kontakt zu treten und diente als Plattform für Austausch und Lernen.

Info: Das „Women in Fisheries“-Forum wurde von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) im Rahmen des Projekts „Adaptive Fisheries Management“ und von der australischen Regierung im Rahmen des Projekts „Pathways“ der VFD unterstützt.

Die teilnehmenden Frauen zeigten sich begeistert von dem neuen Forum und vereinbarten eine Fortführung des Frauen-Netzwerkes. Dazu sollen zukünftig auch Frauen aus anderen Provinzen von Vanuatu in die Hauptstadt Port Vila eingeladen werden. (Vanuatu Daily Post 03.04.24)

KANAKY (NEUKALDONIEN)

Ausnahmestand nach blutigen Unruhen aufgehoben

Zwei Wochen nach Beginn der Unruhen hat die französische Regierung den Ausnahmestand Ende Mai wieder aufgehoben. Bei den Protesten indigener Kanak gegen die geplante Wahlrechtsreform im französischen Überseegebiet waren sieben Menschen ums Leben gekommen, darunter auch zwei Gendarmen. Hunderte wurden bei den Straßenkämpfen verletzt.

Während der rund zweiwöchigen Unruhen hatte die französische Regierung die Social-Media-Applikation „TikTok“ gesperrt, was vor allem junge Menschen zu weiteren Demonstrationen veranlasste. Das Verbot, das bisher im demokratischen Frankreich beispiellos ist, hatte mehrere Gruppen dazu veranlasst, das, was sie als Angriff auf die Kommunikations- und Informationsfreiheit verurteilten, anzufechten. Die Behörden erklärten jedoch, TikTok sei zur

Verbreitung von Aufwiegelung und Hass benutzt worden.

Die französische Regierung hatte die Abschaltung damit begründet, dass die chinesische App TikTok zur Verbreitung von Desinformationen genutzt wird, und Peking und Aserbajdschan beschuldigt, sich in die Krise einzumischen. Viele TikTok-Nutzer*innen konnten das Verbot umgehen, indem sie webbasierte VPN-Adressen außerhalb Neukaledoniens verwendeten.

Frankreich hat insbesondere Aserbajdschan beschuldigt, Separatisten in Neukaledonien zu unterstützen, indem es die sozialen Medien mit angeblich irreführenden Bildern überschwemmt hat. Aserbajdschan wies die französischen Anschuldigungen zurück und warf Paris eine „neokolonialistische Politik“ vor.

Frankreich hatte rund 3.500 Sicherheitskräfte eingesetzt, um Recht und Ordnung auf den Straßen wieder herzustellen. Obwohl sich die Situation inzwischen beruhigt hat, ist der internationale Flughafen in der Hauptstadt Nouméa noch nicht wieder in Betrieb und internationale Flüge sind noch nicht möglich. Die Spannungen auf den Straßen mit den gewalttätigen und blutigen Kämpfen haben sich jedoch beruhigt, seit der französische Präsident Emmanuel Macron die 17.000 km lange Reise auf die Inselgruppe unternommen und vor Ort versprochen hatte, Reformen des Wahlsystems in Neukaledonien nicht mit Gewalt durchzusetzen. Für dieses Zugeständnis forderte der Präsident aber das sofortige Ende der Gewalt auf den Straßen.

Hintergrund: Die Nationalversammlung in Paris hatte vorgeschlagen, das Wahlrecht auch denjenigen Franzosen zu gewähren, die seit 10 Jahren in dem Gebiet leben.

Seit 1998 dürfen in Neukaledonien nur diejenigen an den Wahlen zu den Provinzen und Versammlungen teilnehmen, die zu diesem Zeitpunkt (also vor 1998) dort auch ansässig waren. Mehr als 40.000 Franzosen sind jedoch seitdem zugezogen. Die umstritte-

ne Verfassungsänderung sah vor, die Wählerschaft Neukaledoniens um diese neu angekommenen Franzosen zu erweitern. Einige Kanaken glauben, dass diese Änderung ihre Stimmen als „indigene Kanak“ verwässern und ein künftiges Unabhängigkeitsreferendum gefährden würde. Deshalb waren Protestierende auf die Straßen gegangen, die Proteste arteten jedoch aus.

Von den rund 300.000 Einwohner*innen Neukaledoniens sind 112.000 indigene Kanaken. (BBC News 28.05.24, Reuters 04.06.24)

Familienangehörige von Fußballstar erschossen

Eine Nichte und ein Neffe des französischen Fußballweltmeisters Christian Lali Kake Karembeu sind bei den Ausschreitungen in Neukaledonien gestorben - ihnen wurde in den Kopf geschossen.

Bei den Unruhen wegen der umstrittenen Wahlreformen starben bisher sieben Menschen.

Karembeu ist indigener Kanak, er wurde am 3. Dezember 1970 auf Lifou geboren. Er hat 16 Geschwister. Mit 17 Jahren ging er nach Frankreich und startete eine Karriere als Profi-Fußballer. Er bestritt 53 Länderspiele für die französische Nationalmannschaft, unter anderem erspielte er auch den Weltmeistertitel für Frankreich im Jahr 1998.

Karembeu spielte auch für die Fußballvereine Nantes, Sampdoria, Real Madrid, Olympiakos, Servette und Bastia. Seit 2013 ist der 53-jährige strategischer Berater beim griechischen Fußballclub Olympiakos Piräus.

Hintergrund: Außerhalb des Fußballs hat sich der meinungsstarke Karembeu für eine Beendigung der französischen Atomwaffentests im Südpazifik engagiert. Von 1998 bis 2011 war er mit dem slowakischen Model Adriana Sklenářiková verheiratet. Ende 2011 zog er ins schweizerische Champéry. Im Mai 2017 heiratete

er die libanesische Skirennläuferin Jacky Chamoun.

Karembeu weigerte sich stets, vor den Spielen seiner Mannschaft die französische Nationalhymne zu singen. Dies begründete er damit, dass 1931 während der Pariser Kolonialausstellung zwei seiner Onkel in einem menschlichen Zoo zur Schau gestellt worden seien. Ein Urgroßvater Karembeus wurde in ähnlicher Weise als „Kannibale“ im Hamburger Tierpark Hagenbeck ausgestellt, von dem Karembeu die Bereitstellung historischer Unterlagen und die Aufarbeitung der zum Teil zwangsarbeits- und sklavenähnlichen Beschäftigungsverhältnisse forderte. (BBC Sport 27.05.24, Wikipedia)

Farn-Art hat größtes Genom aller lebenden Organismen

Eine seltene Art des Gabelfarns (lat. „*Tmesipteris oblancoolata*“) ist zum Weltrekordhalter in der Größe seines Genoms (dt. Erbmasse) geworden.

Tmesipteris ist eine relativ wenig untersuchte kleine Gattung aus nur 15 Arten, von denen die meisten auf mehreren pazifischen Inseln vorkommen.

Bislang hatten Wissenschaftler*innen nur die Größe der Genome von zwei *Tmesipteris*-Arten - *Tmesipteris tannensis* und *Tmesipteris obliqua* - geschätzt, die beide mit 73,19 bzw. 147,29 Gbp gigantische Genome aufweisen. [Anmerkung: Gbp = giga base pair: Eine Milliarde Basenpaare]

Im Jahr 2023 reisten Dr. Jaume Pellicer vom Royal Botanic Gardens in Kew (England) und Kolleg*innen nach Neukaledonien, um Proben von *Tmesipteris* zu sammeln. Diese wurden ausgewertet, um die Größe der Genome zu ermitteln. Jetzt erschienen die Ergebnisse der Studie.

Die Analyse ergab, dass *Tmesipteris oblancoolata* eine rekordverdächtige Genomgröße von 160,45 Gbp aufweist, was etwa 7 Prozent größer ist als das Genom der japanischen Blütenpflanzenart *Paris japonica* (148,89 Gbp).

Zum Vergleich: Das menschliche Genom umfasst etwa 3,1 Gbp, verteilt auf 23 Chromosomen.

„Tmesipteris ist eine einzigartige und faszinierende kleine Gattung von Farnen, deren Vorfahren sich vor etwa 350 Millionen Jahren entwickelten - lange bevor die Dinosaurier die Erde betraten - und die sich durch ihre hauptsächlich epiphytische Lebensweise (sie wächst hauptsächlich auf den Stämmen und Ästen von Bäumen) und ihre begrenzte Verbreitung in Ozeanien und auf einigen pazifischen Inseln auszeichnet“, so Dr. Pellicer im Artikel *„A 160 Gbp fern genome shatters size record for eukaryotes“*, der am 31. Mai als „open access“ Dokument bei iScience veröffentlicht wurde.

„Wer hätte gedacht, dass diese winzige, unscheinbare Pflanze, an der die meisten Menschen wahrscheinlich unbemerkt vorbeigehen würden, einen Weltrekord in Sachen Genomgröße aufstellen könnte“, kommentierte Dr. Ilija Leitch von den Royal Botanic Gardens in Kew die sensationelle Entdeckung.

(<https://www.sci.news/genetics/tmesipteris-obolanceolata-genome-12981.html>, 03.06.24, [https://www.cell.com/iscience/fulltext/S2589-0042\(24\)01111-8](https://www.cell.com/iscience/fulltext/S2589-0042(24)01111-8), 31.05.24)

MIKRONESIEN

Präsident befürwortet Kernenergie trotz Anti-Atomkraft-Verfassung

Palau: Der palauische Präsident Surangel Whipps Jr. hat sich in seiner jüngsten Grundsatzrede auf der 15. Konferenz zur Nachhaltigkeit von Inseln, die am 11. April 2024 von der University of Guam in Guam veranstaltet wurde, für die Kernenergie als eine der Solarenergie vorzuziehende Energiequelle ausgesprochen.

Präsident Whipps betonte, dass Palau die Kernenergie aufgrund ihrer Stabilität, Zuverlässigkeit und Kohlenstofffreiheit als praktikable Option in Betracht ziehen sollte,

und versicherte, dass Kernenergie Palau dabei helfen könnte, sein Ziel einer 100%-igen Versorgung mit erneuerbaren Energien bis 2032 zu erreichen.

Der ehemalige Präsident von Palau, Johnson Toribiong, eine Schlüsselfigur bei der Ausarbeitung der palauischen Verfassung, äußerte jedoch Bedenken gegen Whipps' Haltung. Toribiong wies darauf hin, dass Whipps' Befürwortung der Kernenergie möglicherweise ein anklagbares Vergehen darstellen könnte, und berief sich dabei auf Artikel 13, Abschnitt 6 der palauischen Verfassung, der ausdrücklich die Verwendung, Erprobung, Lagerung oder Entsorgung von Kernmaterial innerhalb der Gerichtsbarkeit Palaus verbietet.

Toribiong kritisierte Whipps auch dafür, dass er während eines Besuchs in Japan angeblich die Einleitung von nuklear behandelten Abwässern in den Pazifischen Ozean gebilligt habe, obwohl Palau seit langem gegen die Atomkraft sei.

Bezüglich der Solarenergie merkte Toribiong an, dass die Solarproduktion auf Palau erst vor kurzem begonnen habe und es verfrüht sei, ihre Leistungsfähigkeit anzuzweifeln.

Ingenieur Rudimch von der Palau Public Utilities Corporation berichtete, dass die Solarenergie im Monat März 20 % der gesamten Energieproduktion ausgemacht habe und damit das Ziel für erneuerbare Energien in diesem Monat erreicht worden war.

Whipps hatte zuvor seine Unzufriedenheit mit den Energieberechnungen des Unternehmens geäußert und eine Verzögerung bei der Einführung neuer Tarife gefordert, wobei er insbesondere die Einbeziehung von 4 Cent in die Energiekosten für unabhängige Stromerzeuger beanstandete. (*Palau Island Time* 16.04.24)

Chinesischer Hackerangriff und politische Einflussnahme

Palau: Surangel Whipps, Präsident von Palau, hat die chinesische Regierung in Peking kürzlich beschuldigt, einen Cyberangriff auf die IT-Systeme des Inselstaates ausgeübt zu haben. Whipps verdächtigt Peking, dass der Cyberangriff eine Vergeltungsmaßnahme für Palaus diplomatische Anerkennung Taiwans war.

Am 14. März drangen Hacker in die Computernetzwerke des Finanzministeriums von Palau ein, legten Systeme lahm und machten es unmöglich, die 1.800 Regierungsangestellten zu bezahlen. Zu dem Angriff bekannte sich eine kriminelle Hackergruppe, deren Spuren IT-Experten weiter nach China zurückverfolgen konnten. Die Regierung von Palau vermutet staatliche Akteure hinter dem Angriff, unter anderem weil keine ernsthaften Lösegeldforderungen gestellt wurden. Die Links in den Dokumenten, über die das Lösegeld verhandelt werden sollte, haben nicht funktioniert. Das legt den Verdacht nahe, dass es sich nur um ein Täuschungsmanöver handelte, um eine staatliche Beteiligung an dem Cyberangriff zu vertuschen.

Auch der Zeitpunkt des Hackerangriffs erscheint verdächtig: Er fand einen Tag vor einem diplomatischen Treffen zwischen Vertretern aus den USA und Palau statt, bei dem ein gemeinsames Abkommen gewürdigt wurde, das den USA Zugang zu den strategisch wichtigen Gewässern rund um Palau gewährt.

Laut Präsident Whipps sei der Cyberangriff nicht der erste chinesische Einschüchterungsversuch. Seit 2021 sind vier chinesische Forschungsschiffe ohne Erlaubnis in die Seegewässer des Landes eingedrungen und haben damit gegen das internationale Seerecht verstoßen. Weitaus schwerer noch hat den Inselstaat eine Maßnahme im Jahr 2017 getroffen, als chinesische Reisebüros angewiesen wurden, keine Reisen nach Palau

mehr anzubieten. Der anschließende Einbruch der Tourismusbranche hatte für den Inselstaat schwere wirtschaftliche Folgen. Der Grund für derartige Drogebarden liegt am Widerstand Palaus, die Volksrepublik anstelle von Taiwan diplomatisch anzuerkennen.

Das chinesische Außenministerium bestritt jegliche Vorwürfe, in die Cyberangriffe involviert gewesen zu sein.

Präsident Whipps zeigte sich auch besorgt über eine mögliche chinesische Einflussnahme auf die Wahlen in Palau, die für November angesetzt sind. Es wäre durchaus im Interesse der Führung in Peking, dass ein Chinafreundlicher Kandidat die Wahlen gewinnt, der die diplomatische Anerkennung Taiwans aufgibt.

(Artikel von Clara Groth, Masterstudentin, Uni Würzburg.

[https://www.reuters.com/world/asia-](https://www.reuters.com/world/asia-pacific/palau-president-says-he-expects-china-try-meddle-election-2024-06-05/)

[pacific/palau-president-says-he-expects-](https://www.reuters.com/world/asia-pacific/palau-president-says-he-expects-china-try-meddle-election-2024-06-05/)

[china-try-meddle-election-2024-06-05/](https://www.reuters.com/world/asia-pacific/palau-president-says-he-expects-china-try-meddle-election-2024-06-05/)

[https://www.thetimes.com/world/asia/article/c-](https://www.thetimes.com/world/asia/article/china-hacked-pacific-nation-to-punish-it-for-backing-taiwan-19hfb7nf0)

[hina-hacked-pacific-nation-to-punish-it-for-](https://www.thetimes.com/world/asia/article/china-hacked-pacific-nation-to-punish-it-for-backing-taiwan-19hfb7nf0)

[backing-taiwan-19hfb7nf0\)](https://www.thetimes.com/world/asia/article/china-hacked-pacific-nation-to-punish-it-for-backing-taiwan-19hfb7nf0)

Universität Göttingen gibt sterbliche Überreste zurück

Palau: Ende März wurden im Rahmen einer Zeremonie menschliche Überreste an Vertreter aus Palau zurückgegeben. Es handelte sich um Schädel, Knochen und Haarproben, die während einer „Südsee-Expedition“ in die damalige deutsche Kolonie Palau Anfang des 20. Jahrhunderts von Ethnologen gesammelt und mit nach Deutschland gebracht wurden. In den 60er und 70er Jahren wurden die menschlichen Überreste an die Universität Göttingen übergeben. Die Sammlung umfasst in etwa 1.300 Gebeine, die alle aus ehemaligen Kolonien stammen.

Die Rückgabe steht im Zusammenhang mit dem Provenienzforschungsprojekt „Sensible Provenienzen“, in dessen Rahmen in einem langwierigen Prozess die Herkunft der Gebeine erforscht wird. Im Anschluss nehmen die Forscher*innen dann Kontakt zu den Herkunftsgesellschaften auf

und die Überreste werden - meist von Riten begleitet - zurückgegeben, wie zuvor schon bei Gebeinen aus Hawai'i, Neuseeland und nun Palau. Da Provenienzforschung sehr aufwendig ist und das Forschungsprojekt, gemessen an dem Umfang der Knochensammlung, sehr klein ist, konnten sich die Forschenden bisher nur mit einem Bruchteil der Gebeine beschäftigen.

McMichael Mutok vom *Bureau of Cultural and Historical Preservation* aus Palau hat nun die Gebeine in Empfang genommen und davon berichtet, dass die Menschen auf Palau größtenteils gar nicht wissen, wie viele sterbliche Überreste ihrer Vorfahren sich in deutschen Sammlungen und Museen befinden, gleichzeitig aber sehr betroffen waren, als sie davon erfahren haben, denn in der Kultur der Palauer ist es sehr wichtig, dass man nach seinem Tod an seinen Heimatort zurückkehrt.

Holger Stoecker, einer der Forscher, die an dem Projekt beteiligt sind, hofft nun, dass er und seine Kolleg*innen weiteren Rückgabefragen nachgehen können, wie zum Beispiel aus Australien, und dass die Provenienzforschung der Universität Göttingen weiter institutionalisiert wird, um ihrer historischen Verantwortung gerecht zu werden.

(Artikel von Clara Groth, Masterstudentin, Uni Würzburg.

[https://www.ndr.de/kultur/kunst/provenienzforschung/Uni-Goettingen-gibt-Gebeine-an-die-](https://www.ndr.de/kultur/kunst/provenienzforschung/Uni-Goettingen-gibt-Gebeine-an-die-Republik-Palau-zurueck,palau108.html)

[Republik-Palau-zurueck,palau108.html\)](https://www.ndr.de/kultur/kunst/provenienzforschung/Uni-Goettingen-gibt-Gebeine-an-die-Republik-Palau-zurueck,palau108.html)

Verheerende Dürre

Föderierte Staaten (FSM): Bereits im September 2023 zeichnete sich ab, dass aufgrund des El Niño eine langanhaltende Trockenzeit auf die Föderierten Staaten von Mikronesien (FSM) im Winter und Frühjahr 2023/24 zukommen werde. Die FSM sind bei der Süßwasserversorgung auf Grund-, Oberflächen- und Regenwasser angewiesen. Bereits in der Vergangenheit waren die Bundesstaaten Yap, Pohnpei und Chuuk von den Auswirkungen des El Niño-Phänomens besonders stark betroffen.

Am 11. März rief der Präsident als Reaktion auf die schwere Dürre im ganzen Land den Ausnahmezustand aus. In der Folge konnten inländische sowie ausländische Hilfe schneller und einfacher in Anspruch genommen werden, wie zum Beispiel die Aufstellung eines Krisenstabs zur Koordinierung von Hilfsmaßnahmen. Bis in den Mai hinein waren über 23.000 Menschen von der Dürre betroffen, das entspricht in etwa 20 % der Bevölkerung.

Vor allem die Wasser- und Nahrungsversorgung waren durch die langanhaltende Trockenheit teilweise stark eingeschränkt, sodass internationale Organisationen wie die UN, die Weltbank und die Asiatische Entwicklungshilfebank ADB, aber auch einzelne Geberländer die FSM mit Hilfgeldern, Wassertanks und Notfallversorgung unterstützen mussten. Die Dürre hat auch zu vielen Waldbränden geführt. (Artikel von Clara Groth, Masterstudentin, Uni Würzburg.

[https://reliefweb.int/report/micronesia-](https://reliefweb.int/report/micronesia-federated-states/unicf-federated-states-micronesia-fsm-and-republic-marshall-islands-rmi-humanitarian-situation-report-no-2-april-2024)

[federated-states/unicf-federated-states-](https://reliefweb.int/report/micronesia-federated-states/unicf-federated-states-micronesia-fsm-and-republic-marshall-islands-rmi-humanitarian-situation-report-no-2-april-2024)

[micronesia-fsm-and-republic-marshall-](https://reliefweb.int/report/micronesia-federated-states/unicf-federated-states-micronesia-fsm-and-republic-marshall-islands-rmi-humanitarian-situation-report-no-2-april-2024)

[islands-rmi-humanitarian-situation-report-no-](https://reliefweb.int/report/micronesia-federated-states/unicf-federated-states-micronesia-fsm-and-republic-marshall-islands-rmi-humanitarian-situation-report-no-2-april-2024)

[2-april-2024](https://reliefweb.int/report/micronesia-federated-states/unicf-federated-states-micronesia-fsm-and-republic-marshall-islands-rmi-humanitarian-situation-report-no-2-april-2024)

[https://reliefweb.int/report/micronesia-](https://reliefweb.int/report/micronesia-federated-states/drought-federated-states-micronesia-humanitarian-response-activities-reported-07-may-2024)

[federated-states/drought-federated-states-](https://reliefweb.int/report/micronesia-federated-states/drought-federated-states-micronesia-humanitarian-response-activities-reported-07-may-2024)

[micronesia-humanitarian-response-activities-](https://reliefweb.int/report/micronesia-federated-states/drought-federated-states-micronesia-humanitarian-response-activities-reported-07-may-2024)

[reported-07-may-2024](https://reliefweb.int/report/micronesia-federated-states/drought-federated-states-micronesia-humanitarian-response-activities-reported-07-may-2024)

[https://www.rnz.co.nz/international/pacific-](https://www.rnz.co.nz/international/pacific-news/514875/micronesia-prolonged-drought-now-impacting-food-and-water-across-region)

[news/514875/micronesia-prolonged-drought-](https://www.rnz.co.nz/international/pacific-news/514875/micronesia-prolonged-drought-now-impacting-food-and-water-across-region)

[now-impacting-food-and-water-across-region\)](https://www.rnz.co.nz/international/pacific-news/514875/micronesia-prolonged-drought-now-impacting-food-and-water-across-region)

Neues UNDP-Projekt

FSM: Anfang Mai haben das Pazifikbüro des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) und die Regierung der Föderierten Staaten von Mikronesien bekanntgegeben, dass sie in einem Kooperationsprojekt die Klimaresilienz auf den FSM fördern werden.

Die Initiative zielt darauf ab, kritische Ökosysteme zu sichern, die für die Umwelt und Wirtschaft der FSM von wesentlicher Bedeutung sind. Dabei soll eine klimaresistente, nachhaltige Land- und Küstenbewirtschaftung gestärkt werden, die der Verunreinigung und Erosion von Böden Einhalt gebieten soll.

Das Projekt wird von der *Global Environment Facility* (GEF) mit

fünf Millionen US-Dollar gefördert und soll folgende Ziele unterstützen: Verbesserung der nachhaltigen Funktionstüchtigkeit von Ökosystemen; Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität zur Verbesserung der Ernährungssicherheit; Widerstandsfähigkeit der Acker- und Weideböden; Synergien mit sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Zielen; und Stärkung einer verantwortungsvollen und integrativen Landverwaltung.

Das sechsjährige Projekt beinhaltet die Zusammenarbeit aller vier Bundesstaaten der Föderierten Staaten, damit diese festgelegten Ziele erreicht werden können. Dabei spielen vor allem die Menschen vor Ort eine wichtige Rolle, die die Umsetzung gestalten und individuelle Lösungen für ihre Gemeinde finden müssen. Durch die aktive Miteinbeziehung der Bevölkerung soll auch das Bewusstsein für die Vorteile einer nachhaltigen und klimafreundlichen Landwirtschaft geschärft werden.

(Artikel von Clara Groth, Masterstudentin, Uni Würzburg.
<https://www.undp.org/pacific/press-releases/fsm-and-undp-pacific-office-sign-seven-year-project-towards-land-degradation-neutrality>)

Raketenabwehrtests geplant

Guam: Das US-Militär plant, im Laufe der kommenden 10 Jahre von Guam aus jährlich bis zu zwei Raketenabwehrtests mit scharfer Munition durchzuführen und damit ein integriertes Verteidigungssystem für den strategisch wichtigen Inselstaat zu entwickeln.

Die „US Missile Defense Agency“ hat Anfang Juni eine 378 Seiten umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung veröffentlicht, in der sie ihren Plan zur Verfolgung und Zerstörung von Zielraketen in Zusammenarbeit mit der Luftwaffe, der Armee, der Marine und der Küstenwache darlegt. Die Tests sollen in den letzten drei Monaten dieses Jahres beginnen. Der Prüfbericht kam zu dem Schluss, dass die Tests keine signifikanten direkten, indirekten oder kumulativen

Auswirkungen auf die Umwelt hätten.

Ein Raketenabwehrsystem bietet eine umfangreiche Verteidigung, bestehend aus verschiedenen land-, see- und luftgestützten Waffen, Sensor- und Kommunikationssystemen sowie Kommando- und Kontrollplattformen. Es dient dazu, ballistische, Marsch- und Hyperschallraketen in allen Flugphasen abzuwehren.

Das *Indo-Pacific Command* der US-Armee betrachtet die Fertigstellung des Guam-Raketenabwehrsystems als höchste Priorität für die Region. Guam ist das westlichste der US-amerikanischen Territorien und liegt dem Südchinesischen Meer, einem Krisenherd in der Region, am nächsten.

Das „Pacific Center for Island Security“, ein Forschungsinstitut auf Guam, das in seiner Arbeit einen Schwerpunkt auf die Sicherheitsinteressen der Insel und Inselbewohner*innen legt, hat auf den Prüfbericht allerdings zurückhaltend reagiert. Das Institut fordert, die Interessen von Guam und seinen Bewohnenden stärker zu berücksichtigen. Es fehlt beispielsweise an ausreichendem Wohnraum für die Truppen und Vertragspartner, die auf Guam stationiert werden sollen.

(Artikel von Clara Groth, Masterstudentin, Uni Würzburg.
https://www.stripes.com/theaters/asia_pacific/2024-06-05/guam-live-fire-missile-defense-tests-14093690.html)

Neue Klassifizierung als „Chamorro“

Guam: „Native Chamorros“ ist ab sofort eine separate Klassifizierung für alle US-amerikanischen Bundesdatenerhebungen zu ‚Rasse‘ (race) und ethnischer Zugehörigkeit. Dazu hat die Administration unter Präsident Joe Biden Ende März neue Leitlinien als Teil einer neuen Richtlinie für die Statistikpolitik der USA veröffentlicht.

Es ist die erste Änderung der Leitlinien zur Datenerfassung seit 1997. Sie folgt auf einjährige Bemühungen der Initiative des Wei-

ßen Hauses zu asiatischen Amerikanern, eingeborenen Hawaiianern und Pazifikinsulanern.

„Native Chamorros“ hat die Kategorien der Datenerfassung so erweitert, dass Pazifikinsulaner*innen nicht mehr in eine einzige Kategorie als „Pacific Islander“ gesteckt werden können. (*Kuam News 29.03.24*)

Micronesian Island Forum

Guam: Das „26. Micronesian Island Forum“ fand vom 3. bis 5. Juni auf Guam statt. Neben einem Abschlusscommuniqué haben die teilnehmenden Politiker*innen und Regierungsvertretenden außerdem einen offenen Brief verfasst, in dem sie sich direkt an US-Präsident Joe Biden gewandt und für Unterstützung geworben haben. Dabei ging es unter anderem um den Schutz der begrenzten natürlichen und kulturellen Ressourcen der Pazifikinseln vor invasiven Arten und dem Klimawandel.

Der Brief wurde von Staatsoberhäuptern aus Guam, den Marshallinseln, Nauru, den Föderierten Staaten von Mikronesien, Palau, dem Commonwealth der Nördlichen Marianen, sowie den FSM-Staaten Kosrae, Pohnpei und Yap unterzeichnet.

In dem Brief wurde Präsident Biden gebeten, effektive Maßnahmen zu ergreifen, die die negativen Auswirkungen amerikanischer Militärmanöver auf die mikronesische Umwelt lindern. Dabei wurden sechs Vorschläge ausgeführt. Zum Beispiel sollen invasive Arten stärker bekämpft werden, ein regionaler Biosicherheitsplan umgesetzt werden und Umweltverträglichkeitsprüfungen vor größeren Militärmanövern finanziert und durchgeführt werden.

Dem Brief zufolge würden diese Maßnahmen die pazifischen Inselstaaten besser vor invasiven Arten schützen und gleichzeitig die Klimaresilienz, die Nahrungsmittelsicherheit und eine nachhaltigere Entwicklung fördern.

(Artikel von Clara Groth, Masterstudentin, Uni

Würzburg.

https://www.postguam.com/news/local/micronesia-islands-forum-concludes-with-letter-to-president-biden/article_dfaad56c-23ce-11ef-9b6b-7f34134000a7.html

https://www.mvariety.com/news/local/26th-micronesia-islands-forum-2024-concludes-with-signing-of-joint-communication-and-letter-to-biden/article_842840f4-240e-11ef-bba9-e3d48dd8b86a.html

Unterstützung für nachhaltige Haushaltspolitik

Nauru: Die *Asian Development Bank* (ADB) und die Regierung von Nauru haben Anfang Juni eine Vereinbarung über Zuschüsse in Höhe von 5 Millionen US-Dollar unterzeichnet. Nauru soll mit den Geldern bei der Einführung einer nachhaltigen sowie geschlechtergerechten Haushaltspolitik unterstützt werden, um Schulden abzubauen, das Schuldenmanagement zu verbessern, staatliche Einnahmen zu generieren, staatliche Unternehmen zu fördern und einkommensschwache Haushalte zu unterstützen.

Die Zuschüsse werden aus dem *Asian Development Fund* (ADF) finanziert, der Zuschüsse an die ärmsten Länder der ADB vergibt. Der ADF wird alle vier Jahre von den Geberländern des ADF aufgefüllt. Laut Generaldirektorin der ADB für die Pazifikregion, Leah Gutierrez, sind die Gelder für Nauru von entscheidender Bedeutung, angesichts seiner schwachen Wirtschaftsleistung und den nur begrenzten Möglichkeiten, Investitionen anzuziehen.

Die Regierung soll unter anderem in ihrem Schuldenaktionsplan unterstützt werden, um den Schuldenstand auf ein nachhaltiges Niveau zu senken. Dazu sind politische und institutionelle Reformen geplant. Auch die Zollbehörde und Verfahren bei der Wareneinfuhr sollen modernisiert und digitalisiert werden. Bei allen Plänen und Reformen stehen Fragen der Nachhaltigkeit, der sozialen Gerechtigkeit, sowie der Geschlechtergerechtigkeit im Zentrum. (Artikel von Clara Groth, Masterstudentin, Uni Würzburg. <https://www.adb.org/news/adb-signs-5-million-grant-help-nauru-improve-fiscal-sustainability>)

MARSHALL-INSELN

Verzögerungen von US-Zahlungen

Im Oktober 2023 wurde ein neues Abkommen unterzeichnet, das den Marshall-Inseln in den nächsten 20 Jahren 2,3 Milliarden US-Dollar an Wirtschaftshilfe zusichert. Diese Finanzierung ist jedoch an die Zustimmung des US-Kongresses gebunden, der sie bisher aufgrund parteipolitischer Differenzen blockiert hat. Trotz ihrer wichtigen Rolle in der nationalen Sicherheit der USA, insbesondere durch das auf dem Kwajalein-Atoll befindliche Raketenabwehrtestgelände und die hohe Beteiligung ihrer Bürger*innen am US-Militär, sieht sich die Bevölkerung der Marshall-Inseln mit einer Blockade im US-Kongress konfrontiert, die die strategische Partnerschaft und wirtschaftliche Stabilität der Pazifikinsel gefährdet, die stark von dieser Unterstützung abhängt.

Zwischen 1946 und 1958 führten die USA 67 Atomtests auf den Marshall-Inseln durch, darunter den verheerenden Castle Bravo-Test, der 1.000 Mal stärker war als die Hiroshima-Bombe. Die Folgen dieser Tests belasten die Marshall-Inseln bis heute: Mehrere Atolle sind unbewohnbar und die Gesundheitsprobleme durch die Strahlenbelastung sind erheblich.

Trotz einer nuklearen Entschädigung in Höhe von 150 Millionen Dollar im Rahmen des *Compact of Free Association* (COFA) von 1986 und späteren Erhöhungen auf 600 Millionen Dollar, empfinden die Marshalliesen diese Beträge als unzureichend. Das 1986 eingerichtete *Nuclear Claims Tribunal* stellte fest, dass der tatsächliche Schaden der US-Atomtests 2,3 Milliarden Dollar beträgt, aber die Bemühungen der Marshall-Inseln, diese Entschädigung zu erhalten, wurden von der US-Regierung bisher immer abgelehnt.

Der Klimawandel verschärft die Situation weiter. Der steigende Meeresspiegel bedroht eine Betonkuppel („Runit Dome“) auf dem Ene-

wetak-Atoll, in deren Schacht radioaktiver Müll gelagert wird, was neue Risiken für Mensch und Umwelt birgt. Gleichzeitig bleibt die medizinische Versorgung unzureichend, insbesondere im Bereich der Krebsbehandlung, einer der häufigsten Todesursachen im Land.

Die Verzögerungen bei der COFA-Finanzierung und die Weigerung der USA, zusätzliche Entschädigungen für die nuklearen Schäden zu zahlen, gefährden die bilateralen Beziehungen und schwächen die Position der USA in der Region. Die verzögerte Finanzierung führt zu massiven Haushaltsengpässen und erhöht die Gefahr, dass finanzielle Anreize Chinas Politiker*innen der Marshall-Inseln beeinflussen könnten. Hilda Heine, Präsidentin der Marshallinseln, hat wiederholt die Bedeutung des Pazifik Staats als verlässlichen Verbündeten der USA betont und vor der wachsenden chinesischen Einmischung gewarnt.

Die Marshall-Inseln blicken jedoch nicht nur zurück, sondern streben eine gerechte Lösung für ihr nukleares Erbe an. Die Nationale Nuklearkommission des Landes hat eine Strategie zur Verwirklichung der nuklearen Gerechtigkeit entwickelt, die jedoch nur in Zusammenarbeit mit den USA umgesetzt werden kann. (Artikel von Michaela König. *Just Security*, 04.03.24)

Japan unterstützt Seeüberwachung

Der japanische Botschafter Tanaka Kazunari und der Außenminister der Marshall-Inseln, Kalani Kaneko, haben Ende März einen Vertrag über einen japanischen Zuschuss für das „*Sea Patrol Program*“ der Marshall-Inseln unterzeichnet.

Japan unterstützt das laufende Projekt der Seepatrouille im Hauptquartier von Delap mit einem Zuschuss in Höhe von über sechs Millionen Dollar. Der erste Teil des Projekts beläuft sich auf 1,3 Millionen Dollar für die Verbesserung der Zufahrtsstraßen zum Büro der

Sea Patrol, die auch als Ausbildungs- und Einsatzzentrum für die Sicherheit im Seeverkehr bekannt ist. Der zweite Teil umfasst rund 5 Mio. USD für schwere Maschinen zur Entwicklung der Infrastruktur, die unter das japanische Programm für wirtschaftliche und soziale Entwicklung 2022 fällt.

Minister Kaneko dankte dem japanischen Botschafter „für die fortlaufende Unterstützung bei der Bereitstellung wichtiger Dienstleistungen zur nachhaltigen Sicherung des Lebensunterhalts und zur Bekämpfung der Armut auf unseren Inseln.“

(<https://marshallislandsjournal.com/japans-6m-for-sea-patrol/> 28.03.24)

Fischerei-Kooperationsabkommen mit den Philippinen

Anlässlich eines offiziellen Staatsbesuchs von Präsidentin Dr. Hilda Heine beim philippinischen Präsidenten Ferdinand R. Marcos Jr. Anfang März des Jahres haben die Marshall-Inseln und die Philippinen im Malacañan Palace in Manila ein gemeinsames Fischereiabkommen beschlossen. Es handelt sich um das erste bilaterale Abkommen zwischen den Marshall-Inseln und den Philippinen.

Das Abkommen wurde letztendlich Ende Mai in Quezon City von Vertretenden der *Marshall Islands Marine Resources Authority* (MIMRA) und des philippinischen *Bureau of Fisheries and Aquatic Resources* unterzeichnet. Vereinbart wurde u.a. eine engere Kooperation bei der Aquazucht von Algen und Garnelen sowie beim Vertrieb von Fisch und Meeresfrüchten.

Während des Treffens im März verpflichteten sich die Präsidenten Marcos und Heine auch, die Zusammenarbeit der beiden Nationen in verschiedenen Bereichen wie Arbeit, Bildung und Ausbildung sowie landwirtschaftliche Produktion zu verstärken.

Hintergrund: Die Philippinen und die Marshall-Inseln nahmen am 15. September 1988 offiziell diplomatische Beziehungen auf. Auf den Marshall-Inseln leben etwa 1.500 Philippiner*innen, die vor allem in den Bereichen Büroarbeit, Handwerk und Handel, Maschinenführer und Fachkräfte arbeiten.

Im Jahr 2023 belief sich der Gesamthandel der Philippinen mit den Marshall-Inseln auf 36 Millionen USD, wobei die Exporte einen Wert von 3,5 Millionen USD und die Importe einen Wert von 32,4 Millionen USD hatten.

Zu den wichtigsten Importgütern von den Marshall-Inseln gehören Echter Bonito, Gelbflossenthun, Großaugenthun und gefrorene Fischfilets.

(PNA 07.03.24, <https://mimimra.com/>, *Marshall Islands Journal* 31.05.24)

Neue US-Botschafterin

Obwohl der US-amerikanische Präsident Joe Biden bereits am 11. Juli letzten Jahres die Diplomatin Laura Stone zur neuen US-Botschafterin auf den Marshall-Inseln ernannt hat, hat Stone bis dato ihr Amt noch nicht angetreten und ist auch noch nicht auf den Inseln eingetroffen.

Stone ist Mitglied des höheren Auswärtigen Dienstes im Rang einer ministeriellen Beraterin.

Sie hat unter anderem in Peking, Bangkok, Tokio und Hanoi gearbeitet.

Sie war ebenfalls als stellvertretende Staatssekretärin für Indien, Nepal, Sri Lanka, Bangladesch, Bhutan und die Malediven tätig. Außerdem war sie im Büro des Unterstaatssekretärs für Wirtschaftswachstum tätig und diente als stellvertretende Staatssekretärin für China, Taiwan, Hongkong und die Mongolei.

Laura Stone hat einen Bachelor of Arts von der *Cornell University* und einen Master of Philosophy von der *Oxford University*. Sie spricht fließend Mandarin. (*Marshall Islands Journal* 17.05.24, *Wikipedia*)

KIRIBATI

Ausweisung des australisch-stämmigen Richters David Lambourne

David Lambourne, ein in Australien geborener Richter am Obersten Gericht von Kiribati, dessen versuchte Abschiebung aus Kiribati vor zwei Jahren eine Justizkrise auslöste, erschien nun vor Gericht in einem Fall, der von den Vereinten Nationen und internationalen Rechtsgruppen aufmerksam beobachtet wurde.

Lambourne lebte 30 Jahre lang in Kiribati und ist mit der Oppositionsführerin Tessie Lambourne verheiratet. Ende April wurde er darüber informiert, dass er innerhalb von 21 Tagen Kiribati verlassen muss.

Nachdem Kiribatis Präsident Taneti Maamau ihn 2022 vom Dienst suspendiert hatte, lebte Lambourne bis zu seiner Ausweisung ohne Visum oder Gehalt in Kiribati. Maamau hat auch alle drei Berufungsrichter und den Obersten Richter suspendiert, nachdem sie entschieden hatten, dass Lambourne nicht abgeschoben werden kann.

Ein Versuch einer Zwangsabschiebung im Rahmen eines Gerichtsverfahrens im August 2022 scheiterte, als ein Pilot der *Fiji Airlines* sich weigerte, Lambourne gegen seinen Willen auszufliegen. Lambournes Rechtsanwalt Perry Herzfeld wertet den Fall als einen schwerwiegenden Angriff der Regierung auf den Rechtsstaat und verwies auf das Prinzip der richterlichen Unabhängigkeit. Der Hauptvorwurf, den die Regierung gegen Lambourne aktuell vorbringt, lautet, dass er zu lange gebraucht habe, um Urteile zu fällen. Laut Lambourne kam es zu der Verzögerung, als er während des Covid-19-Lockdowns und Grenzschließungen nicht mehr nach Kiribati einreisen konnte.

In einem Brief an die Regierung Kiribatis im September 2023 äußerte sich auch Frau Margaret Satterthwaite, UN-Sonderbericht-

erstatte für die Unabhängigkeit von Richtern und Anwälten äußerst besorgt über die Suspendierungswelle. Kiribati stehe nun ohne ein funktionierendes Oberstes Gericht oder Berufungsgericht da, die die Macht der Regierung und des Parlaments kontrollieren könnten. Sie äußerte auch Bedenken darüber, dass Lambournes Behandlung und das Fehlen eines Justizbeamten am Tribunal gegen Menschenrechtsstandards verstoßen würden.

(Artikel von Clara Groth, Masterstudentin, Uni Würzburg.

<https://www.theguardian.com/world/2024/mar/26/david-lambourne-australian-judge-deportation-kiribati-president-taneti-maamau-sacking-attempt>
<https://www.reuters.com/world/asia-pacific/kiribati-deport-australia-born-high-court-judge-2024-04-27/>)

Unterstützung für Zugang zu erneuerbarer Energie

Die *Asian Development Bank* (ADB) hat Ende April gemeinsam mit der Regierung von Kiribati und anderen Entwicklungspartnern den Grundstein für den Bau der größten Photovoltaikanlage in Kiribati gelegt. Laut Teatao Tira, dem leitenden Länderkoordinator der ADB, sei das Projekt ein bedeutender Schritt für Kiribati hin zu einer widerstandsfähigen und kohlenstoffarmen Wirtschaft.

Die neue Photovoltaikanlage im Bonriki-Wasserreservoir hat eine Gesamtleistung von 7,5 Megawatt und wird es mehr als 9.000 Haushalten in South Tarawa, der Hauptstadt Kiribatis, ermöglichen, zuverlässige, effiziente und erschwingliche Solarenergie zu nutzen.

Info: Die Zuschüsse werden aus dem *Asian Development Fund* (ADF) finanziert, der Zuschüsse an die ärmsten Länder der ADB vergibt. Der ADF wird alle vier Jahre von den Geberländern des ADF aufgefüllt.

(Artikel von Clara Groth, Masterstudentin, Uni Würzburg. <https://www.adb.org/news/adb-partners-increase-access-clean-energy-kiribati>)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

[Viele Artikel in der Rubrik sind von Michaela König, FSJ'lerin in der Pazifik-Informationsstelle.]

Workshop zur Verbesserung der Rechenschaftspflicht

Tuvalu: „Die öffentliche Finanzverwaltung muss dringend verbessert werden“, forderte Pfarrer Almatini Lusama von der *Ekalesia Kelisiano Tuvalu* (Kirche von Tuvalu). „Wir haben gesehen, dass zu viele Projekte an der falschen Verwendung von Geldern gescheitert sind. Die Spender werden entmutigt, und letztlich leiden die Gemeinden darunter. Wenn die richtigen Prozesse nicht eingehalten werden, haben die Menschen keinen wirklichen Nutzen davon.“

Ein Workshop sollte dazu beitragen, die Rechenschaftspflicht („*accountability*“) zu gewährleisten und positive Ergebnisse für Tuvalu zu erzielen. Dieser konzentrierte sich besonders auf die Stärkung der Rechenschaftspflicht innerhalb des zivilgesellschaftlichen Sektors in Tuvalu und trug zur Verwirklichung des 16. Ziels für nachhaltige Entwicklung (SDG): Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen bei, indem Transparenz und gute Führung innerhalb dieser Organisationen gefördert werden. Pfarrer Lusamas Einstellung wurde von vielen der Teilnehmenden am Workshop geteilt, der in Zusammenarbeit mit der *Tuvalu Association of Non-Governmental Organizations* (TANGO) Anfang Mai 2024 stattfand.

Diese Arbeit zur Verbesserung der Rechenschaftspflicht in Tuvalu und im gesamten Pazifikraum wird vom *Vaka-Pasifika-Projekt* des UN-Entwicklungsprogramms für den Pazifikraum angeführt und

von der Europäischen Union unterstützt.

Die „*sautalaga*“ (Treffen) folgte auf die jüngste Veröffentlichung der *„Tuvalu Accountability Ecosystems Analysis“* (Analyse des Ökosystems der Rechenschaftspflicht auf Tuvalu), die von der La Trobe University durchgeführt und vom Vaka Pasifika-Projekt in Auftrag gegeben wurde. Die Studie stellte fest, dass die Rechenschaftspflicht aufgrund sozialer Strukturen und Ressourcenbeschränkungen limitiert ist, zeigte aber auch vielversprechende Ansatzpunkte auf, wie etwa die letzten Gesetzesreformen und traditionelle Konzepte der gesellschaftlichen Verantwortung.

Der Workshop befasste sich eingehend mit wichtigen Aspekten der Rechenschaftspflicht, darunter dem verantwortungsvollen und transparenten Umgang mit Spenden, dem Aufbau eines robusten Finanzmanagementsystems und dem Aufbau von Vertrauen zu den Spendern. Die Teilnehmenden lernten Überwachungs- und Evaluierungsinstrumente kennen, mit denen sie Fortschritte verfolgen und die Auswirkungen ihrer Projekte nachweisen können. Inklusion zu garantieren und niemanden zurückzulassen, war ebenfalls ein zentrales Thema.

Richard Gokrun vom Tuvalu Climate Action Network betonte den Einfluss des Workshops insbesondere im Umgang mit Gebermitteln. Eine erhöhte Transparenz und Berichterstattung stärke das Vertrauen der Geber und gewährleiste so eine kontinuierliche Unterstützung von Klimaschutzprojekten, die für die nachhaltige Entwicklung von Tuvalu entscheidend seien.

Die Vertretenden von zivilgesellschaftlichen Organisationen, wie Pfarrer Lusama, schätzten besonders die Sitzungen über Kontrolle, Evaluierung und den Budgetzyklus. Der Pfarrer hofft, dass das neu erworbene Wissen ihm helfen wird, faktenbasierte Entscheidungen zu treffen und eine effiziente Mittelzuweisung zu schaffen. Dies sind unter anderem Prioritäten, die in der *„2050 Strategy for the Blue*

Pacific Continent“ des *Pacific Islands Forum* vermerkt sind.

(Artikel von Michaela König. *United Nations Development Programme*, 10.05.2024)

Tongaer lehnen Todesstrafe ab

Tonga: Das Parlament („fono“) von Tonga hat Ende Mai seine erste nationale Debatte über die (Wieder-)Vollstreckung der Todesstrafe mit einer deutlichen Ablehnung durch die Parlamentarier abgeschlossen. Im Mittelpunkt der Debatte stand die Frage, ob die Wiedereinführung bzw. die Vollstreckung der Todesstrafe dazu beitragen könnte, die wachsende Drogenkrise im Königreich zu bekämpfen.

In einer klaren Abstimmung sprachen sich 38 Parlamentarier gegen den Vorschlag aus, während nur acht dafür waren. Die Abstimmung geschah vor dem Hintergrund, dass die Zahl der drogenbedingten Inhaftierungen in Tonga um 80 % in die Höhe geschossen ist. Der tongaische König Tupou VI. selbst hatte das Thema Anfang Mai angesprochen und damit eine nationale Diskussion ausgelöst.

Religiöse Überzeugungen spielten eine wichtige Rolle bei der Ablehnung der Todesstrafe im Parlament. *„Wir sind ein christliches Land und das ist nicht der beste Weg für uns“*, sagte ein Parlamentarier in der Debatte und gab damit eine verbreitete öffentliche Meinung wieder.

Info: Obwohl die Todesstrafe laut Gesetzestext erlaubt ist, hat Tonga sie seit 1982 nicht mehr vollstreckt.

(<https://talanoaotonga.to/tongans-reject-death-penalty-for-drug-crisis/>, 01.06.24)

Antikorruptionsbeauftragter ernannt

Tonga: Der neuseeländische Rechtsanwalt und Mediator James Christopher LaHatte wurde Mitte April im Parlament als Leiter der tongaischen Antikorruptionskommission bestätigt.

LaHatte war Anfang April von König Tupou VI. in einer Sitzung des Geheimen Rates in dieses erstmals vergebene Amt berufen worden.

Die größte Herausforderung für den ersten Antikorruptionsbeauftragten Tongas wird es sein, zu verstehen, wo Kultur und Korruption voneinander getrennt werden müssen. Das sagte LaHatte gleich nach seiner offiziellen Ernennung. *„Ich muss lernen, wie sich die tongaische Kultur von dem unterscheidet, was ich in Neuseeland und anderswo gelernt habe, und dieses kulturelle Verständnis in das Konzept der Korruption einbringen.“*

Als Beispiel nannte er weit verbreitete Kultur des „Schenkens“, die seiner Meinung nach untersucht werden muss.

„Ich weiß zum Beispiel, dass das Schenken ein wichtiger Teil der tongaischen Kultur ist“, sagte er. „Manchmal gibt es eine Grenze zwischen dem, was angemessen und kulturell erforderlich ist, und etwas, das darüber hinausgeht“, so der neue Antikorruptionsbeauftragte, der sein Amt zum 1. Juli in Nuku'alofa antreten wird.

Der tongaische Premierminister Hu'akavameiliku erklärte, die Ernennung von LaHatte sei ein großer Schritt nach vorn für das Königreich. Dem Gesetz nach besteht die tongaische Antikorruptionsbehörde bereits seit 2007, tatsächlich ging sie aber erst im vergangenen Jahr offiziell an den Start.

Info: LaHatte ist seit über 40 Jahren als Ombudsmann, Mediator und Anwalt in Neuseeland und im Ausland tätig. (RNZ 12.04.24, <https://www.lahatte.lawyer/>)

Erste nationale Beschäftigungspolitik nimmt Gestalt an

Tonga: Eine Richtlinie, die die zukünftige nationale Beschäftigungspolitik in Tonga lenken soll, nimmt mit Unterstützung der Internationalen Arbeitsorganisation

(ILO) Gestalt an. In einem zweitägigen Workshop in Nuku'alofa am 8. und 9. Mai arbeiteten etwa 40 Vertretende der Regierungsbehörden, Gewerkschaften, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, der Zivilgesellschaft und Wissenschaft zusammen, um ihre Fähigkeiten auszubauen, die zur Planung und Umsetzung einer zuverlässigen und effektiven Politik benötigt werden.

Im Verlauf der zwei Tage befassten sich die Teilnehmenden damit, wie ein robustes politisches Rahmenwerk und ein konkreter Aktionsplan erstellt und umgesetzt werden können. Wichtige Aspekte waren dabei die Nutzung von Arbeitsmarktdaten für fundierte Entscheidungen und wie diese Strategie die Ausbildung von Fähigkeiten, Arbeitsrechte und faire Löhne unterstützen kann. Es wurden Pläne zur Unterstützung marginalisierter Gruppen diskutiert und bewährte Praktiken aus globaler und regionaler Perspektive untersucht.

Kolotia Fotu, der stellvertretende CEO der Arbeitsabteilung des Ministeriums für Handel und Wirtschaftsentwicklung, betonte während der Eröffnungssitzung die Relevanz des Workshops, da dort Regierungsministerien, soziale Partner und andere relevante Interessensvertreter zusammenkamen, um Ideen auszutauschen, zu diskutieren und eine Richtlinie über die nationale Beschäftigungspolitik für Tonga zu formulieren. Diese soll die besonderen Bedürfnisse des Arbeitsmarktes und der Entwicklung des Königreichs Tongas widerspiegeln und für eine inklusive wirtschaftliche Diversifizierung und erhöhte Widerstandsfähigkeit sorgen.

Christian Viegelahn, ein ILO-Beschäftigungsspezialist, hob die Bedeutung der Entwicklung der Beschäftigungspolitik hervor: *„Diese Richtlinie wird dazu beitragen, hochwertige Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen und die Fähigkeit von Arbeitnehmern und Unternehmen zu verbessern, um zukünftigen Krisen zu widerstehen. Sie wird Tonga auch dabei unterstützen, die Vorteile von Trends wie Digitalisierung und Umwelt-*

freundlichkeit zu nutzen und die Auswirkungen des Klimawandels zu bewältigen.“

Tonga, wie auch andere pazifische Inselstaaten, kämpft weiterhin mit wirtschaftlichen Herausforderungen, die durch die COVID-19-Krise und die Vulkanausbrüche im Jahr 2023 ausgelöst wurden. Diese Notlagen haben nicht nur den Beschäftigungsraten geschadet, sondern auch Elemente wie Branchenausrichtung, Qualifikationsanforderungen und Arbeitsbedingungen beeinflusst.

Info: Die Initiative wird vom ILO-Büro für pazifische Inselstaaten in Zusammenarbeit mit der Regierung des Königreichs Tonga unterstützt und durch den gemeinsamen Fonds der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Joint SDG Fund) im Rahmen des gemeinsamen Programms zur Förderung der SDGs durch Verbesserung der Lebensgrundlagen und Widerstandsfähigkeit durch wirtschaftliche Diversifizierung und digitale Transformation in fünf pazifischen Inselstaaten finanziert.

(Artikel von Michaela König, International Labour Organization, 20.05.2024)

Bürgerrechte für Samoaner*innen

Samoa: Die Bewegung „*Mau a Samoa i le Sitiseni 2024*“ intensiviert ihre Kampagne zur Wiederherstellung der Bürgerrechte für Samoaner*innen, die zwischen 1924 und 1949 geboren wurden. Diese Bevölkerungsgruppe verlor 1982 durch eine diskriminierende Gesetzgebung der neuseeländischen Regierung ihre Staatsbürgerschaft.

Ihre Kampagne wurzelt in dem Fall *Falema'i Lesa* gegen den Generalstaatsanwalt, in dem der Privy Council Westsamoaner*innen, die seit 1924 geboren wurden, die Staatsbürgerschaft gewährte – eine Entscheidung, die durch das neuseeländische Staatsbürgerschaftsgesetz (Westsamoa) von 1982 aufgehoben wurde. Dieses Gesetz entzog den zwischen 1924 und 1948 geborenen Samoanern

und ihren Nachkommen die Staatsbürgerschaft und schuf damit ein rechtliches und moralisches Dilemma, das die Bewegung zu beheben versucht.

Bedenken massiver Migration beeinflussten damals die neuseeländische Regierung, jedoch zeigen aktuelle Forschungsergebnisse, dass weniger als 20.000 Menschen einen Anspruch auf Wiederherstellung der Staatsbürgerschaft haben. Angeführt wird die Bewegung von ehemaligen neuseeländischen Abgeordneten und Samoaner*innen in Neuseeland, die in Aotearoa zahlreiche Kundgebungen und Aufklärungsprogramme veranstalteten. Trotz monatelanger Bemühungen war die Anzahl der eingereichten Petitionen gering geblieben.

Auch in Samoa versucht die Bewegung, Unterstützung von Kirchenführern, Nichtregierungsorganisationen und einflussreichen Persönlichkeiten zu gewinnen, weshalb sie sich unter anderem mit Tui Atua Tupua Tamasese, dem ehemaligen Staatsoberhaupt des pazifischen Inselstaats, traf.

Bei der jährlichen Generalversammlung der *Congregational Christian Church Samoa* in Malua appellierten Mitglieder der Bewegung an die Anwesenden und verteilten Petitionsformulare an über 800 Delegierte und viele weitere Teilnehmende. Der Vorsitzende der Bewegung, der ehemalige neuseeländische Abgeordnete Anae Arthur Anae, erklärte während eines Medienbriefings, dass sich ihre sechsmonatigen Bemühungen nun auf Samoa konzentrieren, da die betroffene Bevölkerung dort lebt. Die „*Mau a Samoa i le Sitiseni 2024*“ zielt darauf ab, so viele Petitionen wie möglich zu sammeln, um ein fundiertes Anliegen vor dem Ausschuss vorzulegen.

Anae und Tofilau Nina, die für den stellvertretenden Vorsitzenden Aupito William Sio sprach, erklärten, dass es während ihrer Amtszeit im Parlament schwierig war, dieses Thema voranzutreiben. Anae verglich den komplexen Prozess für ein Gesetzesvorhaben ei-

nes einfachen Abgeordneten mit dem eines Lotteriesystems, bei dem Gesetzesentwürfe zufällig ausgewählt werden, bevor sie im Parlament diskutiert werden können.

Die Bewegung betonte, dass ihre Bemühungen vergeblich sein könnten, wenn die samoanische Regierung das Gesetz nicht unterstützt. Außerdem hob Anae hervor, dass andere ethnische Gruppen nach Neuseeland migrieren und die Staatsbürgerschaft beantragen können, während eine gewisse Gruppe von Samoanern dies nicht kann. Anae zeigte sich optimistisch, dass die verschiedenen neuseeländischen politischen Parteien, die ihre Forderung während der ersten Anhörung unterstützten, weiterhin ihre Sache unterstützen würden.

Die „*Mau a Samoa i le Sitiseni 2024*“ bleibt ihrer Mission verpflichtet und ruft Samoaner*inne weltweit auf, sich zusammenzuschließen und sich dem Kampf um Gerechtigkeit und die Wiederherstellung der Bürgerrechte anzuschließen. *(Artikel von Michaela König, Samoa Observer, 21.05.24)*

Ausfuhr von Brotfrüchten freigegeben

Samoa: Die Ausfuhr von gekochten Brotfrüchten („ulu“) aus Samoa nach Australien ist Mitte März freigegeben worden. „*Biosecurity Samoa*“ informierte Reisende, dass das australische Ministerium für Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft (DAFF) die Anforderungen für die Einfuhr von gekochten Brotfrüchten aus Samoa nach Australien geändert hat. Bis dato war die Mitnahme von Brotfrüchten in aufgegebenen Koffern oder im Handgepäck aus Sorge um die Einschleppung von Keimen und Schädlingen verboten. Über das Verbot hatten sich samoanische Reisende immer wieder hinweggesetzt, weil sie ihren Familien in Australien die dort stark vermisste, nach Samoa-Style zubereitete, Brotfrucht mitgebracht hatten.

„Dies ist ein wichtiger Meilenstein für den Export und die Wertschätzung dieser Inselküche. Die Änderungen öffnen unserem Volk und den Australiern gleichermaßen die Türen, um den einzigartigen Geschmack und die Vorzüge dieser tropischen Frucht zu erleben“, heißt es in der Erklärung des samoanischen Landwirtschaftsministeriums.

Die Ausfuhr ist allerdings nur unter folgenden strengen Regeln erlaubt:

- Ein Pflanzengesundheitszeugnis ist nicht erforderlich für gekochte Brotfrüchte für den persönlichen oder nicht-persönlichen Gebrauch.
- Die Brotfrucht muss vollständig gekocht sein. Das Schälen ist nicht erforderlich.
- Gekochte Brotfrüchte müssen in sauberen, neuen Verpackungen verpackt sein und dürfen kein Material enthalten, das ein Risiko für die biologische Sicherheit darstellt.
- Gekochte Brotfrüchte für den persönlichen Gebrauch werden einer vollständigen Kontrolle unterzogen und sind auf 20 kg pro Passagier begrenzt. Größere Sendungen werden in einer zugelassenen Einrichtung kontrolliert.
- Für gekochte Brotfrüchte, die nicht für den persönlichen Gebrauch bestimmt sind, sind Unterlagen erforderlich (Herstellereklärung, Handelsrechnung oder Packliste), aus denen hervorgeht, welchem Kochprozess die Brotfrüchte unterzogen wurden.

(Talamua online news 11.04.24, Samoa Observer 12.03.24)

Parlamentarierin fordert Erhöhung des Renteneintrittsalters

Samoa: Um den Mangel an Lehrern und Ärzten in Samoa zu beheben, hat die Parlamentsabgeordnete für den Bezirk Alataua Sisifo, Frau Aliimalemanu Alofa Tuuau, eine Anhebung des Renteneintrittsalters gefordert.

Das derzeitige Renteneintrittsalter von 55 Jahren gilt in Samoa in erster Linie für Erwerbstätige, wobei Personen im Alter von 65 Jahren Anspruch auf eine staatliche Ren-

te in Höhe von SAT200 (NZ\$117) pro Monat haben, unabhängig von ihrer beruflichen Laufbahn.

Der Vorschlag von Aliimalemanu sieht vor, das Rentenalter auf 70 Jahre anzuheben, und verweist auf die begrenzte Zahl der Arbeitskräfte, insbesondere in wichtigen Bereichen wie dem Bildungs- und Gesundheitswesen. Die Parlamentarierin wies auch auf die Ungerechtigkeit hin, dass Richter erst mit 68 Jahren in Rente gingen.

Ihre Empfehlung der Erhöhung des allgemeinen Renteneintrittsalters erinnert an ähnliche Forderungen aus dem Jahr 2019, als das Parlament die Anhebung des Rentenalters für Richter auf 68 Jahre beschloss. Mit diesem Schritt sollte der Bedarf an mehr Richtern für die Bearbeitung von Fällen gedeckt werden, wobei Bedenken hinsichtlich der Attraktivität des Richterberufs aufgrund der niedrigen Löhne geäußert wurden.

Der parlamentarische Ausschuss für Geschäftsordnung und Wahlen unter dem Vorsitz von Auapaau Aloitafula Mulipola nahm die Bedenken hinsichtlich des Ruhestandsalters zur Kenntnis und signalisierte eine mögliche Änderung der Politik, um dem Arbeitskräftemangel und der demografischen Entwicklung zu begegnen.

Da die Weltgesundheitsorganisation die durchschnittliche Lebenserwartung in Samoa mit 70 Jahren angibt, könnte die Anhebung des Renteneintrittsalters einen Pool erfahrener Fachkräfte erschließen und die Auswirkungen des Mangels in kritischen Sektoren wie dem Bildungs- und Gesundheitswesen abmildern, hieß es u.a. bei der sehr lebendigen Debatte im Parlament.

(<https://fijionews.com.fj/samoa-mp-proposes-raising-retirement-age-to-address-teacher-and-doctor-shortages/>, 20.03.24)

Kabinett genehmigt Starlink

Samoa: Das samoanische Kabinett hat in seiner Sitzung vom 20. März den Betrieb des Satellitendienstes Starlink von Space X auf den Inseln genehmigt.

La'auli Leuatea Schmidt, der Minister für Landwirtschaft und Fischerei, erklärte, mit dem Satellitendienst könne allen Samoaner*innen der Zugang zum Internet gewährleistet werden, dies entspreche der Vision seiner Regierung vom „*technologischen Fortschritt*“ in Samoa.

Trotz der Präsenz etablierter Telekommunikationsanbieter wie *Vodafone Samoa* und *Digicel* betonte La'auli die positiven Auswirkungen des Wettbewerbs um Kund*innen, der die Internetkosten im ganzen Land senken könnte. Noch seien die Nutzungskosten für das Internet nämlich viel zu hoch.

La'auli erläuterte die Pläne für eine Testphase, in der die Zuverlässigkeit der Starlink-Dienste bei der Bereitstellung einer hochwertigen Internetverbindung auf Samoa getestet werden soll. Dies sei nötig in Vorbereitung auf das „*Commonwealth Heads of Government Meeting*“ (C.H.O.G.M.) in Apia im Oktober des Jahres. Zu diesem Zeitpunkt müssten alle Internetdienste stabil laufen, um das wichtige Gipfeltreffen nicht durch technische Störungen zu gefährden, sagte der Minister.

Hintergrund: Die Billigung der Starlink-Dienste durch das Kabinett stellt eine entscheidende Wende dar und hebt eine frühere Anordnung der amtierenden Telekommunikations-Regulierungsbehörde vom Januar dieses Jahres auf. Die Anordnung aus dem Januar 2024, die die sofortige Einstellung nicht von der Regulierungsbehörde genehmigter Starlink-Satellitendienste in Samoa erzwungen hatte, wird nun durch die Genehmigung der Regierung aufgehoben.

Starlink ist eine Unterabteilung von *SpaceX*, dem Weltraum- und Raketenprojekt von Elon Musk. Das Unternehmen bietet einen Inter-

netzgang per Satellit. Dafür hat Starlink eigene Satelliten im Weltall. Im Gegensatz zu früheren Anbietern befinden sich die Starlink-Satelliten nicht in 36.000 Kilometern Höhe, sondern nur in einer Höhe von 500 km. Die Signallaufzeit ist deshalb aufgrund der geringen Höhe der Satelliten deutlich kürzer als bei vergleichbaren Anbietern. Dadurch sind die Reaktionszeiten beim Aufbau von Internetseiten oder beim Gaming deutlich schneller. (Samoa Observer 21.03.23, https://praxistipps.chip.de/was-kostet-starlink-und-fuer-wen-lohnt-es-sich-alle-infos_157115)

WHO-Regionaldirektor besucht beide Samoas

Samoa/US-Samoa: Dr Saia Ma'u Piukala, der Regionalleiter der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für die westpazifische Region, hielt die Eröffnungsrede auf dem 15. Treffen der Gesundheitsminister der Pazifikstaaten, das vom 15. bis 17. April 2024 in Samoa stattfand. Samoa war die zweite pazifische Insel, die er seit seinem Amtsantritt am 1. Februar 2024 besuchte.

In seiner Rede betonte Dr. Piukala mehrere wichtige Themen für die Region, darunter das Wiederaufleben der Masern, die zunehmende Belastung durch nicht übertragbare Krankheiten und die Auswirkungen schwerer Wetterverhältnisse im nördlichen Pazifik.

Diese Themen gehören zu den Prioritäten während seiner Amtszeit, zudem die Förderung der allgemeinen Gesundheitsversorgung durch eine transformative primäre Gesundheitsversorgung, die Beschleunigung der Maßnahmen gegen den Klimawandel und die Umsetzung der Erkenntnisse durch die COVID-19-Pandemie in Vorbereitung auf künftige Pandemien und andere Krankheitsausbrüche.

Während seines Aufenthalts statete Dr. Piukala dem Staatsoberhaupt, Afioga i le Ao o le Malo, Tuimalealiifano Va'aletoa Sualauvi II, der Premierministerin, Fiamē Naomi Mata'afa, und dem Gesundheitsminister, Valasi Luapito-

fanua Toogamaga Tafito Selesele, Höflichkeitsbesuche ab. Ebenfalls traf sich der WHO-Regionaldirektor mit Themba Kalua, dem Resident Coordinator der Vereinten Nationen in Samoa.

Ein Highlight war der Besuch des *House of Hope*, ein Zufluchtsort für Kinder, die häusliche Gewalt erlebt haben oder Zeugen davon wurden. Die Kinder begrüßten das WHO-Team mit Lied- und Tanzvorführungen. Dr. Piukala dankte ihren Betreuern für ihr Engagement, Fürsorge und Unterstützung, um den Kindern eine hoffnungsvolle Zukunft zu schaffen.

In einer formellen Zeremonie am 16. April 2024 übergab Dr. Piukala dem Gesundheitsministerium von Samoa von der Europäischen Union finanzierte Verbrauchsgüter und eine Sauerstoffanlage im Wert von etwa 500.000 US-Dollar, sowie zwei von der WHO finanzierte Ultraschallgeräte im Wert von 48.000 US-Dollar. Vor der Übergabe besichtigte Dr. Piukala die biomedizinischen und Hals-Nasen-Ohren-Abteilungen im Tupua Tamasese Meaole Hospital in Apia.

Nach seinem Besuch in Samoa flog Dr. Piukala nach US-Samoa, wo er sich mit Gouverneur Lemanu Palepoi Sialega Mauga, dem Vize-Gouverneur La'apui Talau-ega Eleasalo Va'alele Ale und hochrangigen Vertretern des Gesundheitsministeriums traf, um die technische Zusammenarbeit der WHO in US-Samoa zu besprechen. Er traf sich auch mit der Leitung des Lyndon B. Johnson Tropical Medical Center in Faga'alu und besichtigte diese Einrichtung. (Artikel von Michaela König. World Health Organization, 23.04.2024)

Gouverneur weist Korallenriffe als „kritische Infrastruktur“ aus

US-Samoa: Der Gouverneur von US-Samoa, Lemanu P.S. Mauga, hat ein Gesetz unterzeichnet, das Korallenriffe als „kritische natürliche Infrastruktur“ für Amerikanisch-Samoa ausweist.

In einer vom „Department of Marine and Wildlife Resources“ (DMWR) herausgegebenen und von der „Coral Reef Advisory Group“ (CRAG) hoch gelobten Pressemitteilung heißt es: *„Korallenriffe sind das Lebenselixier unserer Ozeane, sie bieten lebenswichtigen Lebensraum für marine Arten, schützen die Küsten vor Erosion und sichern die Lebensgrundlage unserer lokalen Gemeinschaften. Gouverneur Lemanu hat den immensen ökologischen, wirtschaftlichen und kulturellen Wert dieser empfindlichen Ökosysteme erkannt und unterstreicht mit seinem entschlossenen Handeln das Engagement Amerikanisch-Samoas für ihren Schutz und ihre Erhaltung.“*

Die Einstufung von Korallenriffen als kritische natürliche Infrastruktur ermöglicht es der Regierung des amerikanischen Überseegebietes, Ressourcen zuzuweisen, Schutzmaßnahmen zu ergreifen und mit Interessengruppen zusammenzuarbeiten, um Bedrohungen wie Klimawandel, Verschmutzung und Überfischung einzudämmen. Durch proaktive Schutzstrategien will Amerikanisch-Samoa die Widerstandsfähigkeit der Korallenriffe angesichts der zunehmenden Umweltprobleme stärken und nachhaltige Praktiken der Meeresbewirtschaftung in Kooperation mit der Lokalbevölkerung fördern.

DMWR-Direktor Taotasi Archie Soliai Taotasi erinnerte an die Auswirkungen des Klimas auf die Korallenriffe. *„Die Dorfgemeinschaft spielt eine Schlüsselrolle beim Management und Schutz unserer Korallenriffe. Durch gemeinsames Handeln und die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Regierung und Naturschutzorganisationen können wir die Auswirkungen auf die Korallenriffe abmildern und ihr Überleben für künftige Generationen sichern.“*

Info: Als Hüter der Meeres- und Wildtierressourcen von Amerikanisch-Samoa setzt sich das DMWR / CRAG für die Förderung von Naturschutzinitiativen, die wissenschaftliche Forschung und

die Einbindung lokaler Gemeinschaften in die Bewahrung des wertvollen Naturerbes der Inseln ein. (*Samoa News 28.03.24*)

Projekt zur Reduzierung von Einwegplastik

Cook-Inseln: Auf einem Workshop in Rarotonga wurde Mitte März ein Projekt zur Verringerung der Zahl der in das Land eingeführten Kunststoffe vorgestellt, das sich auf den Lebensmittel- und Getränkektor konzentriert. Laut einem „Cook Islands 2020 Waste Audit“ wurden in einem einjährigen Berichtszeitraum 1,5 Millionen Plastikflaschen importiert, wobei Einwegplastik 20 Prozent der gesamten importierten Plastikprodukte ausmachte.

Kunststoffe machten 94 Prozent des gesamten Abfalls im Gastgewerbe sowie 13 Prozent in den Haushalten von Rarotonga und 20 Prozent in denen von Aitutaki aus. Die Prüfung ergab auch, dass Kunststoffe eine dominierende Abfallkategorie in allen Geschäftsbereichen sind, insbesondere im Beherbergungsgewerbe und im Einzelhandel. Die Abfallzusammensetzung der Unternehmen betrug 23,6 Prozent Kunststoffe und 5,7 Prozent Einwegkunststoffe. Sport- und Freizeitbetriebe hatten den höchsten Anteil an Einwegartikeln (20 %). Von den 2805 Mio. m³ Gesamtabfall, die auf der Deponie abgelagert werden, sind 20 Prozent Kunststoffe und 5 Prozent Einwegkunststoffe. Diese landen auf Rarotongas einziger Mülldeponie in Arorangi. Hier werden alle nicht wiederverwertbaren Verpackungen deponiert.

Die Kapazität der Deponie ist nahezu erschöpft, und aufgrund der begrenzten Flächen auf den Inseln gibt es keine Alternativen für einen zweiten Standort.

Der Nationale Umweltdienst (NES) stellte daher das neue Projekt der Cook-Inseln im Rahmen des Programms „Circular Solutions to Plastic Pollution - Reducing Single-use Plastics on Small Island

Economies (RESPONSE)“ bei dem Workshop vor. Ziel des Projekts ist es, die Anzahl der in das Land eingeführten Kunststoffe zu verringern. Darüber hinaus soll ein günstiges Umfeld für Wiederverwendungsoptionen und andere Kreislaufösungen geschaffen werden, um die Belastung des Abfallmanagementsystems der Cook-Inseln zu verringern und die Verschmutzung und die schädlichen Auswirkungen von Kunststoffen zu reduzieren.

Roland Neururer, Food and Beverage Manager im *Edgewater Resort* (hier fand der Workshop statt) sagte, die größte Herausforderung in seiner Branche sei das Einwegplastik.

Das *Edgewater* hat die Verwendung von Einwegplastikbehältern für Marmelade bereits seit einiger Zeit eingestellt und verwendet nur noch biologisch abbaubare Becher und Behälter zum Mitnehmen.

„Wir haben eine Firma gefunden, die unsere Marmelade in Flaschen liefert, die in Spender passen, und das ist großartig“, so Neururer. „Wir sind immer noch auf der Suche nach Tomatensauce und Butterportionen - das ist immer noch ein großes Problem für uns.“

Neururer erklärte auch, dass das Hotel die 1,5-Liter-Plastikflaschen nicht mehr verwendet und stattdessen einen Automaten einsetzen. Die 600-Milliliter-Flaschen würden mangels Alternative jedoch weiterhin verwendet.

Info: Die geschätzten Projektkosten des Plastic-RESPONSE-Projekts belaufen sich auf 6,2 Millionen US-Dollar (10 Mio. NZ\$) und werden über fünf Jahre von 2024 bis 2029 umgesetzt.

Als Träger für dieses Projekt wurden der NES und „Infrastructure Cook Islands (ICI)“ bestimmt.

(<https://islandsbusiness.com/news-break/reduce-single-use-plastics-in-cook-islands/>, 11.04.24)

Erhöhung des Mindestlohns gefordert

Cook-Inseln: Ein Gremium für die Überprüfung des Mindestlohns 2024 hat öffentliche Anhörungen durchgeführt, um Beiträge zum neuen Mindestlohnsatz zu sammeln.

Das Gremium bestand aus Maru Mariri-Tepou, Inspektorin für Arbeit und Verbraucher im Innenministerium, Tristan Metcalfe, Direktor für Wirtschaftsplanung - Vertreter des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaftsmanagement, Eve Hayden, Handelskammer (Arbeitgebervertreterin), Helen Maunga, Vorstandsmitglied der Cook Islands Workers Association, und Simona Aumetua Nicholas, Vertreterin der indigenen Gemeinschaften.

Der derzeitige Mindestlohn auf den Cook-Inseln liegt bei 9 Dollar pro Stunde, was einer Erhöhung um 50 Cent gegenüber dem vorherigen Satz von 8,50 Dollar im Jahr 2022 entspricht. Diese Anhebung erfolgte auf Empfehlung des Ausschusses für die Überprüfung des Mindestlohns im Jahr 2023, der auch eine weitere Anhebung auf 9,30 Dollar pro Stunde im Jahr 2024 vorschlug.

Bei einer öffentlichen Anhörung in Avarua wurde das Gremium aufgefordert, bei der Ausarbeitung seiner endgültigen Empfehlung für den neuen Mindestlohn die Lebensbedingungen der schwächsten Bevölkerungsgruppen zu berücksichtigen. Teilnehmende an der Anhörung erklärten, dass aufgrund der hohen Lebenshaltungskosten auf den Cook-Inseln viele Einwohner*innen das Ministerium um Unterstützung für lebensnotwendige Dinge wie Uniformen, Bustickets und Essensmarken bitten müssten.

Tuaine Maunga von der *Cook Islands Workers Association* schlug deshalb eine Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 10 Dollar pro Stunde vor. (*Cook Islands News 22.03.24*)

Cook-Inseln und Vietnam diskutieren über zukünftige Zusammenarbeit

Cook-Inseln: Im April 2022 nahmen die Cook-Inseln diplomatische Beziehungen zu Vietnam auf, woraufhin im September 2023 ein Treffen zwischen den Regierungsvertretern der beiden Nationen am Rande des ASEAN-Gipfels (Verband Südostasiatischer Nationen) in Indonesien folgte. Im Dezember 2023 besuchte der vietnamesische Vize-Agrarminister Phung Duc Tien, im Interesse der Fischereikommission für den westlichen Zentralpazifik, Rarotonga.

Van Trung Nguyen, der vietnamesische Botschafter, besuchte jetzt Anfang Mai 2024 im Rahmen eines Austauschprogramms mit hochrangigen Regierungsvertretern und Vertretern des privaten Sektors die Cook-Inseln, um die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern in den kommenden Jahren zu vertiefen. Er traf sich unter anderem mit Tapaeru Herrmann, der Staatssekretärin des Auswertigen Amtes des pazifischen Inselstaates, um eine zukünftige Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Landwirtschaft, Fischerei und multilateralen Raum zu diskutieren.

Aufgrund der Entwicklung von einer zentralen Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft und dem Wandel von einem der ärmsten Länder der Welt zu einem Land mit niedrig-mittlerem Einkommen, versprach sich Herrmann einen Austausch über die jeweiligen Entwicklungsgeschichten der Länder, aus denen beide Regierungen lernen können. Außerdem bezeichnete sie Vietnam als eines der dynamisch aufstrebenden Länder der Region Ostasien, weshalb sie sich auf ihre zukünftige bilaterale Zusammenarbeit fokussieren möchte. Außerdem wollte Herman sich mit den Fragen beschäftigen, wie die Cook-Inseln ausgewählte Waren aus Vietnam beziehen können, die global wettbewerbsfähig sind, und wie die beiden Regierungen ihre jeweiligen regionalen Führungsverantwortungen im Zusammenhang mit

dem Pazifik-Forum und ASEAN nutzen können, um eine größere Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit zu ermöglichen.

Im multilateralen Raum möchten die Länder ihre Zusammenarbeit bei der UNESCO ausbauen und die Kooperation auf andere Bereiche ausdehnen, darunter die Weltgesundheitsorganisation und die Internationale Seeschiffahrts-Organisation, um die festgelegten Regeln dieser Organisationen in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Während des Besuchs des vietnamesischen Botschafters Nguyen traf er sich ebenfalls mit den Vertreter*innen des Tourismus und der Handelskammer. (Artikel von Michaela König. *Cook Island News*, 09.05.2024)

Verbot von Vapes

Cook-Inseln: Die Cook-Inseln wollen Tabakimitate wie E-Zigaretten (sogenannte „Vapes“) verbieten und das Raualter von 18 auf 21 Jahre anheben.

Die Einfuhr und der Vertrieb von Tabakimitaten könnten dann mit einer Geldstrafe von 100.000 NZD\$ oder einer Gefängnisstrafe von bis zu drei Monaten geahndet werden.

Die neue Regelung gilt auch für Tourist*innen. Besucher*innen über 21 Jahren sind von den neuen Vorschriften ausgenommen und dürfen Vapes mit bis zu 30 Millilitern Flüssigkeit mit ins Land bringen und diese „dampfen“.

Weitere Einschränkungen bedeuten, dass Tabakerzeugnisse nicht mehr in Läden oder auf der Ladentheke zum Verkauf ausgestellt werden dürfen und das Rauchen in öffentlichen Räumen bis auf wenige Ausnahmen verboten ist.

Unternehmen, die Tabakerzeugnisse verkaufen, benötigen ab sofort eine Lizenz

Das „Tabakkontrollgesetz 2024“ (Tobacco Control Amendment Bill 2024) wurde Ende Mai in dritter Lesung im Parlament verabschiedet und von den meisten Abgeordneten unterstützt, was den Abgeordneten George Agene – im Volksmund als „Action Man“ be-

kannt - sogar zu einem öffentlichen Gelächter inspirierte, mit dem Rauchen aufzuhören. „Heute Abend um acht Uhr werde ich die Zigaretten aus meinem Leben verbannen“, sagte er im Parlament.

Der Hauptgrund für das Verbot von Tabak- und Vape-Produkten sei der anhaltende Anstieg nicht übertragbarer Krankheiten (NCDs) - eine der Haupttodesursachen auf den Cook-Inseln, erklärte die Gesundheitsministerin Vainetutai Rose Toki-Brown.

Hintergrund: Die Cook-Inseln sind Unterzeichner des Rahmenübereinkommens der Weltgesundheitsorganisation zur Eindämmung des Tabakkonsums. (*Radio NZ Intern*. 22.05.24)

FRZ.-POLYNESIEN RAPA NUI

Neue Korallenart

Frz.-Polynesien: Wissenschaftler*innen des Fachbereichs Biologische Wissenschaft der *Florida State University* (USA) haben eine neue Korallenart in den Gewässern von Französisch-Polynesien beschrieben und benannt.

Die Postdoktorandin Erika Johnston und Scott Burgess, außerordentlicher Professor für Biowissenschaften, beschrieben *Pocillopora tuahiniensis*, indem sie das Genom der Koralle untersuchten und die symbiotischen Algen, die in ihren Zellen leben, untersuchten. Außerdem untersuchten sie, wo diese Koralle lebt und wie sie sich von anderen Exemplaren in diesem Gebiet unterscheidet. Daraus schlossen sie, dass es sich bei dieser Koralle um eine bisher unbeschriebene Art handelt.

Sie gaben der neuen Korallenart auch einen Namen: „tuahine“ bedeutet in der tahitianischen Sprache „Schwester“. Der Name ehrt die Menschen, die seit mehreren tausend Jahren auf diesen Inseln leben.

Die Forscher veröffentlichten ihre Ergebnisse bereits Ende letzten

Jahres in der englischsprachigen Fachzeitschrift „*Zootaxa*“.

Hintergrund: Korallen sind wichtige Bestandteile der Ökosysteme von Korallenriffen, die für die Menschen viele ökologische, gesundheitliche und wirtschaftliche Vorteile bieten. Burgess sagte, er hoffe, dass die Forschungsergebnisse nicht nur der weltweiten wissenschaftlichen Gemeinschaft zugutekämen, sondern auch der lokalen Gemeinschaft, um die Wiederherstellung und das Ressourcenmanagement zu verbessern, was für die Erhaltung und den Schutz dieser Ökosysteme unerlässlich sei. Die zunehmende Häufigkeit und Schwere der Korallenbleiche, die durch den vom Menschen verursachten Klimawandel verursacht wird, ist laut Professor Burgess die größte Bedrohung für die Korallenriffe, so dass Anstrengungen zum Verständnis der gesamten biologischen Vielfalt erforderlich sind, um das Aussterben und den Verlust des Anpassungspotenzials zu verhindern.

(<https://phys.org/news/2023-11-scientists-species-coral-french-polynesia.html> 13.11.23, <https://phys.org/journals/zootaxa/>)

Deuten Moai auf Frischwasserquellen hin?

Rapa Nui: Forscher*innen der *New Yorker Binghamton University* haben herausgefunden, dass auf dem abgelegenen chilenischen Territorium im Osten des Pazifiks von Natur aus nur eine geringe Menge Süßwasser vorhanden war. Daher waren die Bewohner*innen von Rapa Nui vor Hunderten von Jahren wohl auf den auf Grundwasserabfluss als Haupttrinkwasserquelle angewiesen, so zumindest eine Theorie der Wissenschaftler.

Vereinfacht ausgedrückt, entsteht Grundwasser aus unterirdischen Aquiferen - wasserhaltigen Sediment- oder Gesteinsschichten. Wenn das Wasser in einem Grundwasserleiter einen bestimmten Sättigungsgrad erreicht, kann es aus dem Boden in Oberflächengewässer fließen - das ist der Grundwasserabfluss. Dieses Ver-

fahren ermöglicht es den Menschen, trinkbares Süßwasser direkt dort zu sammeln, wo es an der Küste austritt, da seine Salzkonzentration niedrig genug ist, um es gefahrlos zu trinken.

„Die porösen vulkanischen Böden der Insel saugen den Regen schnell auf, so dass es keine Bäche und Flüsse gibt“, erklärte Carl Lipo, Anthropologe an der Binghamton University, in einer Stellungnahme. *„Glücklicherweise fließt das Wasser unter der Erde bergab und tritt schließlich direkt an der Stelle aus, an der das poröse unterirdische Gestein auf den Ozean trifft. Wenn die Gezeiten niedrig sind, fließt das Süßwasser direkt ins Meer. Der Mensch kann sich diese Süßwasserquellen zunutze machen, indem er das Wasser an diesen Stellen aufängt.“*

Die Forscher gehen davon aus, dass die rund 1.000 Steinstatuen („moai“) entlang der Küste der Insel als eine Art „Wegmarkierung“ auf Frischwasserquellen im Inselkern hinwiesen.

Durch die Messung des Salzgehalts in den Küstengewässern fanden die Wissenschaftler eine Korrelation zwischen diesen Süßwasservorräten und der Position der Statuen.

„Jetzt, da wir mehr über die Lage des Süßwassers wissen [...], ergibt die Lage dieser Denkmäler und anderer Merkmale einen enormen Sinn“, sagte Lipo. *„Sie sind dort aufgestellt, wo Süßwasser unmittelbar verfügbar ist.“*

Um die Haupttrinkwasserquelle der Inselbewohner ausfindig zu machen, mussten Lipo und seine Kollegen zunächst andere Optionen als primäre Süßwasserquellen ausschließen. Auf der Insel gibt es nur zwei Seen, die beide nur schwer zugänglich sind, und eine einzige Quelle, die laut den Forschern „oft zu einem Sumpfbereich reduziert ist“.

Nachdem diese und andere kleine Süßwasserquellen auf der Insel ausgeschlossen wurden, kam das Team der Uni zu dem Schluss, dass eine andere Trinkwasser-

quelle notwendig gewesen wäre, um eine Bevölkerung von Tausenden von Menschen zu versorgen.

Darüber hinaus enthalten europäische Berichte über ihre ersten Begegnungen mit der Insel im 18. Jahrhundert Passagen, in denen beschrieben wird, dass die Einheimischen lediglich Meerwasser tranken. Für die holländischen Entdecker, die Rapa Nui zum ersten Mal erreichten, wäre dies unbegreiflich gewesen, da der menschliche Körper die hohe Salzkonzentration des Meerwassers nicht verarbeiten kann.

Tatsächlich hätten die Inselbewohner Brackwasser getrunken - eine Mischung aus Süßwasser und einer kleinen Menge Salzwasser. Dieses Wasser, so Lipo, enthielt zwar keine schädlichen Mengen an Salz, aber genug, um zu verhindern, dass sie ihren Lebensmitteln Salz hinzufügen mussten.

Der Anthropologe erklärte, er und seine Kollegen wollten nun einen möglichen Zusammenhang zwischen der Verfügbarkeit von Süßwasser an bestimmten Orten und den Methoden zum Bau der Moai untersuchen.

(<https://www.indy100.com/science-tech/easter-island-statues-mystery-solved> 29.05.24)

HAWAI'I

Neues Krisenzentrum eröffnet

Das staatliche Gesundheitsministerium hat in Iwilei (Insel Oahu) ein neues Krisenzentrum („Health Crisis Centre“) eröffnet, das Menschen in psychischen Krisen helfen soll. Das Zentrum soll Menschen direkt vor Ort behandeln, anstatt sie in die Notaufnahme eines Krankenhauses oder gar in den Strafvollzug zu schicken.

Bei der Eröffnung des Zentrums Anfang März erklärte Gouverneur Josh Green, das Zentrum solle das herkömmliche Gesundheitssystem entlasten und mehr Möglichkeiten für Menschen am Rande der Gesellschaft bieten.

Zunächst stehen im Zentrum acht Plätze zur Verfügung. Geplant sind allerdings 16 Plätze und eine Rund-um-die-Uhr-Versorgung für Menschen in psychischen Ausnahmesituationen.

Vorerst wird sich das Zentrum nur um suizidgefährdete Patient*innen kümmern, insbesondere um Menschen, die die telefonische Notfall-Hotline 988-CARES anrufen. (*Hawai'i Public Radio 08.03.24*)

Neues Schutzgebiet ausgewiesen

Die US-Behörde für Fische und Wildtiere (*U.S. Fish and Wildlife Service, USFW*) hat 119.326 Hektar Bundes-, Staats-, Privat- und öffentliches Land als kritischen Lebensraum für 12 bedrohte Arten auf der Insel Hawai'i („Big Island“) ausgewiesen. Zu den Arten gehören 11 Pflanzen und eine Florfliege.

Das neue Schutzgebiet erstreckt sich über 21 verschiedene Regionen von der Küste über Trockenwald und Grasland bis hin zu den Regenwäldern an den Hängen von Maunakea und Maunaloa.

Ein früherer Vorschlag zur Ausweisung gefährdeter Arten auf Hawai'i umfasste auch die Loulu-Palme und die 'opāe-Teichgarnele. Das USFW entschied, dass die Ausweisung dieser Arten wegen der möglichen Entnahme aus der Natur nicht sinnvoll wäre.

„Der Schutz des Lebensraums ist ein wichtiger Schritt, aber es muss noch mehr getan werden, um die Bedrohung durch Feuer, Bebauung und invasive Arten wie Ratten und nicht einheimische Gräser zu bekämpfen“, erklärte Maxx Phillips, Direktor des *Center for Biological Diversity* auf Hawai'i. (*Hawai'i Public Radio 12.03.24*)

Bewahrung kleiner Schulen

Jennifer Luke-Payne, die Direktorin der Kaaawa Grundschule, befürchtet die Auflösung kleiner (Grund-)Schulen. Ihre Grundschule und andere kleine Schulen mit unter 250 Schüler*innen stehen vor erheblichen finanziellen Herausforderungen. Mit jährlichen Budgets oft unter einer Million US-Dollar kämpfen sie damit, wesentliche Lehrerstellen aufrechtzuerhalten. Obwohl staatliche Förderungen in Höhe von sechs Millionen US-Dollar für das Jahr 2025 vorübergehende Erleichterung bieten sollen, bleibt die Zukunft dieser Mini-Schulen ungewiss.

Alternativ dazu hat das US-amerikanische Bildungsministerium in der Vergangenheit kleine Schulen konsolidiert oder geschlossen. Diese Schließungen haben starken Widerstand in den Gemeinden hervorgerufen, sind aber manchmal notwendig, wenn die Schulen so klein sind, dass sie kein vollständiges Angebot an akademischen und außerschulischen Möglichkeiten bieten können, sagte der Vorsitzende des Bildungsausschusses Roy Takumi.

An der Maunaloa-Grundschule auf Molokai, der zweitkleinsten Schule auf Hawai'i, versucht Schulleiterin Kimberly Kaai mit den begrenzten Mitteln auszukommen, indem sie Klassen aufgrund geringer Anmeldezahlen zusammenfasst, da nicht genug Lehrkräfte für jeden Jahrgang bezahlt werden können. Die Höhe der staatlichen Finanzierung, die durch die Anmeldezahlen bestimmt wird, erfüllt oft nicht die Bedürfnisse der Schule, an die gerade einmal 43 Schüler*innen gehen.

Die zusätzlichen Mittel zielen darauf ab, etwas Druck zu nehmen, stellen jedoch nur eine kurzfristige Lösung dar. Ohne kontinuierliche finanzielle Unterstützung wird es schwierig, Lehrer*innen anzuziehen und zu halten, was sich auf die Qualität der Bildung auswirkt. Während einige, wie die Abgeordnete Lisa Marten, die Konsolidierung als pragmatische Reaktion auf zurückgehende Bevölkerungszahlen betrachten, betonen ande-

re, wie die Schulleiterin der Waiahole-Grundschule, Alexandra Obra, die einzigartigen Lernmöglichkeiten in kleinen Schulen.

Für Schulen wie die Kaaawa-Grundschule ist die Unterstützung der Gemeinschaft überlebenswichtig. Von Partnerschaften mit lokalen Organisationen bis hin zu praxisnahen Lernerfahrungen sorgt die Gemeinschaft dafür, dass jedes Kind wertgeschätzt wird. Inmitten der Unsicherheit absolvieren Hawai'is kleine Schulen einen schwierigen Balanceakt zwischen langfristiger Finanzierbarkeit und pädagogischer Exzellenz.

(Artikel von Michaela König. *Honolulu Civil Beat Inc.*, 20.05.24)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Maori erklären Wale zu juristischen Personen

Hochrangige Vertreter der Cook Islands Maori, der neuseeländischen Maori sowie Vertreter indigener Gemeinschaften aus Tahiti (Französisch-Polynesien) haben eine Erklärung unterzeichnet, die den tohorā (Maori-Wort für Wal) eine Rechtspersönlichkeit zuerkennen soll. Die Ältesten der Maori erklärten damit Wale zu „*juristischen Personen*“.

Würde aus der Deklaration ein internationaler Vertrag werden, wären die inhärenten Rechte der Meeressäuger auf Bewegungsfreiheit, gesunde Umwelt und ihr Gedeihen viel besser geschützt als bisher. So könnten etwa hohe Geldstrafen fällig werden, wenn ein Schiff einen Wal verletze oder töte. Auch könnten Versicherungen die Installation spezieller Überwachungs- oder Antikollisionsgeräte verlangen. Zwar sei die jetzige Erklärung noch kein verbindlicher internationaler Vertrag, habe aber dennoch erhebliches Gewicht. Das Konzept sei zudem nicht neu. Es sei inspiriert vom „Te Urewera Act“ von 2014, als Neuseeland das Waldgebiet *Te Urewera* auf der Nordinsel zur juristischen Person erklärt hatte.

Für die Maori sind Wale mehr als Tiere. Die Ureinwohner*innen Neuseelands betrachten die Meeressäuger als ihre Vorfahren und Verwandten. Der Maori-Überlieferung zufolge wurden sie bei ihren Reisen über die Ozeane von den tohorā beschützt. Heute sehen sich die Maori als Hüter der bedrohten Giganten. Auch anderen indigenen Bewohnern Polynesiens gelten Wale als heilig.

Die Erklärung mit dem Titel „*He Whakaputanga Moana*“ (dt. „Deklaration für den Ozean“), die von Kiingi Tuheitia und Tou Teahi Ariki, dem Oberhaupt des Hauses Ariki auf den Cook-Inseln, in Rarotonga (Cook-Inseln) unterzeichnet wurde, zielt darauf ab, den tohorā einen stärkeren Schutz zu gewährleisten, der auch international anerkannt wird. Die Rechte der tohorā auf freie Migration sollen geschützt werden, schwindende Populationen erhalten und vergrößert werden und Meeresschutzgebiete eingerichtet werden. Außerdem soll es einen speziellen Fonds für den Walschutz geben.

Bei der Unterzeichnung in Rarotonga äußerte Kiingi Tuheitia seine Hoffnungen für die Zukunft des Walschutzes: *„Der Gesang unserer Vorfahren ist schwächer geworden, und ihr Lebensraum ist bedroht, weshalb wir jetzt handeln müssen. Er (Whakaputanga Moana) ist ein Hinemoana Halo - ein Schutzmantel für unsere Taonga, unseren Vorfahre - die Wale“*, sagte der Älteste. (Stuff NZ 02.04.24, MDR Wissen 09.04.24)

Engere Beziehungen zu Papua-Neuguinea

Neuseeland und Papua-Neuguinea (PNG) haben nach einem Treffen zwischen dem stellvertretenden Premierminister und Außenminister Neuseelands, Winston Peters, und dem Premierminister Papua-Neuguineas, James Marape, in Port Moresby (PNG) Mitte Mai vereinbart, die bilateralen Beziehungen weiter zu stärken.

Premierminister Marape würdigte Neuseeland als verlässlichen Entwicklungspartner seit 1975 und verwies auf den positiven Stand der derzeitigen bilateralen Beziehungen. Er äußerte sich optimistisch über den weiteren Ausbau der Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Handel und Investitionen, insbesondere in der Landwirtschaft und im Energiesektor.

Premierminister Marape hob die wirtschaftlichen Vorteile des RSE-Programms (Recognised Seasonal Employer - Anerkannter Saisonarbeitgeber) hervor, insbesondere für die neuseeländische Region Hawkes Bay, und forderte eine Erhöhung der Quote für Arbeitnehmer*innen aus PNG. *„Ich stelle fest, dass die Saisonarbeiter aus PNG sehr effizient sind, und fordere eine Erhöhung der Quote für PNG“*, sagte er.

Er bedankte sich auch bei Neuseelands Außenminister für die prompte Unterstützung während der COVID-19-Pandemie. Neuseeland habe als einer der ersten Anrainerstaaten bei der Bekämpfung der Pandemie geholfen, lobte der Premier.

Marape schlug vor, Partnerschaften für die Eröffnung von Standorten neuseeländischer Hochschulinrichtungen in PNG zu prüfen.

Peters entgegnete, Papua-Neuguinea habe im Pazifik „großes Gewicht“, und Neuseeland schätze die Beziehungen zu diesem Land sehr. *„Angesichts der aktuellen geostrategischen Herausforderungen ist es von entscheidender Bedeutung, dass unsere beiden Länder enger zusammenarbeiten“*, sagte er.

Peters wurde bei seinem Besuch in Papua-Neuguinea von Shane Reti, Minister für Gesundheit und pazifische Völker, Simon Watts, Minister für Klimawandel, Tim van de Molen, Vorsitzender des Außen-, Verteidigungs- und Handelsausschusses, und David Parker, Sprecher der Opposition für Außenpolitik, begleitet. Die Mitglieder der neuseeländischen Delegation trafen mit Premierminister James Marape, dem stellvertretenden Premierminister, John Rosso, dem

Außenminister Justin Tkatchenko und mehreren anderen Kabinettsministern und Parlamentariern zusammen.

(Pressemitteilung Büro James Marape, 14.05.24, <https://insidegovernment.co.nz/png-visit-set-to-boost-cooperation/>)

Drogenverkauf über die sozialen Medien

Dr. Robin van der Sanden Doktorarbeit untersuchte den wachsenden Gebrauch von sozialen Medien und Messaging-Apps zum Kauf und Verkauf von Drogen in Neuseeland. In Anbetracht der dominierenden Rolle sozialer Medien im täglichen Leben wollte Dr. van der Sanden erforschen, wie die Digitalisierung leicht zugängliche Wege zum Handel von Drogen bietet und wie sich dies auf drogenbezogene Probleme auswirkt.

Vorher hatte sich Dr. van der Sanden in ihrer Masterarbeit auf den Drogenhandel im Darknet konzentriert und beschloss daher, einen verwandten Bereich zu untersuchen. Sie fand den Handel mit Drogen über soziale Medien besonders interessant und war fasziniert davon, wie Menschen die Risiken des Drogenhandels über diese Apps bewältigen und welche gesundheitlichen Folgen insbesondere bei jüngeren Altersgruppen auftreten.

Unter Verwendung eines Mixed-Methods-Ansatzes nutzte Dr. van der Sanden Umfragedaten und führte anonyme Interviews über eine verschlüsselte Messaging-App durch. Zudem sammelte sie beobachtende Daten auf mehreren Discord-Drogen-Servern.

Eine der wichtigsten Erkenntnisse ihrer Studie war, dass lokale Drogenmärkte über soziale Medien potenziell erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung junger Menschen haben. Jüngere Altersgruppen seien eher dazu geneigt, Drogen über soziale Medien zu kaufen, was dazu führen könne, dass diese risikoreicheren Drogenmärkte für immer jüngere Menschen zugänglich werden.

Da die Forschung zu diesem Thema in der Akademie weiter wächst, betonte Dr. van der Sanden die Bedeutung ihrer Ergebnisse, da sie Einblicke geben, wie dieses Phänomen in Neuseeland stattfindet, wo eingehende Forschung zu lokalen Drogenmärkten selten ist. Sie hofft, dass ihre Ergebnisse eine wertvolle Ressource für politische Entscheidungsträger, öffentliche Gesundheitsbehörden und die Drogenaufklärung für Jugendliche sein werden, um Schadensminderungsstrategien zu entwickeln. Ihre Studienerkenntnisse sollen dazu beitragen, die Drogenpolitik zu reformieren und einen Wandel weg von Verbot und Kriminalisierung, insbesondere für den Kleinhandel mit Drogen, zu unterstützen.

Dr. van der Sanden, die inzwischen eine zweijährige Postdoktorandenstelle am SHORE and Whāriki Research Centre in Auckland angetreten hat, arbeitet dort an verschiedenen Projekten im Zusammenhang mit Vaping und Cannabispolitik und beschäftigt sich weiterhin mit Themen im Zusammenhang mit Drogenmärkten über soziale Medien. Sie schätzt die fortlaufende Zusammenarbeit mit Mitgliedern ihres Betreuungsteams sehr, besonders mit Professor Chris Wilkins und Dr. Marta Rychert sowie Dr. Monica Barratt vom *Royal Melbourne Institute of Technology*.

Mit ihrem fortlaufenden Engagement und ihrer Forschung hofft Dr. van der Sanden, weiterhin einen bedeutenden Beitrag zur öffentlichen Politik und Gesundheitsförderung in Neuseeland und darüber hinaus zu leisten. (Artikel von Michaela König, Massey University, 23.05.2024)

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

Militär nennt TPNPB-OPM wieder beim Namen

Indonesien: Anfang April 2024 erklärte das indonesische Militär, wieder den Namen OPM (*Organisasi Papua Merdeka*, Organisation für ein freies Papua) für die Freiheits- und Unabhängigkeitskämpfer in Westpapua zu gebrauchen. Dies ist eine Rückkehr zu dem Stand vor dem 29. April 2021, an dem verkündet wurde, die TPNPB-OPM von nun an als „Terroristen“ bzw. „bewaffnete kriminelle Gruppe“ zu bezeichnen.

Das Militär erklärte den Schritt der Namensänderung zurück zur OPM damit, dass dies der Eigenbezeichnung der TPNPB-OPM entspreche und sich diese zu mehreren Gewalttaten in Westpapua bekannt habe. Daher solle sie auch wieder bei ihrem Namen genannt werden. Ein Militärgeneral berichtete, dass es in der Vergangenheit nicht immer klar war zu unterscheiden, wer zu der bewaffneten kriminellen Gruppe gehöre und wer nicht. Wenn verdächtige Personen jedoch nun zur OPM gehören, werden Militärangehörige zukünftig nicht zögern und gezielter und schneller reagieren, so der Militärgeneral.

Menschenrechtsbeobachter*innen fürchten dadurch eine Stigmatisierung der Menschen in Westpapua und eine noch niedrigere Hemmschwelle für den Einsatz von Gewalt gegen indigene Papua.

Andere Stimmen sehen darin die Hoffnung des Militärs, die Unterstützung in der Gesellschaft für das die militärische Gewalt in Westpapua weiter zu stärken. Wird der Konfliktgegner in Westpapua wieder mit einer versprochenen Unabhängigkeitsagenda in Verbindung gesetzt, welches als Verrat am indonesischen Staat betrachtet wird, kann dies dem Handeln des Militärs gegen die

TPNPB-OPM mehr Rückhalt in der breiten Bevölkerung und damit auch mehr Legitimation verleihen. (Indoleft 16.04.24, Westpapua-Netzwerk online 29.04.24)

Spionagesoftware-Exporte nach Indonesien

Indonesien: Eine neue Recherche, die von *Amnesty International* in Kooperation mit einer Reihe anderer Organisationen durchgeführt wurde, darunter Haaretz, Inside Story, Tempo, WAV research collective und Woz, legt den Erwerb von Spionage- und Überwachungstechnologien durch indonesische Stellen offen. Die Käufe sollen durch ein „undurchsichtiges Netzwerk“ zustande gekommen sein, das sich über Israel, Griechenland, Singapur und Malaysia erstreckt, um die technologische Ausrüstung zu beschaffen.

Anhand von Open-Source-Informationen fanden die Aktivist*innen Beweise für den Verkauf und Einsatz von hochinvasiver Spyware und anderen Überwachungstechnologien an Unternehmen und staatliche Stellen in Indonesien zwischen 2017 und 2023.

Zu den Einrichtungen gehören die indonesische Nationalpolizei (Kepolisian Negara Republik Indonesia) und die nationale Cyber- und Kryptoagentur (Badan Siber dan Sandi Negara), so Amnesty International auf ihrer Homepage.

Wie die Untersuchung „*A web of surveillance: Unravelling a murky network of spyware exports to Indonesia*“ zeigt, wurden mehrere dieser Importe über Zwischenhändler in Singapur abgewickelt, bei denen es sich offenbar um Zwischenhändler handelt, die bereits in der Vergangenheit Überwachungstechnologien und/oder Spähsoftware an staatliche Stellen in Indonesien geliefert haben. Wer der/die eigentliche Besitzer*in dieser zwischengeschalteten Unternehmen ist, ist kaum zu ermitteln. Durch diese Art der Verschleierung des wirtschaftlichen Eigentümers wird die Überprüfung der gesamten Lieferkette für Güter mit

doppeltem Verwendungszweck nahezu unmöglich, was die Überwachung des öffentlichen Beschaffungswesens erschwert, so der Bericht.

Amnesty International und seine Medienpartner haben zwar umfangreiches Beweismaterial über die Spionage- und Überwachungssysteme, die an Indonesien verkauft wurden, aufgedeckt. Sie können jedoch nicht konkret angeben, gegen wen diese Technologien eingesetzt werden. Vielmehr konzentriert sich die Untersuchung auf den undurchsichtigen Verkauf und die Weitergabe mehrerer hochgradig invasiver Spionageprogramme, die von Natur aus unvereinbar mit den Menschenrechten sind und dauerhaft verboten werden sollten, so der Bericht. Hochgradig invasive Spionageprogramme sind so konzipiert, dass sie verdeckt arbeiten und minimale Spuren hinterlassen.

Die Untersuchung dokumentiert dennoch auch zahlreiche bösartige Domainnamen und Netzwerke, die mit mehreren hochentwickelten Spyware-Plattformen verbunden sind, die offenbar darauf abzielen, Einzelpersonen in Indonesien anzugreifen. Zu diesen bösartigen Spyware-Domains gehören Domains, die die Websites von politischen Oppositionsparteien und wichtigen nationalen und lokalen Nachrichtenmedien imitieren, darunter auch Medien aus Westpapua, die in der Vergangenheit Menschenrechtsverletzungen dokumentiert haben. So wurde z.B. die Nachrichtenwebseite Suara Papua kopiert, was auf mögliche Anwendungsziele dieser Spionage- und Überwachungstechnologien hindeutet, die mit Westpapua eine Region in Indonesien betreffen, in der Menschenrechtsverletzungen gegen Aktivist*innen und die Zivilgesellschaft an der Tagesordnung sind.

Dass besonders die Presse und Nachrichtenportale in Westpapua von digitalen Angriffen jedweder Art betroffen sind, ist schon länger bekannt. (*Westpapua-Netzwerk online* 7.05.24, <https://www.amnesty.org/en/documents/asa2/17974/2024/en/>)

Neue Publikation zu Menschenrechten 2024

Westpapua: Das Bündnis „*Internationale Advocacy Netzwerke*“ (IAN), in dem auch das Westpapua-Netzwerk vertreten ist, setzt sich für die Verbesserung der Menschenrechtslage in Afrika, Asien und Lateinamerika ein. Bei einem Parlamentarischen Frühstück unter der Schirmherrschaft von MdB Frank Schwabe (SPD) und MdB Max Lucks (Bündnis 90/Die Grünen) wurde am 5. Juni 2024 in Berlin das neue IAN-Dossier „*Menschenrechte 2024: Aktuelle Lage in 16 Ländern*“ vorgestellt. Vor Ort in Berlin berichteten dabei auch drei Gäste aus Nepal, Kolumbien und der DR Kongo über die Situation in ihren Ländern.

Das Dossier enthält Berichte zu 16 Ländern bzw. 17 Regionen. Dies sind aus Afrika die Länder Burundi, Demokratische Republik Kongo und Ruanda. Aus Asien und dem Pazifik: Bangladesch, Indien, Indonesien mit der Region Westpapua, Kambodscha, Myanmar, Nepal, Philippinen, Sri-Lanka, Timor-Leste und die Region Ozeanien. Aus Lateinamerika finden sich Länderbeiträge zu Kolumbien, Mexiko und Peru.

Die letzten Jahre waren in den Beispielländern geprägt von gewalttätigen Konflikten, Kriegen, der Covid-19-Pandemie sowie der globalen Klimakrise. Sie haben die Menschenrechtslage, insbesondere für Frauen und Mädchen, in vielen Ländern nachhaltig verschlechtert. Gleichzeitig gewinnen politische Strömungen, die die Gesellschaften spalten, anstatt sie zu vereinen, überall auf der Welt an Zulauf. Multilaterale Ansätze und Bündnisse werden von rechtspopulistischen Parteien und Regierungen infrage gestellt. Der Rückzug in nationalstaatliche Interessen, die die eigene wirtschaftliche Sicherheit in den Vordergrund rücken, Migration ablehnen und eine neue militärische Aufrüstung anstoßen, erschweren eine gemeinsame Politik, die die Menschenrechte zum Kern politischen

Handelns machen. Nur in einem Bruchteil der Länder weltweit kann sich die Zivilgesellschaft frei und ohne Bedrohungen zu menschenrechtlich relevanten Themen äußern – und die Situation verschlechtert sich zunehmend.

Der Bericht zu Westpapua trägt den Titel „*Indonesien will nicht uns Papuas – aber unser Land*“. Er befasst sich mit der aktuellen Menschenrechtssituation in Westpapua, die von dem anhaltenden Konflikt geprägt ist und wo der Fokus primär auf der wirtschaftlichen Entwicklung liegt, anstatt die menschliche Sicherheit zu fördern. Das Westpapua-Netzwerk richtet sich mit mehreren Empfehlungen an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages sowie die deutsche Bundesregierung. Politische Aufmerksamkeit und der Einsatz für einen Dialog zwischen den Konfliktparteien zählen ebenso dazu wie auch die kritische Betrachtung deutscher Rüstungsexporte nach Indonesien vor dem Hintergrund der Rolle des indonesischen Militärs im Westpapua-Konflikt.

Die neue Publikation kann **hier** heruntergeladen werden:

https://www.asienhaus.de/archiv/asienhaus/publikationen/IAN/IAN_Dossier_Menschenrechte_2024.pdf
(*Westpapua-Netzwerk* *Pressemeldung*
06.06.24)

Militär besetzt Krankenhaus

Westpapua: Seit Ende Mai besetzen Polizei- und Militärkräfte Teile eines Krankenhauses in Paniai, Provinz Zentral-Papua. Berichten zufolge sei der gesamte dritte Stock von Sicherheitskräften besetzt worden. Da kein medizinisches Personal daraufhin mehr im Einsatz war, verließen die meisten der Patient*innen das Krankenhaus. Sechs Kinder, die stationär weiterbehandelt werden müssen, wurden in ein anderes Krankenhaus verlegt.

Laut dem Direktor des Krankenhauses wurde der Einsatz der Sicherheitskräfte direkt vom Ge-

sundheitsministerium angewiesen und mit dem Militärkommando in Cenderawasi koordiniert.

Der Landrat von Paniai äußerte, dass man sich darum bemühe, die Sicherheitskräfte aus dem Krankenhaus wieder abzuziehen und sie an andere Orte zu verlegen. Der Betrieb des Krankenhauses müsse sichergestellt werden, so der Landrat. Das Militär hingegen erklärte, das Krankenhaus auf Wunsch des medizinischen Personals aus Angst vor Angriffen der TPNPB-OPM zu schützen. Man sei explizit darum gebeten worden. Meldungen über Patient*innen, die das Krankenhaus hätten verlassen müssen (*auf der Homepage von Human Rights Monitor gibt es Bilder, die das Gegenteil beweisen und zeigen, wie Patient*innen das Krankenhaus verlassen*) oder eine Notaufnahme die geschlossen werden musste, seien alles Falschmeldungen, so das Militär weiter. Währenddessen gab die TPNPB-OPM an, dass jegliche Meldungen über eine geplante Brandattacke auf das Krankenhaus falsch seien. Vielmehr würden die Sicherheitskräfte durch ihre Aktion die Gesundheitsversorgung der Menschen in der Region erschweren.

Dieses Vorgehen des Militärs ähnelt dem Vorgehen, das Menschenrechtsaktivist*innen bereits im Bildungssektor in Westpapua beobachten. Besetzt das Militär Schulen und baut dort Militärkommandos auf und/oder bringt Militärs unter, ist es den Kindern und Lehrer*innen nicht mehr möglich, diese als Bildungseinrichtung zu nutzen. Der Entzug von Bildung und der Entzug von Gesundheitsversorgung werden in Westpapua somit immer mehr zum Konfliktmittel. (*Westpapua-Netzwerk online 28.05.24*)

Menschen lebten bereits vor 44.000 Jahren auf Osttimor

Timor-Leste: Archäologen der *Australian National University* (ANU), der *Flinders University*, des *University College London* (UCL) und des *ARC Centre of Excellence*

for Australian Biodiversity and Heritage veröffentlichten im Mai 2024 ihre Ergebnisse über ihren Fund von Tausenden Steinartefakten und Tierknochen in einer Höhle im Norden der Insel Timor-Leste in der Zeitschrift „*Nature Communications*“.

Die Entdeckungen in der Felshöhle, die als Laili Rock Shelter bekannt ist, weisen darauf hin, dass dort bereits vor 44.000 Jahren Menschen lebten. Timor-Leste und seine Nachbarländer Indonesien und Australien beherbergen einige der ältesten Zeugnisse menschlichen Lebens auf der Erde. Ein Beispiel hierfür ist eine ockerfarbene Darstellung eines Schweins in Sulawesi, Indonesien, die auf mindestens 45.500 Jahre geschätzt wird und als eine der ältesten Felsmalereien der Welt gilt.

Shimona Kealy, Archäologin und Paläobiologin der ANU, war an den Untersuchungen beteiligt und erklärte, dass im Gegensatz zu anderen Ausgrabungsstätten der Region, tiefe Sedimente in der Laili-Höhle erhalten blieben und keine eindeutigen Anzeichen einer menschlichen Besiedelung aufweisen. Analysen lieferten den Forschern eine „Ankunftssignatur“, die eine ausgeprägte Schicht im Sediment bezeichnet, die erste Anzeichen menschlicher Aktivität in dem Gebiet markiert.

Dr. Ceri Shiptons Team vom UCL führte umfangreiche Grabungen in der Felsenhöhle durch und analysierte die Sedimentschichten, die sich über Tausende von Jahren dort angesammelt hatten. Durch Techniken wie Kohlenstoffdatierung und optisch stimulierter Lumineszenz konnten sie feststellen, wann diese Schichten abgelagert wurden und wann die Steinwerkzeuge wahrscheinlich verwendet wurden.

Das Forschungsteam fand bei ihren Ausgrabungen kleine Steinwerkzeuge, die vermutlich zum Schneiden und Schaben verwendet wurden, sowie Holzkohle, Asche und verkohlte Fischgräten. Die Bewohner der Laili-Felsenhöhle beschäftigten sich vermutlich mit Kochen und ähnli-

chem. Durch die Analyse der Sedimentschichten mithilfe von Kohlenstoffdatierung und optisch stimulierter Lumineszenz, konnte festgestellt werden, wann die Schichten abgelagert wurden und wann die Steinwerkzeuge wahrscheinlich verwendet wurden. Die Existenz der Artefakte und die Datierung der Sedimentschichten weisen darauf hin, dass Menschen erst vor etwa 44.000 Jahren auf Timor-Leste lebten, was später ist als bisher angenommen.

Die Entdeckung stellt frühere Theorien über die Routen der Menschen auf ihrer Wanderung von Südostasien nach Australien in Frage. Die ersten Siedler*innen Australiens könnten auf ihrer Überfahrt zu dem Kontinent, Papua-Neuguinea und nicht die Insel Timor-Leste als Sprungbrett genutzt haben. (*Artikel von Michaela König, Times Entertainment, Times of India, 25.05.2024*)

AUSTRALIEN

Zusammenarbeit zur Erinnerung an Weltkrieg

Papua-Neuguinea (PNG) und Australien haben eine gemeinsame Initiative zum Erhalt von Kriegsdenkmälern und zur Verbesserung des Tourismussektors gestartet.

Die neue Initiative folgt einer Absichtserklärung, die im vergangenen Jahr zwischen der Tourismusförderungsbehörde von Papua-Neuguinea (PNGTPA), der National Capital District Commission (NCDC) und dem *Canada Bay City Council* in Sydney unterzeichnet wurde.

Ziel dieser Zusammenarbeit ist es, das Vermächtnis des Zweiten Weltkrieges in beiden Staaten zu würdigen und die sogenannte „Kriegswallfahrt“ als herausragende Touristenattraktion zu fördern, ähnlich wie das berühmte Kokoda-Trail-Trekking in Papua-Neuguinea.

Im Rahmen dieser Partnerschaft werden historische Stätten im National Capital District (Hauptstadt Port Moresby und Umgebung) darunter Paga Hill, Wardstrip und Sabama, erschlossen und mit Unterstützung der Provinzregierungen und des *Network Kokoda Australia* schließlich auf die PNG-Provinzen Central und Oro ausgedehnt.

„Die Zusammenarbeit zwischen PNG und Australien bei der Entwicklung von Kriegsdenkmälern und der Förderung des Tourismus ist ein Beweis für die anhaltende Freundschaft zwischen unseren Nationen und die gemeinsame Verpflichtung zur Ehrung unserer Kriegshelden. Diese Initiative wird nicht nur das historische Erbe bewahren, sondern auch Möglichkeiten für wirtschaftliches Wachstum, Bildung und kulturellen Austausch schaffen“, sagte der Gouverneur des NCD, Powes Parkop. Ziel sei eine Art „Achse“ von Kriegsdenkmälern und ehemaligen Kriegsschauplätzen im ganzen Land. Dazu sollen regionale Tourismusverbände und Nichtregierungsorganisationen gegründet werden, die vor Ort Kriegsdenkmäler in Ordnung halten und sie öffentlich bewerben. (PNG Business News 14.04.24)

Armee rekrutiert ab sofort „Ausländer*innen“

Um den Mangel an australischen Rekrut*innen zu bekämpfen, nehmen die australischen Streitkräfte (*Australian Defence Force*, ADF) ab sofort auch ausländische Staatsbürger*innen auf. Ab Juli können sich neuseeländische Staatsangehörige mit ständigem Wohnsitz in Australien um die Aufnahme in die Streitkräfte bewerben, und ab dem nächsten Jahr werden auch Rekrut*innen aus dem Vereinigten Königreich, den USA und Kanada aufgenommen.

Der australische Verteidigungsminister Richard Marles erklärte, die Änderungen der Zulassungsvoraussetzungen für die Streitkräfte seien „unverzichtbar, um die Si-

cherheitsherausforderungen der Nation im nächsten Jahrzehnt und darüber hinaus zu bewältigen“.

Australien und Neuseeland haben bereits eine langjährige „Anzac-Bindung“, sagte er und verwies auf die Geschichte, als Soldaten beider Länder im Ersten Weltkrieg Seite an Seite in Gallipoli kämpften.

Australien hat zudem in den letzten Jahren versucht, die Beziehungen zu Großbritannien und den USA zu stärken, indem es 2021 den Aukus-Pakt unterzeichnete - ein weitreichendes Verteidigungs- und Sicherheitsbündnis, das darauf abzielt, der chinesischen militärischen Expansion im indo-pazifischen Raum entgegenzutreten.

Australien, das Vereinigte Königreich, die USA, Kanada und Neuseeland arbeiten auch beim Austausch von Geheimdienstinformationen im Rahmen der Allianz „Five Eyes“ eng zusammen.

Der Schwerpunkt liegt auf der Rekrutierung von Personen aus diesen Ländern, aber Verteidigungsminister Matt Keogh erklärte, dass sich ab dem 1. Januar 2025 im Prinzip „jeder“ in Frage kommende ständige Einwohner für die Aufnahme in die Armee bewerben kann. (BBC News 04.06.24)

Prähistorischer Riesengans-Schädel gefunden

In einer abgelegenen Region in Südostaustralien, in einem trockenen Bett des Callabonnam-Sees, hatten Forschende bereits 2019 den 32 cm großen Schädel einer prähistorischen „Riesengans“ entdeckt.

Er gehört zu einem heute ausgestorbenen flugunfähigen Riesenvogel, der 230 kg wog - etwa fünfmal so viel wie ein Emu.

Das 45.000 bis 50.000 Jahre alte Fossil ist der vollständigste Schädel eines *Genyornis newtoni*, der bisher entdeckt wurde.

Der „erstaunlich seltene Fund“ könne endlich Aufschluss darüber geben, die die Riesengans aussah, erklärte Dr. Phoebe Mclner-

ney von der Flinders University in Adelaide jetzt bei der Vorstellung des Fundes in der Zeitschrift „Historical Biology- “ An International Journal of Paleobiology Volume 36, 2024 - Issue 6.

Der Schädel ist mit einem fast vollständig versteinerten Körper des Vogels verbunden.

Die Forscher entdeckten auch, dass die riesigen Vögel viele Anpassungen an aquatische Lebensräume hatten und ihre Ohren und Kehle vor Wasser schützten, wenn sie untergetaucht waren.

Dies könnte zu ihrem Aussterben vor etwa 45.000 Jahren geführt haben, da die Süßwassergebiete im nördlichen Südaustralien heute überwiegend Salzseen sind.

Dr. Gerald Mayr, Ornithologe am Senckenberg-Forschungsinstitut in Frankfurt/Main, sagte, fossile Vogelschädel seien „erstaunlich selten“ und dieser „außergewöhnliche Fund“ gebe Aufschluss über die Rolle, die der Riesenvogel damals im australischen Ökosystem spielte.

Info: Genyornis newtoni ist ein Verwandter der australischen Elster, entwickelte sich aber vor ihr in einer separaten Abstammungslinie und ist enger mit den südamerikanischen Schreihalsarten verwandt. (ABC News 03.06.24, <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/08912963.2024.2308212>)

Bundesstaat entschuldigt sich für Unrecht an Homosexuellen

Premierminister Chris Minns, der Regierungschef des bevölkerungsreichsten australischen Bundesstaates „New South Wales“ (NSW), hat sich Anfang Juni in einer Rede vor dem Parlament für den „unverzeihlichen Schmerz“ entschuldigt, den frühere Gesetze zur Kriminalisierung von Homosexualität verursacht hatten.

„Wir sind hier, um uns für jedes Leben zu entschuldigen, das durch diese ungerechten Gesetze beschädigt, vermindert oder zer-

stört wurde. Das Gesetz hätte nie existieren dürfen", so Minns.

Homosexuelle Handlungen zwischen erwachsenen Männern wurden 1984 in New South Wales entkriminalisiert, dem fünften Bundesstaat, der dies tat. Sex zwischen Frauen war in diesem Bundesstaat nie eine Straftat. In den 1980er Jahren gab es in NSW Dutzende von Todesfällen aus „Schwulenhass“, was zum Teil auf die Feindseligkeit und Angst vor der AIDS-Epidemie zurückzuführen war.

Eine Gesetzesänderung im Jahr 2014 ermöglichte es Männern mit Verurteilungen nach den früheren Gesetzen, deren Löschung aus dem Strafregister zu beantragen.

Nach den Bundesstaaten Victoria und Südaustralien im Jahr 2016 und den anderen drei australischen Bundesstaaten im Jahr 2017 war der Bundesstaat New South Wales der letzte in Australien, der sich förmlich für Gesetze entschuldigte, die homosexuelle Handlungen illegal gemacht hatten.

Auf Minns Entschuldigung hin meldete sich der Abgeordnete Alex Greenwich aus Sydney zu Wort und erklärte, er sei der einzige offen schwule Abgeordnete im Parlament von New South Wales (zu dem auch Sydney gehört) und einer von nur zwei Abgeordneten in der Geschichte der Kammer.

„Das allein zeigt schon, wie viel Arbeit wir noch vor uns haben“, erklärte er und fuhr fort: „Meine Botschaft an meine Kollegen heute wird dieselbe sein, die die LGBTQ-Gemeinschaft vor 40 Jahren hatte: Raus aus unseren Schlafzimmern, raus aus unseren Hosen und lasst uns unser Leben leben“, so Greenwich. Er hatte einen Gesetzentwurf vorgelegt, der verhindern würde, dass Lehrer und Schüler an Privatschulen wegen ihres Coming-outs entlassen oder des Unterrichts verwiesen würden.

Info: Die gleichgeschlechtliche Ehe wurde 2017 in Australien legalisiert. (*The Australian Independent* 06.06.24)

Astrid-Lindgren-Preis für Literaturstiftung

Die australische Literaturstiftung „Indigenous Literacy Foundation“ (ILF) ist in Schweden mit dem hoch dotierten Astrid-Lindgren-Gedächtnispreis (Astrid Lindgren Memorial Award, ALMA) geehrt worden. Vertreter der ILF nahmen den mit 5 Millionen schwedischen Kronen (ca. 435.000 Euro) dotierten Preis am 9. April bei einer Zeremonie im Konzerthaus der schwedischen Hauptstadt Stockholm aus den Händen von Kronprinzessin Victoria entgegen.

Die ILF hat sich zum Ziel gesetzt, Aborigines-Kindern Zugang zu guter Jugendbuchliteratur zu verschaffen, um dadurch die Les- und Schreibfähigkeit zu fördern.

Info: Erst das vierte Mal in der 22-jährigen Geschichte des Preises wurde dieser nicht an eine Einzelperson, sondern an eine Organisation vergeben. 245 Personen und Organisationen aus 68 Ländern hatten sich für den Preis beworben.

2023 hatte den ALMA die US-amerikanische Jugendbuchautorin Laurie Halse Anderson erhalten. Auch die deutsche Autorin Christine Nöstlinger gehört zu den Preisträger*innen.

(<https://www.indigenouseliteracyfoundation.org.au/astrid-lindgren-memorial-award>)

fänglichen Erfolgen, wie den Gewinn der Weltmeisterschaft 2022 in Südafrika, in der aktuellen Saison nicht die gewünschten sportlichen Erfolge erzielen konnte.

Auch die Querelen rund um den Doppelolympiasieger Jerry Tuwai, welche im Januar offiziell beiseitegelegt wurden, halfen in der für Gollings angespannten Situation nicht.

Kolinisau, der bisher über wenig Erfahrung als professioneller Rugby-Trainer verfügt, teilte in einer Pressekonferenz nach seiner Ernennung mit, dass er den Fokus auf die Verbesserung der Fitness und des Zusammenhalts im Team legen möchte, um zu dem typischen Spielstil Fidschis zurückzukehren. Seit Amtsübernahme hat er bei den SVNS-Turnieren in Hong Kong und Singapore, mit einem 5. und einem 9. Platz allerdings das Team noch nicht zurück auf die Siegesstraße bringen können. Nach dem abschließenden Turnier in Madrid hat die Mannschaft rund um Kolinisau bis zum 24. Juli Zeit, sich auf Olympia und der erhofften Titelverteidigung vorzubereiten.

(Artikel von Friederike Keller, Ansbach, Rugby-Spielerin.

<https://www.fbcnews.com.fj/sports/rugby/gollings-fired-kolinisau-appointed/>,
<https://www.svns.com/en/news/919728/osea-s-back-fiji-expects-as-olympic-hero-kolinisau-returns-to-sevens-sidelines>,
<https://www.fbcnews.com.fj/sports/rugby/we-have-dropped-in-fitness-and-defence-kolinisau/>,
<https://www.fbcnews.com.fj/sports/rugby/relationship-between-tuwai-and-gollings-steady/>)

SPORT

Kolinisau neuer Fidschi-Trainer

Fidschi: Nach dem erneuten frühen Ausscheiden des fidschianischen Teams im SVNS Turnier in Los Angeles ist Osea Kolinisau, Kapitän des siegreichen Olympiateams 2016 in Rio, als neuer Nationaltrainer des 7er Rugby-Teams von Fidschi ernannt worden. Er folgt dem englischen Trainer Ben Gollings, der seit Anfang 2022 das Team trainiert hatte und nach an-

HSBC Challenger Series

München, Krakau: Am Pfingstwochenende wurden die letzten Turniere der Challenger Series in München und Krakau ausgetragen. Mit dieser 2.-klassigen Turnierserie wurden die vier herausfordernden Teams für den Aufstiegs/Abstiegs-Wettbewerb, welcher während des letzten SVNS Turniers in Madrid veranstaltet wird, ermittelt.

Die jeweils drei Turniere wurden von 12 Frauen und Männer-Teams ausgetragen. Papua-Neuguinea stellte bei beiden Wettbewerben

ein Team, Tonga war nur bei den Männern vertreten. Nachdem sich Tonga im letzten Jahr noch einen Platz für den Relegations-Wettbewerb sichern konnte, reichte es in diesem Jahr nur für einem 7. Platz in der Abschlusstabelle. PNG war sowohl bei den Männern, wie auch bei den Frauen vor deutlich größere Herausforderungen gestellt und schloss jeweils auf dem 11. Platz ab.

(Artikel von Friederike Keller aus Ansbach, sie spielt auch Rugby.
<https://www.world.rugby/tournaments/challenges-series>)

Ungewöhnlicher Triathlon

Rapa Nui: Mitte April fand auf Rapa Nui der Triathlon „*Tau'a Rapa Nui*“ statt. Gewonnen hat Tumaheke Durán Veri Veri, der sich in allen drei Disziplinen gegen seine Herausforderer (3 Frauen und 4 Männer) durchsetzen konnte.

Der Tau'a Rapa Nui ist ein jährliches, anspruchsvolles Sportereignis, das die Traditionen der Rapa Nui ehrt. Es beginnt mit dem Rafting, genannt Vaka Ama, gefolgt vom Bananenlauf, dem Aka Venga, und endet mit einem Bodyboard-Paddelrennen Natación con Pora.

Beim Bananenlauf geht es darum, ein 44 Pfund schweres Bananenbündel, aufgeteilt auf zwei Bündel, auf den Schultern barfuß über eine gewisse Streckenlänge zu transportieren, und das möglichst schnell. Das Rafting erfolgt in handgeflochtenen Booten, die die Sportler*innen selber hergestellt haben.

Durán Veri Veri ist auf Rapa Nui eine lokale Legende, der die Veranstaltung „15, 16, 17“ Mal gewonnen hat - die genaue Zahl seiner Titel hat er nicht mehr im Kopf. Der heute 48-Jährige nahm in den 1990er Jahren zum ersten Mal an der Veranstaltung teil. „*Man muss konstant sein: gut planen, gut essen, gut schlafen und das ganze Jahr über trainieren*“, sagte er.

Der Tradition folgend hatte Durán Veri Veri seine beiden Boote in Handarbeit hergestellt; das größere Floß besteht aus 3.000 Schilf-

rohr, das kleinere Pora aus etwa 700 Schilfrohr. Die Herstellung der Flöße ist eine Herausforderung, die Teil der Tradition ist: „*Allein das Sammeln des Schilfs ist sehr mühsam. Wir gehen als Gemeinschaft; meine Familie und meine Freunde stehen alle hinter mir und arbeiten zusammen*“, erklärte er.

Hintergrund: Der *Tau'a Rapa Nui Triathlon* findet während der jährlichen Tapati-Feier statt. *Tapati* wurde in den 1970er Jahren ins Leben gerufen, um die überlieferten Traditionen der polynesischen Bevölkerung der Insel zu bewahren.

Die indigene Kultur der Rapa Nui ist von Natur aus mit Sport und Wettbewerb verbunden. Während die europäischen Kolonialherren auf Unterdrückung, Krieg und Gemetzel setzten, um ihre Macht durchzusetzen, nutzten die Rapa Nui Clans Turniere und Wettkämpfe, um die vorkoloniale Herrschaft zu bestimmen. Der Tangata Manu, der „Vogelmann“-Kult, war ein jährliches Ereignis, das die Herrschaft über die Insel bestimmte. (<https://www.atlasobscura.com/articles/rapa-nui-triathlon> 18.04.24)

Teilnahme am Nations Cup abgesagt

Neukaledonien: Die *Fédération Calédonienne de Football* (Fußballverband, FCF) hat zehn Tage vor Beginn des Nations Cup der *Oceania Football Confederation* (OFC) ihre Teilnahme abgesagt. In einer Pressemitteilung nennt die FCF die anhaltende Krise in dem französischen Überseegebiet als Grund für die Nichtteilnahme an dem pazifikweiten Fußballturnier. Neukaledonien sollte beim kommenden Nationen-Cup in Port Vila (Vanuatu) in der Gruppe A spielen, zusammen mit Neuseeland, den Salomonen und dem Gastgeberland Vanuatu.

Die Fußball-Ozeanienmeisterschaft 2024 (engl.: *OFC Nations Cup*) ist die elfte Ausspielung der ozeanischen Kontinentalmeisterschaft im Fußball und findet vom 15. Juni bis zum 30. Juni 2024 in Fidschi und Vanuatu statt. Für das

Turnier waren mit Fidschi, Neukaledonien, Neuseeland, Papua-Neuguinea, den Salomonen, Tahiti und Vanuatu ursprünglich sieben Teams gesetzt, nach Neukaledoniens Rückzug sind es noch sechs Mannschaften.

Der achte bzw. jetzt siebte Startplatz wird an den Sieger einer Qualifikationsrunde vergeben. Gespielt wird in zwei Gruppen à vier Teams. Die jeweiligen Gruppen-ersten und -zweiten kommen in das Halbfinale.

An der Qualifikationsrunde nehmen die drei leistungsschwächeren Teams Ozeaniens, die Cook-Inseln, Samoa und Tonga teil.

Die Spiele werden in Port Vila im Freshwater Stadium und im HFC Bank Stadium in Suva ausgetragen. (*Football Oceania* 28.05.24, <https://www.oceaniafootball.com/events/ofc-mens-nations-cup/>)

Vom Klassenzimmer auf die Cook-Inseln

Cook-Inseln: Studierende der Sportwissenschaften der *Griffith University* (Australien) setzten ihr Wissen und ihre Fähigkeiten ein, um die Ausbildung, das Training und die Leistung von Sportler*innen auf den Cook-Inseln zu verbessern. Dies wurde durch die Finanzierung des New Colombo Plan (NCP) des australischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten und Handel und die Unterstützung der Forscher Dr. Llion Roberts, Dr. Joel Garrett und Associate Professor Clare Minahan von der *Griffith School of Health Sciences and Social Work* ermöglicht. Durch Stipendien konnten sich die Studierenden ihren Aufenthalt auf den Cook-Inseln finanzieren, der als Studienleistung angerechnet wurde.

Dr. Roberts erklärte, dass Studierende nach Möglichkeiten suchen, während ihres Studiums internationale Erfahrungen zu sammeln, jedoch finanzielle Unsicherheiten und die Angst vor Studienverzögerungen als Hindernisse wahrgenommen werden. Die NCP-Initiative ermöglichte es den Studierenden, Studienleistungen anrechnen zu lassen und gleichzeitig

einzigartige Erfahrungen zu sammeln, ihre Fähigkeiten unter Beweis zu stellen und in die internationale Kultur vor Ort einzutauchen, ohne finanzielle Bedenken zu haben. Oft absolvieren Studierende nur ein kurzes zweiwöchiges Praktikum, im Gegensatz zu den Griffith-Student*innen, die 12 Wochen, ein ganzes Trimester, auf den Cook-Inseln blieben, um Forschungsdaten zu sammeln.

Die Studierenden entwickelten und führten im Rahmen des Praktikums eigene Programme durch, wodurch sie praktische Erfahrungen und Möglichkeiten zur Unterstützung von Fitness-, Feld-, Aufwärm- und Laufeinheiten sammelten. Dr. Garrett betonte, dass diese Erfahrung im Gegensatz zu anderen Praktika sehr praxisorientiert war und die Studierenden aus ihrer Komfortzone holte, da sie die Rolle des leitenden Trainers übernehmen mussten.

Hannah Walker, Studentin des Bachelor of Exercise Science, arbeitete während ihrer Zeit auf den Cook-Inseln mit der U18-Netball-Nationalmannschaft und konnte dabei viel Erfahrung gewinnen. Sie stellte fest, dass die Athlet*innen mit den durchgeführten Trainingseinheiten nicht vertraut waren und dass ihre Arbeit den Trainern Methoden für die weitere Entwicklung des Sportunterrichts an die Hand gab und den Athleten einen Vorgeschmack auf den Hochleistungssport lieferte. Für die Studentin selbst hat die Reise ihre Leidenschaft für die Sportwissenschaft und den Hochleistungssport weiter verstärkt.

Neben ihrer Zusammenarbeit mit verschiedenen Organisationen und Sportarten, wurden die Sport-Studierenden herzlich von den Einheimischen aufgenommen und durften das Inselleben kennenlernen. Hannah Macleod, Studentin des dualen Bachelor-Studiengangs *Psychological Science and Exercise Science*, berichtete von kulturellen Erfahrungen, wie einem Tanzabend und einer Kokosnuss-Show, wodurch sie ein besseres Verständnis von Familie, Gemeinschaft und Tradition erlangen konnte. Die Arbeit in

Gemeinschaften, in denen Familie und Ressourcenknappheit zentrale Werte sind, weckten in der Studentin das Interesse, in strukturschwachen Gebieten zu arbeiten.

Info: Der Fokus des Programms der Universität liegt auf praxisorientierter Unterstützung und langfristiger Einflussnahme. Durch die Zusammenarbeit mit den pazifischen Nachbarn soll das Wissen in den Bereichen Sportwissenschaft, Ernährung und Gesundheitswesen erweitert werden und letztendlich der lokalen Gemeinschaft zugutekommen. (Artikel von Michaela König, *Mirage*, 09.05.24)

Surfer tragen immer öfter Helm

Hawai'i: Mehr als die Hälfte der Frauen und etwa 20 Prozent der Männer, die 2024 an der World Surf League Championship Tour (kurz: WSL) teilnehmen, tragen einen Helm. Während des Eröffnungsereignis der WSL-Saison, in der Banzai Pipeline am Sunset Beach an der Nordküste von Oahu, war der Kopfschutz allgegenwärtig. Fotos von zerbrochenen Helmen und Geschichten über gefährliche Stürze professioneller Surfer*innen von ihren Surfbrettern (sog. Wipeouts) in den Sozialen Medien tragen dazu bei, dass die Nutzung der Schutzhelme zunimmt. Der Trend verändert vor allem die Risiken, die Surfer*innen bereit sind, einzugehen.

Jamie O'Brian, ein professioneller Surfer und früherer Gewinner eines Pipeline Masters-Wettbewerb, sagt über das Helmtragen: „*Man hat das Gefühl, dass alle coolen Kids keine Helme tragen, aber dann merkt man, dass es nicht darum geht, cool zu sein, sondern darum, sicher zu sein und zu seiner Familie nach Hause zu kommen.*“ Nach einem Wipeout im Jahr 2022, bei dem er mit einer Platzwunde am Kopf davonkam, hatte sich O'Brien dazu entschlossen, beim Surfen an risikoreichen Stellen einen Helm zu tragen. Im selben Jahr wie O'Brians Unfall begann die WSL, Surfhelme für Athlet*innen an Orten wie Teahu-

poo auf Tahiti, Cloudbreak auf den Fidschi-Inseln und Margaret River in Australien bereitzustellen.

Der Einfluss von angesehenen Surfern wie O'Brien und anderen haben entscheidend dazu beigetragen, dass die Akzeptanz von Helmen in der Surfer-Gemeinschaft gestiegen ist. Infolgedessen werden Helme sowohl von Profis als auch von Amateursurfern im ganzen Bundesstaat Hawai'i immer häufiger getragen.

Gavin Campbell, ein Surflehrer aus Waikiki, der für seine Kurse häufig Stellen an der Nord- und Südküste von Oahu ansteuert, ist der festen Überzeugung, dass diese Helme das Leben der Menschen retten können. Obwohl er selbst einen traditionelleren, helmlosen Stil bevorzugt, sagt Campbell, dass er und seine Freunde je nach Größe der Wellen und den Wasserbedingungen das Tragen eines Helms in Erwägung gezogen haben. Mehrere seiner Freunde haben sich auch dafür eingesetzt, dass er einen Helm trägt, da das Verletzungsrisiko für den Kopf und das Gesicht des Surfers von verschiedenen Faktoren abhängt, wie dem Können und den Wasserbedingungen.

Laut einer Statistik über akute Verletzungen beim Surfen in Australien sind Kopf, Hals und Gesicht die am häufigsten verletzten Körperteile von Surfern, wobei etwa ein Drittel aller Surfenden von solchen Verletzungen berichtet.

Die wachsende Besorgnis über Kopfverletzungen beim Surfen wurde durch den Vorfall des Profisurfers Kai Lenny im Januar 2024 noch verstärkt. Lenny, der zu dieser Zeit zum ersten Mal einen Helm trug, erlitt beim DaHui Backdoor Shootout in der Pipeline einen schweren Sturz von seinem Surfbrett und schrieb später in einem Social-Media-Post, dass der Helm ihm das Leben gerettet habe.

Hintergrund: Das „*Hawai'i Concussion Awareness Management Program*“ der University of Hawaii in Manoa zielt darauf ab, Ath-

let*innen auf Hawai'i und der medizinischen Fachwelt, Informationen, Unterstützung und Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um Gehirnerschütterungen besser behandeln zu können und sich für die Sicherheit der Studierenden auf Hawai'i einzusetzen. Flache Riffabschnitte, der Aufprall von Wellen und Zusammenstöße mit anderen Surfern stellen alle ein potenzielles Risiko für Schädel-Hirn-Traumata dar.

Einige Surfer bevorzugen zwar nach wie vor den traditionellen, helmlosen Surfstil, doch die Surf-landschaft entwickelt sich ständig weiter. Der zunehmende Anblick von Helmen signalisiert einen Wandel der Surfer-Szene, der durch Unterstützer wie Lenny und O'Brian vorangetrieben wird. (Artikel von Michaela König. Honolulu Civil Beat Inc., 09.05.2024)

Schwimmer Tasi Limitiaco vertritt FSM bei Olympischen Spielen

Föderierte Staaten von Mikronesien (FSM): Der Schwimmer Tasi Limitiaco von den FSM hat schon früh seine Leidenschaft für den Schwimmsport entdeckt. Er ist auf Guam aufgewachsen und war daher nie weit vom Wasser entfernt. Als sein Vater ihn in einem örtlichen Schwimmverein anmeldete, wurde dort schnell sein Talent entdeckt und gefördert. Für eine Ausbildung zum Profisportler musste Limitiaco allerdings schließlich seine Heimat verlassen und hat zuerst in Japan und später in Thailand gelebt.

Ein Olympic Solidarity-Stipendium vor den olympischen Spielen in Tokio 2020 verhalf Limitiaco zu seinem Olympiadebüt, bei dem er im 200-m-Lagenschwimmen antrat. Sein Land auf der größten Bühne zu vertreten, war für den Mikronesier eine ganz besondere Erfahrung. Im Anschluss wurde sein Stipendium nochmals verlängert und er konnte seine Ausbildung in San Diego (USA) fortsetzen. Dieser Schritt hat ihm auch den Weg nach Paris 2024 geebnet.

Bei den *Pacific Games 2023* konn-

te er bereits mit einer historischen Bestleistung glänzen und drei Goldmedaillen einholen, die ersten überhaupt für die Föderierten Staaten von Mikronesien. Es ist ihm ein Anliegen, seine pazifische Heimat durch seine sportlichen Leistungen international zu mehr Bekanntheit zu verhelfen, vor allem bei den kommenden olympischen Spielen in Paris vom 26. Juli bis 11. August.

Limitiaco möchte auch mehr junge Menschen in Mikronesien dazu inspirieren, ihren Hobbies und Talenten nachzugehen und ihr Potenzial voll auszuschöpfen. Er will sich in Zukunft intensiv für den Ausbau des Schwimmsports in Mikronesien einsetzen und jungen Menschen ähnliche Möglichkeiten bieten, die auch sein Leben verändert haben.

(Artikel von Clara Groth, Masterstudentin, Uni Würzburg. <https://olympics.com/ioc/news/tasi-limitiaco-putting-micronesia-swimming-on-the-map-at-paris-2024>)

Zwei Ringkämpferinnen treten bei Olympia an und setzen Familientradition fort

Guam: Ringen ist für die Aquino-Schwester Rckaela und Mia-Lahnee eine Familienangelegenheit. Sie werden von ihrem Vater und ehemaligen Ringer Antonio Aquino, dem Vorsitzenden der „Guam Amateur Wrestling Federation“, und ihrem Onkel, dem Judo-Olympiasieger Mariano Aquino, trainiert.

Die Schwestern sind beide Ozeanienmeisterinnen in ihren jeweiligen Gewichtsklassen. Auch wenn in Ozeanien die Möglichkeiten, Kampferfahrung zu sammeln, begrenzt sind, konnten sich die beiden durch hartes Training für die olympischen Spiele im Sommer 2024 in Paris (Frankreich) qualifizieren. Zum Training fliegen die beiden zusätzlich nach Japan. Das nächste Ziel ist, in Paris auch tatsächlich Medaillen zu gewinnen und der Welt zu zeigen, dass selbst Wrestlerinnen von einer kleinen Insel wie Guam im internationalen Wettbewerb mithalten können. Die beiden Athletinnen

würden damit die ersten olympischen Medaillen überhaupt für Guam einholen.

(Artikel von Clara Groth, Masterstudentin, Uni Würzburg.

<https://olympics.com/en/news/guam-wrestling-family-aquino-sisters-paris-2024>)

„TOK BILONG PASIFIK“

„Shaka“ ist jetzt gesetzlich geschützt

Hawai'i: Der traditionelle Surfer-Handgruß „Shaka“, auch als „Hang Loose“ bekannt, ist zukünftig in Hawai'i gesetzlich geschützt. Das ist zumindest der Willen des Parlaments, der die Geste Anfang Mai zum Nationalsymbol erklärt hatte. Das Parlament bezeichnete den Shaka gar als „wichtigstes Markensymbol für den Staat“. Zwar prüft der Gouverneur die Gesetzesvorlage noch, hat aber bereits Zustimmung signalisiert.

Im Kern ging es bei der Gesetzesvorlage des Repräsentantenhauses um zwei Finger einer Hand: den Daumen und den kleinen Finger. Sie werden ausgestreckt, die drei mittleren Finger gekrümmt. Zur Betonung kann das Handgelenk schwungvoll hin und hergedreht werden.

Bekannt wurde der Shaka auch außerhalb Hawai'is an den Surfspots der Welt. Seit dem Surfboom der Fünfziger und Sechziger verbreitete sich die Grußformel weltweit, besonders beliebt ist sie heute in Brasilien. Dort nutzen sie z.B. Multiplikatoren wie die Fußballsuperstars Ronaldinho oder Neymar, die so ihre Tore bejubeln.

In das Repräsentantenhaus eingebracht hatte die zu schützende Handgeste der hawai'ische Abgeordnete Sean Quinlan. Er erklärte, die Geste sei besonders vielseitig. Sie könne Spannungen abbauen, Dankbarkeit und Zustimmung ausdrücken.

Hintergrund: Der Überlieferung zufolge geht der Gruß auf den hawaiianischen Fischer Hāmana Kalili zurück. Kalili lebte Anfang des

20. Jahrhunderts an der Nordküste Oahus und verlor bei einem Unfall in einer Zuckerfabrik drei Finger. Nach dem Unglück habe Kalili als Zugbegleiter gearbeitet, erzählt der Dokumentarfilmer Steve Sue der Nachrichtenagentur AP. Kinder, die auf den Zug aufsprangen, um kostenlos mitfahren zu können, krümmten ihre mittleren Finger, um Kalilis Hand zu imitieren, und gaben einander damit Entwarnung.

Im polynesischen Kulturzentrum in Laie steht heute eine Bronzestatue Kalilis mit dem Shaka. (AP 16.03.24, The Guardian 09.05.24, SZ online 15.05.24)

Loulou-Award für Ex-Gouverneur

Hawai'i: Der ehemalige Gouverneur von Hawaii, George Ariyoshi, wurde am 24. April in einer Zeremonie im East-West Center mit dem „Loulou Award“ der „Pacific Islands Conference of Leaders“ für seine bedeutenden Beiträge zu den regionalen Beziehungen auf den pazifischen Inseln geehrt.

Der Preis wurde Ariyoshi von Mitgliedern der Pacific Islands Conference of Leaders (PICL) verliehen, einem regionalen Forum von Regierungschefs aus 20 Nationen, Staaten und Territorien im Pazifik. Ariyoshi hatte dieses Forum 1980 zusammen mit dem verstorbenen fidschianischen Politiker und Präsidenten Ratu Sir Kamisese Mara mitbegründet, der bisher der einzige andere Empfänger dieser Auszeichnung war und sie 2022 erst posthum erhalten hatte.

Dr. Mary Hattori, Direktorin des Entwicklungsprogramms für die pazifischen Inseln am East-West Center in Hawai'i, sagte in ihrer Ansprache bei der Preisübergabe: „Wir ehren Gouverneur Ariyoshi mit großer Dankbarkeit als einen der Vorväter der Pacific Islands Conference of Leaders, neben Ratu Sir Kamisese Mara. In den 1980er Jahren erkannten sie die Notwendigkeit, alle pazifischen Völker einzubeziehen und einen Raum zu schaffen, in dem alle

Stimmen gehört werden können. Diese symbolische Verflechtung von Menschen und Orten ist der Ursprung des Entwicklungsprogramms für die pazifischen Inseln und eines langen und angesehenen Stammbaums von Führungspersönlichkeiten aus dem Pazifik. Wir überreichen Gouverneur Ariyoshi diese Auszeichnung als bescheidene Anerkennung für seine Vision und seine Arbeit, die den Pazifikraum weiterhin zusammenbringt“.

1974 wurde George Ryoichi Ariyoshi, ein japanischer Amerikaner der zweiten Generation und Veteran des Zweiten Weltkriegs, der erste asiatisch-amerikanische Gouverneur der Vereinigten Staaten. Er wurde auch der dienstälteste Gouverneur in der Geschichte des Bundesstaates Hawai'i, der das Amt 12 Jahre lang innehatte. Während seiner zweiten Amtszeit im Jahr 1980 war Ariyoshi maßgeblich an der Gründung der Pacific Islands Conference of Leaders beteiligt, die wiederum das Pacific Islands Development Program am East-West Center initiierte.

Info: Das hawaiianische Wort „loulou“ bedeutet so viel wie „verbinden“ oder „zusammenhaken“. Der Preis selbst ist eine große Glasskulptur in Form eines pazifischblauen Fischhakens. (Pressemitteilung East-West Center 25.04.24)

Wrack eines Bombers von 1943 entdeckt

Papua-Neuguinea: Auf einem undatierten Foto der australischen Verteidigungskräfte liegen die Wrackteile eines Bombers aus dem Zweiten Weltkrieg auf dem Meeresgrund von Gasmata Harbour in der Provinz West-Neubritannien.

Beamte haben jetzt die Identität dieses australischen Bombers und die Überreste von zwei Besatzungsmitgliedern mehr als 80 Jahre nach dem Absturz vor der Küste der Insel Neubritannien bestätigt, teilte die australische Luftwaffe am 10. April 2024 mit.

Der Beaufort-Bomber wurde im Rahmen der laufenden Suche des australischen Bergbau-Milliardärs Andrew Forrest nach seinem Onkel, dem seit 1943 vermissten Flying Officer David Forrest, gefunden, teilte die Royal Australian Air Force (RAAF) mit.

Das jetzt aufgefundene Wrack wurde anhand eines Flugzeugkennzeichens identifiziert, das nur lesbar war, weil es im Schlamm vergraben war, was die Korrosion im Salzwasser verringerte, so ein Experte aus dem Suchteam.

DNA-Tests von Knochenfragmenten identifizierten die Überreste von Warrant Officer Clement Battone Wiggins, 28, und Warrant Officer Russell Henry Grigg, 34, so die Erklärung der Air Force. Die Suche nach den Überresten der restlichen Besatzung, Flight Sgt. Albert Beckett, 22, und Flight Sgt. Gordon Lewis Hamilton, 26, wurde inzwischen eingestellt.

Am 26. April fand auf dem RAAF-Stützpunkt Amberley im Bundesstaat Queensland (Australien) ein Gedenkgottesdienst für die Angehörigen der beiden Identifizierten stattfinden. Das Kennzeichen und ein angebrachter Cockpithebel wurden mit Genehmigung der Regierung von Papua-Neuguinea nach Australien zurückgebracht, während der Rest des Wracks an der Absturzstelle verblieb.

Die Beerdigung der Flugzeugbesatzung wird im September in Papua-Neuguinea stattfinden.

Andrew Forrest sagte, er habe mit Angehörigen der Besatzung von A9-186 gesprochen, seit die Identität der beiden Opfer bestätigt wurde. „Wir bleiben hoffnungsvoll bei der Suche nach meinem verstorbenen Onkel David und seinen Mitstreitern. Wir werden niemals aufgeben, bis wir sie gefunden haben“, fügte er hinzu. Noch lägen zwei Beaufort-Bomber im Meer vor Neubritannien, die sein Team noch bergen und identifizieren wolle, so der Multi-Millionär. (ABC News 10.04.24)

Gedenkmünzen zur ABC-Erfolgsreihe

Australien: Die „*Royal Australian Mint*“ (staatliche Münzprägestalt) hat zum 6. Juni drei 1-Dollar-Münzen mit dem Motiv „Bluey“ herausgebracht. Die farbenfrohen „Dollarbucks“ zeigen auf einer Münze Bluey selbst, auf zwei anderen die Familie Heeler und die Grannies.

Info: „Bluey“ ist eine australische Animationsserie für Vorschulkinder, die am 1. Oktober 2018 erstmals auf dem TV-Sender „ABC Kids“ ausgestrahlt wurde. Die Serie folgt Bluey, einer zu Beginn sechsjährigen, anthropomorphen Blue-Heeler-Hündin, die sich durch ihre große Energie, Fantasie und Neugierde auszeichnet. Zu den übergreifenden Themen gehören die Familie, das Erwachsenwerden und die australische Kultur. Die Sendung wurde in Queensland entwickelt und produziert, dessen Hauptstadt Brisbane als Kulisse für die Serie fungiert.

„Bluey“ hat in Australien sowohl im Fernsehen als auch bei Video-on-Demand-Diensten konstant hohe Einschaltquoten erzielt. Die Sendung hat die Entwicklung von Merchandising-Artikeln und einer Bühnenshow mit den Charakteren der Serie beeinflusst. Die Serie wurde mit zwei *Logie Awards* ausgezeichnet, beides Mal für das herausragendste Kinderprogramm sowie mit einem *International Emmy Kids Award*. Sie wurde von Fernsehkritikern für die Darstellung eines modernen Familienalltags, konstruktive Erziehungsbotschaften und die Rolle von Bandit als positive Vaterfigur gelobt. (*The Guardian* 06.06.24, *Wikipedia*)

IM MEMORIAM

† Terry M. Brown - Bischof von Malaita

Terry Michael Brown wurde am 14. August 1944 in Cedar Rapids, Iowa (USA), geboren und besuchte presbyterianische und unitarische Kirchen, bevor er 1965 als College-Student Mitglied der *St. Luke's Episcopal Church* in Kalamazoo, Michigan, wurde. Er erwarb seinen BA am Kalamazoo College, bevor er ein Promotionsstudium an der *Brandeis University* begann. Am *Trinity College* in Toronto hatte er sich für seine Ordination vorbereitet. Nach seiner Priesterweihe war Brown von 1975 bis 1981 als Dozent am *Bishop Patteson Theological Centre* auf den Salomonen, von 1981 bis 1984 als Dozent für Kirchengeschichte am Trinity College Toronto und von 1985 bis 1996 als Koordinator für die Asien-Pazifik-Mission der Generalsynode der Anglikanischen Kirche von Kanada tätig. Brown wurde am 26. Mai 1996 zum Bischof der *Anglican Church of Melanesia* (ACOM) von Malaita (Salomonen) geweiht und übte dieses Amt bis 18. August 2008 aus. Danach war er von 2009 bis 2012 Archivar der ACOM. Neben seinen seelsorgerischen und kirchenadministrativen Tätigkeiten ist Terry Brown vor allem für zwei Initiativen, die er auf den Salomonen-Inseln verfolgte, hervorhebenswert:

1.) In seiner Eigenschaft als Archivar der *Anglican Church of Melanesia* organisierte und digitalisierte Brown das ACOM-Archiv, das im Nationalarchiv der Salomonen in Honiara aufbewahrt wird. Sein Verdienst ist es, dass dort nun zahlreiche Dokumente, Publikationen und sonstige Archivmaterialien der ACOM von Norfolk Island in duplizierter Form, insbesondere die Jahre 1857-1974 betreffend, vorhanden sind. Als sehr an der Geschichte der Salomonen-Inseln Interessierter widmete er sich auch dem Erhalt und der Zugänglichkeit der fotografischen Sammlung des schottisch-

australischen Photographen J. W. Beattie (1859-1930) zu den Salomonen-Inseln. Dieser hatte 1906 auf Einladung von Bischof Cecil Wilson mit dem ACOM-Missionsschiff „*Southern Cross*“ große Teile Melanesiens, Polynesiens sowie die Norfolkinsel bereist und dabei über 1.500 Fotos angefertigt, hunderte davon zu den Salomonen, und darüber hinaus ein Tagebuch über die Reise geführt und später (1909) einen Katalog der Fotos veröffentlicht. Es ist Terry Browns Bemühungen zu verdanken, dass diesen Fotos, welche die Salomonen-Inseln betreffen, mit detaillierten Beschreibungen heute als frühe Bildzeugnisse zu dieser melanesischen Inselgruppe die gebührende Aufmerksamkeit zuteilwird.

Darüber hinaus war er Schirmherr und mitwirkender Direktor von „*Project Canterbury*“ (<http://anglicanhistory.org>), dem Online-Projekt zur Dokumentation der anglikanischen Kirchengeschichte. U.a. transkribierte er dafür das Werk „*The Story of the Melanesian Mission*“ aus dem Jahr 1926.

2.) Brown's Engagement für eine friedliche Beilegung der ethnischen Konflikte auf den Salomonen-Inseln. Als Mitglied der Wahrheits- und Versöhnungskommission der Salomonen, die im Rahmen des Friedensprozesses des Landes den „*Truth and Reconciliation Commission*“ (TRC)-Bericht erstellte, kam ihm eine Schlüsselrolle bei Verhandlungen mit den Konfliktparteien zu. Die Kommission wurde gebildet, um die Ursachen der lokalen ethnischen Gewalt zwischen 1997 und 2003 zu untersuchen, an der Gruppen seiner Diözese Malaita und im benachbarten Guadalcanal beteiligt waren, und die erst durch eine regionale Friedensmission (Regional Assistance Mission to the Solomon Islands – RAMSI) befriedet werden konnte. Zu seinen Versöhnungsbemühungen veröffentlichte Brown mehrere Fachbeiträge, so z. B. „*The Role of Religious Communities in Peacemaking: The Solomon Islands*“ (In: *Anglican Religious Life*

Journal, issue no. 1, 2004, S. 8-18) und „The Solomon Islands *“Ethnic Tension” Conflict and the Solomon Islands Truth and Reconciliation Commission: A Personal Reflection*“ (in: D. Webster: Flowers in the Wall. Truth and Reconciliation in Timor-Leste, Indonesia and Melanesia, Calgary 2018, S. 279-292).

In den 16 Jahren nach seiner Pensionierung wirkte Bischof Brown als Weihbischof in der Diözese Niagara, als leitender Priester der *Church of the Ascension in Hamilton*, Ontario (bis 2020) sowie als außerordentlicher Professor für Missionswissenschaft und Kirchengeschichte an der Fakultät für Theologie am Trinity College der Universität Toronto. Terry Brown verstarb (vermutlich) am 26. März 2024 nur wenige Tage nach Palmsonntag, an dem er seinen letzten österlichen Gottesdienst zelebriert hatte. (Nachruf von Prof. Hermann Mückler, Universität Wien, 20.04.24)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

Neuseeländer übernimmt höchstes Amt in der Heilsarmee

London: Erstmals hat ein Neuseeländer das höchste Amt in der internationalen Heilsarmee angetreten.

Der 61-jährige Lyndon Vernon Wayne Buckingham war bereits Ende Mai 2023 zum 27. „General“ der evangelischen Freikirche gewählt worden. Seine Ehefrau Bronwyn fungiert als Weltpräsidentin der Heilsarmee-Frauenorganisationen. Buckingham übernahm das Leitungsamt am 3. August 2023 von seinem Vorgänger, dem Kanadier Brian Peddle (66), der in Rente gegangen ist.

Info: Die Heilsarmee wurde 1865 von William Booth (1829-1912) gegründet, um Notleidenden zu helfen und das Evangelium zu verbreiten. Heute ist die Heilsar-

mee in 133 Ländern aktiv und hat über 1,8 Millionen Mitglieder. Im Pazifik hat die Heilsarmee Regionalbüros auf folgenden Inseln: Marshall-Inseln, Papua-Neuguinea, Fidschi, Samoa, Tonga, den Salomonen und den Föderierten Staaten von Mikronesien. (idea Nr. 34/2023, Wikipedia, <https://www.heilsarmee.de/weltweit-aktiv.html>)

Katholische Kirche warnt vor Verfassungs- änderungen in PNG

Papua-Neuguinea: Die Katholische Kirche hat Bedenken gegenüber den vorgeschlagenen Verfassungsänderungen in Papua-Neuguinea geäußert, die darauf abzielen, das Land in einen konfessionellen Staat zu verwandeln. Die Katholische Bischofskonferenz des Landes hat einen offiziellen Brief an die Verfassungsrechts- und Reformkommission geschickt, der von Kardinal John Ribat, Erzbischof von Port Moresby (Präsident des örtlichen Kirchenrates), Bischof Otto Separy von Bereina (Präsident der Katholischen Bischofskonferenz von Papua-Neuguinea und den Salomonen) und Rechtsanwalt Paul Harricknen (Präsident der *Catholic Professional Society*) unterzeichnet wurde.

Das Schreiben kritisiert, dass die Änderungen PNG in einen Staat verwandeln würden, in dem eine spezifische Version des Christentums als offizielle Religion anerkannt wird und diese Vorrang vor allen anderen Religionen, Überzeugungen, Praktiken, traditionellen kulturellen Werten und Lebensweisen hat.

Die bestehende Verfassung schütze die Vielfalt der ethnischen und kulturellen Gruppen, und Änderungen, die eine konfessionelle Staatsstruktur einführen, wären verfassungswidrig, unchristlich und undemokratisch. Die katholischen Kirchenvertreter betonen, dass Glaubens- und Moralfragen nicht gesetzlich geregelt werden sollten. Stattdessen sollten diese Werte durch das gelebte Beispiel der Menschen vermittelt werden.

Die vorgeschlagenen Änderungen betreffen die Präambel der Verfassung und sehen vor, dass das Land den Namen „*Unabhängiger und christlicher Staat Papua-Neuguinea*“ trägt. Die Bürger würden verpflichtet, „*christliche Prinzipien zu respektieren, zu beachten und zu schützen*“. Die Kirche betont, dass PNG eine vielfältige christliche Bevölkerung hat, die aus verschiedenen Konfessionen besteht, und dass diese Vielfalt im Einklang mit den melanesischen Traditionen und Kulturen steht.

Die Unterstützer der Verfassungsänderungen sind vor allem evangelikale Gruppen aus den USA, die bereits 2015 erfolgreich die Platzierung der King-James-Bibel im Parlament durchsetzten. Trotz der Präsenz der King-James-Bibel im Parlament seit 2015 hat das Land keine Abnahme von Korruption, Gewalt und Gesetzlosigkeit erlebt. Diese Gruppen fördern die Wohlstandstheologie und versuchen nun, ohne die lokalen Kirchen in Papua-Neuguinea die Verfassung von 1975 zu ändern.

(Artikel von Michaela König. PIME AsiaNews, 24.04.24)

Impressum:

Kein Pressedienst

**Nachrichtenzusammenstellung
und Redaktion:** Julia Ratzmann

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

**Wir bitten um eine Spende für
die Partnerkirchen im Pazifik.**
Evangelische Bank
IBAN: DE12520604100001011111
BIC: GENODEF1EK1

Quellen:

ABC • Australien Info • Contemporary Pacific • Cook Islands News • Fiji Times • Loop Pacific • National • Neuseeland Info • Noovell • Pacific Islands Business • PNG Mine Watch • Pacific Beat • Pacific Daily News • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand International • Solomon Islands Broadcasting • Association • Tahiti Info • Wantok • Westpapua Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSTELLE
und
**Mission
EineWelt**

Center for Partnership, Evangelization and Mission
der (evangelisch-)Lutherischen Kirche in Bayern
Hauptstraße 2 • 91564 Neundettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120
www.pazifik-infostelle.org
www.mission-einewelt.de